

Schwerpunkt

Stadtentwicklung und Hochschulen jenseits der Metropolen



Stadtentwicklung

Welche Rolle spielen Forschungseinrichtungen für die kommunale Entwicklung? • Studierende in Mittelstädten und ihre Bedeutung für die kommunale Entwicklung • Transformatives Forschen, Lehren und Handeln im Rheinischen Braunkohlerevier • Die BTU in der Lausitz als Anker in der ländlichen Region • Hochschulstandort Ludwigsburg – Chancen für die Stadtentwicklung? • Resonanzen zwischen Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten • Hochschul-Praxis-Partnerschaften im ländlichen Raum • Wege der kommunalen Entwicklung in der Hochschulstadt Geisenheim • Digitalität und Subjektivität • Hochschule findet Stadt • Gemeinwesenarbeit in der Weiterbildung

Fortbildung

Tagungsbericht 11. Baurechtstage Baden-Württemberg • vhw-Bundesrichtertagung 2021

Nachrichten

Fachliteratur

WohnungsMarktEntwicklung

Hochschulstandorte und Studierende im regionalen Vergleich



Schwerpunkt

Stadtentwicklung und Hochschulen jenseits der Metropolen

Editorial

Hochschule als Zugpferd in den Ansiedlungs- und Entwicklungsaktivitäten

Marietta Tzschoppe, Stadt Cottbus

57



Stadtentwicklung

Welche Rolle spielen Forschungseinrichtungen für die kommunale Entwicklung abseits der Metropolen? Fünf Thesen zum Hochschul- und Forschungsstandort Görlitz

Prof. Dr. Robert Knippschild, Bettina Knoop
Interdisziplinäres Zentrum für transformativen
Stadtumbau (IZS), Görlitz

59

Studierende in Mittelstädten und ihre Bedeutung für die kommunale Entwicklung – am Beispiel der Universitätsstadt Marburg

Bernd Hallenberg, vhw e. V., Berlin

63

Transformatives Forschen, Lehren und Handeln im Rheinischen Braunkohlerevier

Prof. Isabel Maria Finkenberger,
Fachhochschule Aachen

69

Die BTU in der Lausitz – ein Anker in der ländlichen Region

Prof. Markus Otto, Prof. Dr. Silke Weidner
Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)

73

Hochschulstandort Ludwigsburg – Chancen für die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung?

Albert Geiger, Stadt Ludwigsburg

77

Von passiven zu aktiven Wirkungen – Resonanzen zwischen Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten

Prof. Dr. Peer Pasternack,
Institut für Hochschulforschung (HoF) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

81

Hochschul-Praxis-Partnerschaften und Stadtentwicklung im ländlichen Raum – Dimensionen der Zusammenarbeit und Praxisbeispiele

Prof. Dr. Maik Arnold, Prof. Dr. Katrin Pittius
Fachhochschule Dresden

85

Grünes Geisenheim und Gründungsfabrik Rheingau – Wege der kommunalen Entwicklung in der Hochschulstadt Geisenheim

Stephanie Braun-Fischer, Dr. Elena Siebrecht
Hochschule Geisenheim University

90

Digitalität und Subjektivität – zur anerkennungsintensiven Gestaltung digital gestützter Studiengänge

Dr. Ulrich Weiß, Kolping Hochschule für
Gesundheit und Soziales, Köln

95

Hochschule findet Stadt – Hochschulen in Klein- und Mittelstädten

Prof. Dr. Peter Dehne,
Hochschule Neubrandenburg

98

Gemeinwesenarbeit in der Weiterbildung – Potenziale für ländliche Räume

Prof. Dr. Christine Funk, Katholische Hochschule
für Sozialwesen Berlin
Tobias Meier, Universität Göttingen

103



Fortbildung

11. vhw-Baurechtstage Baden-Württemberg – ein Tagungsbericht

Prof. Dr. Simone Wunderle, LL.M.
Hochschule für öffentliche Verwaltung
und Finanzen Ludwigsburg

105

Die traditionelle vhw-Bundesrichtertagung 2021 – erstmals live in Bergisch Gladbach und online

Dr. Diana Coulmas, vhw e. V., Berlin

107



Nachrichten

Fachliteratur

111



WohnungsMarktEntwicklung

Hochschulstandorte und Studierende im regionalen Vergleich

Robert Kretschmann, vhw e. V., Berlin

112

Hochschule als Zugpferd in den Ansiedlungs- und Entwicklungsaktivitäten



Marietta Tzschoppe

Vor 1990 war Cottbus/Chóśebuz als Stadt der Kohle, Energie und Textilindustrie stark gewachsen. Nach dem Umbruch und in den 1990er Jahren gab es die einschneidenden Abwanderungsprozesse. Die Einwohnerzahl sank von etwa 140.000 auf rund 100.000 Personen, die Prognosen formulierten weitere Schrumpfungsszenarien auf 82.500 Einwohner im Jahr 2025. Seit 2009 be-

reits verläuft die Entwicklung entgegen der ursprünglichen Prognosen stabil bei 100.000 – mit nunmehr deutlichen Wachstumstendenzen. Großprojekte des Strukturwandels und der Strukturentwicklung im Zuge des Kohleausstiegs entstehen am Standort Cottbus/Chóśebuz mit dem Lausitz Science Park, dem neuen Bahnwerk, den Instituten und Behörden, der universitären Mediziner Ausbildung, dem Wandel des Carl-Thiem-Klinikums in ein Universitätsklinikum und Digitales Leitkrankenhaus, der Entwicklung am künftigen Cottbuser Ostsee und vor allem auch: über eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft um die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU).

Die Studierendenzahl an der BTU liegt bei knapp 7.000, davon mit einem Anteil von etwa 30 % ausländischer Studierender aus mehr als 100 Nationen. Neben vielen anderen besonderen Formaten ist insbesondere die Kinderuni hervorzuheben, über die bereits die kleinen Wissenschaftler von morgen an die vielfältigen Themen der Forschung herangeführt werden. Die BTU belegte im Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) im bundesweiten Vergleich Spitzenplätze in den Studiengängen Architektur, Elektrotechnik, Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen. Dabei wurden insbesondere die Ausstattung der Universität sowie das Betreuungsverhältnis zwischen Dozenten und Studierenden positiv hervorgehoben. In den Erhebungen der Fächer Wirtschaftsingenieurwesen (2008) und Architektur (2010) wurde die BTU als beste Universität Deutschlands bewertet.

Die BTU hat sich schnell zum Motor für Innovation und Garant für neue Wertschöpfungsketten entwickelt. Die Stadt Cottbus/Chóśebuz setzt daher auf die Universität und die sie umgebende Forschungs- und Entwicklungslandschaft als

Standortvorteil. Die Universitätsbibliothek (IKMZ – Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum) gehört nach dem Bibliotheksindex des Deutschen Bibliotheksverbandes und der Bertelsmann-Stiftung zu den besten wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland und wurde 2006 als Bibliothek des Jahres ausgezeichnet. Das Bibliotheksgebäude wurde durch die bekannten Schweizer Architekten Herzog & de Meuron entworfen und gilt als ein markantes Wahrzeichen der Stadt. Die BTU wurde vor mehr als zehn Jahren bereits als erste Universität in Deutschland Mitglied im exklusiven, weltweiten Netzwerk der University Technology Centers (UTC) des europäischen Triebwerkeherstellers Rolls-Royce, zu dem weltweit 30 und in Deutschland vier weitere Technische Universitäten gehören. UTC steht dabei für Spitzenforschung in ingenieurwissenschaftlichen Bereichen.

Es besteht ein erheblicher Einfluss des Wissenschafts- und Studienstandortes der BTU auf die kommunale Entwicklung. Die Grundlage dafür bildet eine lang gelebte und in Papier manifestierte Kooperationsvereinbarung sowie ein breites fachliches Netzwerk. In der dynamischen Phase der Stadtentwicklung und des Strukturwandels spielt die BTU eine ganz besondere Rolle für Stadt und Region: Sie ist das maßgebliche Zugpferd in den Ansiedlungs- und Entwicklungsaktivitäten. Schlüsselvorhaben, wie der Lausitz Science Park in Kooperation des Landes, der BTU und der Stadt, das Center for Hybrid Electric Systems Cottbus CHESCO, ein gemeinsames Gründungs- und Forschungszentrum der DB AG und der BTU sowie eine Vielzahl weiterer Vorhaben, die auf etwa 10.000 Beschäftigte abzielen, wären ohne den Akteur BTU nicht entwickelbar gewesen.

Die BTU ist somit ein Glücksfall für die Stadt und einmalig in der Hochschullandschaft in Brandenburg. Sie strahlt als institutiver Wertefaktor weit über die Stadt und die Region hinaus. Universitäre Beziehungen in andere Länder durch Seminare und Projekte machen die Stadt international bekannt und bieten zugleich einen wertvollen Blick über den Tellerrand hinaus.

Marietta Tzschoppe

Bürgermeisterin und Geschäftsbereichsleiterin Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Cottbus/Chóśebuz

Ingo Christian Hartmann

Wohngeld – Leitfaden 2021

Die Schwerpunkte der Wohngeldentscheidung

NEU: 12. Auflage, Umfang: ca. 550 Seiten DIN A5, broschiert

Einzelpreis: 47,50 Euro zzgl. Versandkosten

ISBN: 978-3-87941-807-7

Das Standardwerk für die Wohngeldentscheidung

Der bei allen Wohngeldbehörden eingeführte, bewährte Leitfaden zum Wohngeld erscheint im Januar 2021 in der 12. Auflage und erläutert das Wohngeldrecht umfassend. Das Grundrentengesetz und das Wohngeld-CO₂-Bepreisungsentlastungsgesetz führen ab 2021 zu einer Änderung des Wohngeldgesetzes; 2020 sind überdies diverse Änderungen – auch der Wohngeldverordnung – zu verzeichnen.

Sämtliche Rechtsänderungen – auch im übrigen Recht – sind im Leitfaden berücksichtigt. Ausführlich werden Inhalt und Konsequenzen der neuen Vorschriften behandelt. Weiter ausgebaut sind u. a. die Einkommensermittlung, Fragen der Minderung, Aufhebung und Erstattung sowie die aktuellen Vollzugsfragen. Eingehend verarbeitet sind insbesondere das neue Überleitungsrecht, die aktuelle Rechtsprechung und die Erlasslage. Weiter ausgebaut und vertieft ist der Einkommenskatalog.

Der Leitfaden behandelt damit alle wichtigen Arbeitsvorgänge der Wohngeldpraxis von der Antragsannahme und Einkommensermittlung über die Bewilligung oder Versagung bis zur Aufhebung des Wohngeldbescheides und zur Erstattung. Zahlreiche Beispiele erleichtern die Arbeit ebenso wie der Einkommenskatalog und ein umfassendes Stichwortverzeichnis, das die Nutzer des Fachbuchs zu ihren speziellen Fragen führt. Die ausführlichen Erläuterungen bieten damit allen mit dem Wohngeld Befassten eine fundierte Orientierung für die tägliche Arbeit.

Inhaltliche Schwerpunkte

- I. Einkommensermittlung
- II. Schätzung des Einkommens, Versagung des Wohngeldes und Ablehnung des Wohngeldantrages
- III. Missbräuchliche Inanspruchnahme des Wohngeldes
- IV. Haushaltsmitglieder, Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft
- V. Wohngeld für Heimbewohner
- VI. Wohngeld im Transferleistungsfall

- VII. Datenabgleich und Datenschutz
- VIII. Bewilligungszeitraum
- IX. Minderung des Wohngeldes
- X. Aufhebung und Berichtigung des Wohngeldbescheides, Erstattung zu Unrecht geleisteten Wohngeldes
- XI. Erstattung zwischen den Leistungsträgern
- XII. Überleitungsrecht 2020/2021
- XIII. Einkommenskatalog
- XIV. Wohngeldgesetz 2021
- XV. Wohngeldverordnung 2021
- XVI. Einkommensteuergesetz 2021

Wohngeld – Leitfaden 2021

Einzelpreis: 47,50 Euro zzgl. Versandkosten

Bestellung Fax 0228/725 99-95

vhw-Verlag

Dienstleistung GmbH

Hinter Hoben 149

53129 Bonn





Robert Knippschild, Bettina Knoop

Welche Rolle spielen Forschungseinrichtungen für die kommunale Entwicklung abseits der Metropolen?

Fünf Thesen zum Hochschul- und Forschungsstandort Görlitz

Die Frage, welche Effekte eine dezentrale Verteilung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen erzielen kann, beschäftigt Regional-, Forschungs- und Stadtentwicklungspolitik sowie die Forschung selbst seit Langem. Der folgende Beitrag erhebt nicht den Anspruch, diese Frage umfänglich zu beantworten. Vielmehr sollen Erfahrungen aus Sicht einer Forschungseinrichtung, die in einem lokalen Kontext eng mit nichtwissenschaftlichen Institutionen kooperiert und einen transformativen Anspruch erhebt, in Form von Thesen dargelegt werden. Darauf aufbauend werden zwei urbane Experimente in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis am heutigen Hochschul- und Forschungsstandort Görlitz beispielhaft vorgestellt.

Görlitz ist eine deutsche Mittelstadt mit ca. 56.000 Einwohnern, die lange von erheblichen Bevölkerungsverlusten gekennzeichnet war, resultierend insbesondere aus der peripheren Grenzlage nach 1945, Abwanderungsbewegungen bereits vor 1990 sowie Deindustrialisierungs- und Strukturwandelprozessen nach der politischen Wende. Seit einigen Jahren haben sich die Bevölkerungszahlen stabilisiert, nicht zuletzt durch Zuzüge aus dem benachbarten Polen. Bevölkerungsprognosen gehen für die Zukunft jedoch von weiteren Bevölkerungsverlusten aus (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2020).

Wie viele andere Hochschul- und Forschungsstandorte abseits der Metropolen hat sich auch Görlitz in den vergangenen Jahrzehnten dynamisch entwickelt. Im Jahr 1992 wurde die Hochschule Zittau/Görlitz, damals als Hochschule für Technik und Wirtschaft Zittau/Görlitz (FH), gegründet. Am Standort Görlitz, wo sich insbesondere die Sozialwissenschaften konzentrieren, sind gut 1.600 Studierende eingeschrieben (ZEIT ONLINE 2021). Im Umfeld der Hochschule, teilweise in Kooperation mit regionalen Unternehmen, ist seit den 1990er Jahren eine vielfältige Forschungslandschaft entstanden. In Görlitz sind heute unter anderen Einrichtungen der Leibniz-, der Helmholtz- sowie der Fraunhofer-Gesellschaft ansässig (Stadt Görlitz 2022).

Seit 2014 besteht vor Ort das Interdisziplinäre Zentrum für transformativen Stadtumbau (IZS), eine gemeinsame Einrichtung des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung in Dresden sowie des Internationalen Hochschulinstituts (IHI Zittau) der Technischen Universität Dresden. Das IZS beschäftigt sich mit der Frage, wie Städte und Regionen an demografische, sozio-ökonomische, ökolo-

gische und gesellschaftliche Veränderungen angepasst werden können – mit einem Augenmerk auf der Nutzung des vorhandenen Baubestandes. Das Zentrum verfolgt einen transdisziplinären Ansatz, bei dem die Ermittlung von Forschungsbedarfen, die Produktion von Wissen und die Anwendung neuer Lösungen, etwa zur Revitalisierung von Klein- und Mittelstädten, gemeinsam mit Akteuren der Stadt- und Regionalentwicklung geschehen. Hierfür wurden mit der Stadt Görlitz sowie mit der kommunalen Wohnungsgesellschaft dauerhafte Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Weitere lokale Partner aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft werden regelmäßig auf Projektbasis in die Arbeit des IZS miteinbezogen (IZS 2022).

Fünf Thesen

Die im Folgenden dargestellten fünf Thesen für eine erfolgreiche kommunale Entwicklung auf Basis der Zusammenarbeit zwischen kommunaler Praxis und Wissenschaft speisen sich aus Erfahrungen, die am IZS in Görlitz in den vergangenen Jahren gesammelt wurden.

These 1: Bildungs- und Forschungseinrichtungen spielen eine wichtige Rolle für die Entwicklung peripherer und strukturschwacher Städte, weil sie Bleibe- und Zuwanderungsperspektiven schaffen.

Eine ausgewogene Raumentwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse sind wichtige Paradigmen der Raumordnung in Deutschland (§1 Abs. 2 ROG). Zu deren Umsetzung sind in den Ländern diverse Dezentralisierungsstrategien verfolgt worden, u. a. die Lokalisierung von Bundes- und Landeseinrichtungen sowie von Hochschulen und For-

schungseinrichtungen in die Städte des peripheren Raumes. Ausgehend von der Annahme, dass in peripheren bzw. peripherisierten Städten und Regionen Strukturschwäche u. a. durch Bevölkerungsverluste bedingt ist, die auf fehlende attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zurückgehen, kann eine solche Dezentralisierungsstrategie stabilisierend wirken.

These 2: Um Wirksamkeit vor Ort zu entfalten, ist eine Einbettung der Forschungseinrichtungen in den regionalen Kontext sowie die Nutzung spezifischer Standortvorteile entscheidend.

Voraussetzung für die Entfaltung der erwarteten Wirkungen vor Ort scheint eine Einbettung der Forschungseinrichtungen in den regionalen Kontext zu sein. Hierzu zählen Möglichkeiten zur Vernetzung und Clusterbildung mit vorhandenen, komplementären Einrichtungen aus Forschung, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, aber auch ein Bewusstsein für den regionalen Arbeitsmarkt. Eine transparente, öffentlichkeitswirksame Kommunikation der eignen Arbeit, in den lokalen Medien oder im Rahmen von Veranstaltungen kann des Weiteren die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen und weitere Kooperationspotenziale eröffnen. Schließlich gilt es, die spezifischen Vorteile eines Lebens abseits der Metropolen zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorzuheben und zu nutzen – wie eine hohe Lebensqualität durch kurze Wege und Nähe zur Natur oder das Vorhandensein attraktiven und bezahlbaren Wohnraumes.

Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, drohen Konkurrenzen auf dem in Hinblick auf qualifizierte Kräfte ohnehin häufig angespannten, (über-)regionalen Arbeitsmarkt. Pendelbewegungen in die nächsten größeren Groß- und Universitätsstädte verhindern die gewünschten Re-

vitalisierungseffekte vor Ort, mit negativen Folgen für die Akzeptanz der Einrichtungen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Reputation der Standorte. Vor diesem Hintergrund sind etwa die momentan geplanten großen Forschungseinrichtungen in Görlitz und Umland, die im Rahmen der Strukturpolitik im Zuge des Kohleausstiegs in der Lausitz entstehen sollen, durchaus ambivalent zu sehen (siehe Abb. 1).

These 3: Forschungseinrichtungen vor Ort können einen Beitrag leisten, um die Kapazitäten für eine zukunftsgerichtete kommunale Entwicklung zu erhöhen.

In Folge der Schrumpfungsprozesse sind u. a. in den öffentlichen Verwaltungen in erheblichem Maße Kapazitäten abgebaut worden. Gleichzeitig stehen die Gebietskörperschaften vor komplexen und sich überlagernden Herausforderungen: Demografischer Wandel, Klimaschutz und Klimaanpassung, Veränderung der Arbeitswelt und Digitalisierung, Energiewende und Strukturwandel sowie gesellschaftliche Veränderungen sind Kernanliegen einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklungspolitik.

Erforderlich zu deren Bewältigung sind ein vernetztes Denken und Handeln, der interkommunale Erfahrungsaustausch, eine intersektorale Koordinierung und Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure sowie die Bereitschaft, neue Wege zu gehen und experimentelle Ansätze zuzulassen. Bei all diesen Herausforderungen können Forschungseinrichtungen mit einem transdisziplinären und transformativen Anspruch wichtige Beiträge vor Ort leisten. In kleineren Städten abseits der Metropolen sind kürzere (Verwaltungs-)Wege und eine überschaubare, i. d. R. mit einander bekannte, Akteurslandschaft eine günstige Voraussetzung hierfür.



Abb. 1: Leerstehendes altes Kondensatorenwerk am Görlitzer Neißeufer. Das Zentrum für datenintensive Systemforschung CASUS, das dort 2026 einziehen soll, wird mit Struktur Fördermitteln im Rahmen des Kohleausstiegs unterstützt. (Foto: Bettina Knoop)



These 4: Eine kontinuierliche, institutionalisierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist die Voraussetzung für eine fruchtbare Partnerschaft zwischen Forschung und kommunaler Selbstverwaltung.

Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und nichtwissenschaftlichen Institutionen sind häufig projektgebunden und somit nicht kontinuierlich. Eine vertrauensvolle und kontinuierliche Zusammenarbeit ist jedoch Voraussetzung für einen langfristigen und gegenseitigen Mehrwert solcher Kooperationen. Denn die Handlungslogiken und -ziele von öffentlicher Verwaltung und Wissenschaft sind durchaus unterschiedlich. Die Bewältigung der Pflichtaufgaben und die Umsetzung politischer Vorgaben stehen auf der einen Seite, das Erkenntnisinteresse und das Streben nach wissenschaftlicher Reputation durch – möglichst englischsprachige – Publikationen und internationale Konferenzbeiträge auf der anderen.

Wichtig sind somit das gegenseitige Verständnis und das Anerkennen dieser Logiken. Hierfür erforderlich sind ein offener und regelmäßiger Austausch sowie die Formulierung gemeinsamer Interessen und Ziele im Rahmen einer institutionalisierten Zusammenarbeit. Auf einer solchen kooperativen Basis können Themen identifiziert werden, die gleichzeitig von praktischer und wissenschaftlicher Relevanz sind, und die somit für beide Seiten fruchtbar gemacht werden können. Darauf aufbauend lassen sich Aktivitäten planen und umsetzen, bei denen Wissen ko-produktiv generiert wird und neue Lösungen zur Anwendung gebracht werden.

These 5: Gemeinsame Experimente von Wissenschaft und Praxis können helfen, komplexe kommunale Herausforderungen zu adressieren.

Experimente sind qua Definition mit dem Risiko des Scheiterns verbunden und stehen damit zunächst im Widerspruch zu dem auf Rechtssicherheit und Effizienz ausgerichteten Verwaltungshandeln. Gleichzeitig erfordern die oben genannten komplexen Herausforderungen unkonventionelle Ansätze. Die ausbleibenden Erfolge beim kommunalen Klimaschutz etwa zeigen, dass das bisherige Instrumentarium nicht ausreicht, um den dringend erforderlichen tiefgreifenden Wandel einzuleiten. Durch die Kooperation zwischen kommunaler Praxis und Wissenschaft können Experimente besser legitimiert, gezielt an den lokalen Kontexten angepasst und in der Umsetzung kritisch beobachtet werden. Die gesammelten Erfahrungen und erzielten Verbesserungen sollten mit anderen Kommunen und mit einem wissenschaftlichen Fachpublikum geteilt werden.

Beispiele

Zwei aktuelle Beispiele für experimentelle, kollaborative Ansätze im Bereich der Stadtentwicklung zwischen dem IZS und der Stadt Görlitz werden an dieser Stelle kurz vorgestellt. Beide zielen auf eine Revitalisierung ab.

Stadt auf Probe

Im Rahmen eines Experiments wird potenziellen Zuzüglern ein zeitlich begrenzter Aufenthalt zum Ausprobieren von Görlitz als Wohn- und Arbeitsstandort ermöglicht. Die Teilnehmenden können für den Aufenthalt kostenfrei eine Wohnung und einen Arbeitsraum nutzen. Voraussetzung für die Teilnahme ist ein konzeptioneller Beitrag zum kommunalen Klimaschutz während des Aufenthalts sowie eine Teilnahme an der wissenschaftlichen Begleitforschung (IÖR 2020). Als wissenschaftliches Ergebnis entstehen Erkenntnisse zu Umzugsmotivationen, Standortanforderungen und lebensweltlichen Erfahrungen der häufig großstädtischen Zuzügler in einer peripheren Mittelstadt. Hieraus können Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die lokale und nationale Stadtentwicklungspolitik abgeleitet werden. Durch die Beiträge der Teilnehmenden können fachliche, aber auch gesellschaftliche Impulse ausgelöst und ortsansässige Initiativen vernetzt werden. Das Experiment erzeugt überregionale Aufmerksamkeit für den Standort Görlitz und hat nicht zuletzt bereits für den einen oder anderen Zuzug nach Görlitz gesorgt (Zöllter/Rößler/Knippschild 2021).



Abb. 2: Visualisierung möglicher Eingriffe in die Bausubstanz gemäß der Bewertungsmatrix. Die Eingriffsmöglichkeiten reichen von der Erhaltung des Status quo (oben links) bis zum ersatzlosen Abbruch mit Gestaltung der neu entstandenen Freifläche (unten rechts). (Quelle: Stadt Görlitz)

Zwischen Gebäude und Quartier

Ein zweiter experimenteller Ansatz ist von der Stadtverwaltung Görlitz zunächst ohne wissenschaftliche Unterstützung angestoßen worden. Eine Bewertungsmatrix setzt mögliche bauliche Veränderungen an denkmalgeschützter Bausubstanz in Zusammenhang mit dem Konsolidierungsbedarf im jeweiligen Quartier sowie mit der Qualität und den angestrebten Wirkungen des Revitalisierungsvorhabens für die Stadtentwicklung. Abhängig von diesen Variablen sollen auch umfangreichere Eingriffe in die historische Bausubstanz in Betracht gezogen werden, die in gut entwickelten und vitalen, denkmalgeschützten Quartieren und Gebäuden kaum denkbar wären (siehe Abb. 2). Die pilothafte Anwendung dieses Tools wurde wissenschaftlich begleitet. Dabei



Abb. 3: Studentische Exkursion mit Vertretern der Stadtverwaltung zur damaligen Baustelle des Brautwiesensparks am Standort des ehemaligen Güterbahnhofes in Görlitz (2020). Studentische Arbeiten befassten sich mit Potenzialen für Stadtgrün in Görlitz. (Foto: Bettina Knoop)

wurde die durchaus kontroverse Debatte in der Stadt sowie mit übergeordneten Behörden reflektiert und das Vorhaben überregional und in der wissenschaftlichen Gemeinschaft bekannt gemacht (Knippschild/Zöllter 2020; Knippschild/Zöllter 2021).

Weitere Impulse für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung werden regelmäßig durch studentische Arbeiten gegeben. Im Rahmen von Gruppen- und Abschlussarbeiten werden aktuelle Themen der Stadtentwicklung in Kooperation mit der Stadtverwaltung bearbeitet (siehe Abb. 3). Die Ergebnisse werden regelmäßig auch kommunalen Akteuren präsentiert und zur Verfügung gestellt.

Der vorliegende Beitrag widmete sich der Frage, welche Effekte eine dezentrale Verteilung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen an Standorten jenseits der Metropolen erzielen kann. Zur Beantwortung wurden die Erfahrungen einer Forschungseinrichtung, des IZS, in der peripheren Mittelstadt Görlitz herangezogen und in fünf Thesen konzentriert.

Zwei urbane Experimente am Standort Görlitz zeigen beispielhaft, wie die langfristige transdisziplinäre Kooperation zwischen kommunaler Praxis und Wissenschaft sowohl Impulse liefern als auch wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn generieren kann. Insbesondere gemeinsame Experimente können in transformativem Sinne zur Durchbrechung von Pfadabhängigkeiten beitragen und die Entwicklung nachhaltiger Lösungsansätze in der kommunalen Praxis befördern.

Die Erfahrungen am Standort Görlitz zeigen, dass der regelmäßige, langfristige und institutionalisierte Austausch zwischen Partnern aus kommunaler Praxis und Wissenschaft eine zentrale Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg einer solchen Kooperation ist – gerade in Hinblick auf die multiplen, sich dynamisch entwickelnden Herausforderungen unserer Zeit. Zivilgesellschaftliche Initiativen sowie Partner aus der Wirtschaft sollten nach Möglichkeit in die Kooperation miteinbezogen werden. Dabei gilt es, Impulse aus der Stadtgesellschaft aufmerksam zu verfolgen, im Sinne eines transdisziplinären Ansatzes aufzugreifen und gemeinsam weiterzuentwickeln.



Prof. Dr.-Ing. Robert Knippschild

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Leiter Interdisziplinäres Zentrum für transformativen Stadtumbau (IZS), Görlitz



Bettina Knoop

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Interdisziplinäres Zentrum für transformativen Stadtumbau (IZS), IHI Zittau der TU Dresden

Quellen:

IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (Hg.) (2020): STADT DER ZUKUNFT auf PROBE. Ein Wohn- und Arbeitsexperiment für ein klimaneutrales Görlitz. Projektwebseite. <https://stadt-der-zukunft-auf-probe.ioer.eu/>.

IZS – Interdisziplinäres Zentrum für transformativen Stadtumbau (Hg.) (2022): Zentrum. <https://izs-goerlitz.ioer.de/zentrum/> (abgerufen am 07.03.2022).

Knippschild, Robert/Zöllter, Constanze (2020): Urban Regeneration between Cultural Heritage Preservation and Revitalization: Experiences with a Decision Support Tool in Eastern Germany. In: Land 10 (2021) 6, S. 547. <https://doi.org/10.3390/land10060547>.

Knippschild, Robert/Zöllter, Constanze (2021): Stadterneuerung zwischen Revitalisierung und Denkmalschutz – Die Stadtumbau-Matrix Görlitz. In: Altrick, Uwe/Kurth, Detlef/Kunze, Ronald/Schmidt, Holger/Schmitt, Gisela (Hrsg.): Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten. Wiesbaden: Springer VS, 2021, (Jahrbuch Stadterneuerung; 2020), S. 133–149. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30231-3_6.

Stadt Görlitz (Hg.) (2022): Wirtschaft Görlitz. Wissenschaft und Forschung. <https://www.goerlitz.de/Wissenschaft-und-Forschung.html> (abgerufen am 07.03.2022).

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2020 (Hg.) (2020): 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (7. RBV) für den Freistaat Sachsen. Landkreisinformation. Landkreis Görlitz. https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20Kreise/rbv-landkreisinfo_landkreis-goerlitz.pdf.

ZEIT ONLINE (Hg.) (2021): CHE Hochschulranking. Hochschule Zittau/Görlitz. <https://ranking.zeit.de/che/de/hochschule/8546> (abgerufen am 07.03.2022).

Zöllter, Constanze/Rößler, Stefanie/Knippschild, Robert (2021): Probieren als Entscheidungshilfe bei der Standortwahl – Das Projekt „Stadt auf Probe – Wohnen und Arbeiten in Görlitz“. In: Transforming Cities (2021) 4|2021, S. 47–51.



Bernd Hallenberg

Studierende in Mittelstädten und ihre Bedeutung für die kommunale Entwicklung

Am Beispiel der Universitätsstadt Marburg

Mit dem Aufkommen des Begriffs der „Schwarmstädte“¹ gerieten ab 2013 solche Städte in den Fokus der (Fach-) Öffentlichkeit, die vor allem nach 2008 zu einem Magneten für jüngere Erwachsene geworden waren. Dabei handelte es sich vornehmlich um Großstädte, die als Hochschul-, aber auch als Erlebnisstandorte besondere Attraktivität auf die mobilen 18- bis 35-Jährigen ausübten. Weniger Aufmerksamkeit erhielten dagegen mittelgroße Hochschulstandorte außerhalb der Agglomerationen mit ihren teilweise sehr hohen Studierendenquoten. Aktuelle Entwicklungen deuten für diese Orte – oft kleinere Regiopole – auf gemischte Zukunftsperspektiven und einen deutlichen Anpassungsbedarf hin, nicht zuletzt zur Steigerung der Attraktivität für andere Bevölkerungsgruppen angesichts sich anbahnender demografischer Verschiebungen. Näher werden diese Entwicklungen am Beispiel der Universitätsstadt Marburg dargestellt.

Übergreifende Entwicklungen

Die Auswirkungen der Präsenz von Studierenden auf die kommunale Entwicklung in Mittelstädten sind vielfältig und keineswegs ausschließlich positiv.² Zugleich sind dabei neben übergreifenden Grundmustern die spezifischen Gegebenheiten der Standorte zu berücksichtigen. Ein weit überdurchschnittlicher lokaler Anteil von Studierenden an Universitäten an der Bevölkerung ist gerade in Mittelstädten mit alteingesessenen Einrichtungen zu beobachten. Dort erreicht die Studierendenquote an drei Standorten 30 % oder mehr, in anderen Mittelstädten 12 bis etwa 25 %.

Die positiven Effekte der meist temporären studentischen Bewohnerinnen und Bewohner reichen von ihrem Beitrag zur Steigerung der gastronomischen und kulturellen Vielfalt in den Innenstädten bis zur Rolle von Studierenden als brückenbauendem Pfeiler gesellschaftlicher Vielfalt. Daraus können eine Vitalisierung und teilweise veränderte Nutzungsmischung von Innenstädten entstehen, die über deren herkömmliche Rolle als Einkaufsort zunehmend hinausweisen, wie aktuelle Befragungen unter jüngeren Erwachsenen zeigen.³ Daneben können Studierende in gewissem Umfang zur Stabilisierung sozial heterogener und

sozial benachteiligter Quartiere beitragen, soweit sie dort in nennenswerter Zahl wohnen bzw. sich aufhalten, was angesichts der schwierigen Wohnungsmarktlage häufig zu beobachten ist.

Mit einer hohen lokalen Präsenz von Studentinnen und Studenten verbinden sich jedoch auch deutliche Herausforderungen für die Kommunen. Dabei geht es, neben einer meist eingeschränkten Teilhabe der Studierenden an urbanen Gestaltungsprozessen, insbesondere um die verschiedenen Folgen für den lokalen und regionalen Wohnungsmarkt.⁴

⁴ Vgl. etwa Kramer 2019 und Forschungsberichte der ARL 09, S. 281–310. Siehe auch BBSR 2017.

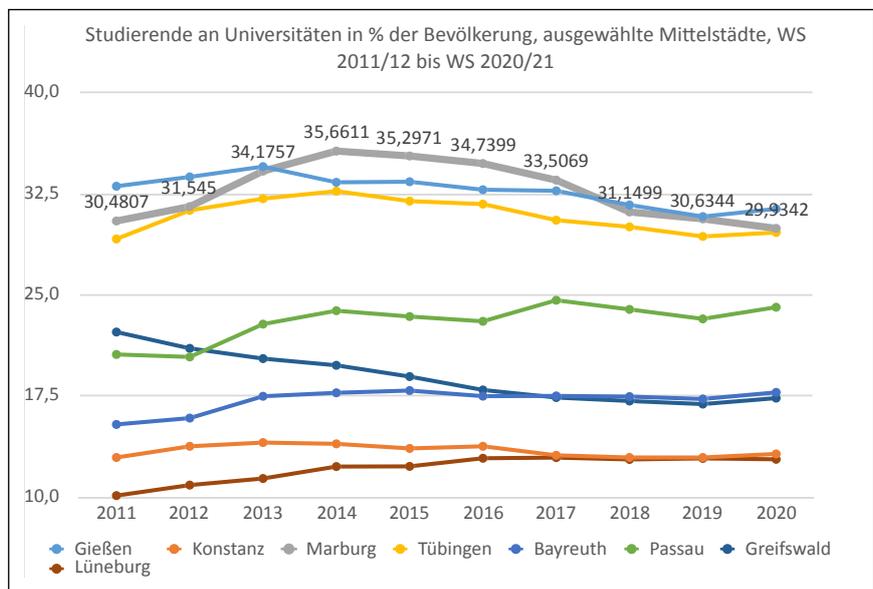


Abb. 1: Studierendenquote, ausgewählte Mittelstädte (Quelle: eigene Darstellung; Genesis-Online, Regionalstatistik.de)

¹ Siehe etwa Simons/Weiden 2015.

² Die hier genutzten Daten sind auf Studierende an Universitäten beschränkt und beziehen (Fach-)Hochschulen nicht mit ein.

³ Exemplarisch sind die Passantenbefragungen des IFH Köln (2021) zu nennen.

Diese reichen von der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für die meist temporär Zuziehenden⁵ (vgl. Tab. 1) über die Wirkungen ihrer Nachfrage auf Mieten und Preise bis hin zu den Strukturen der Bautätigkeit, die oft von strukturellen Asymmetrien zulasten mittelgroßer und großer Wohnungen geprägt sind – was das Angebot für andere Bevölkerungsgruppen, wie größere Haushalte bzw. Familien mit Kindern, einschränkt. Diese Folgen verbinden sich mit einer preistreibenden hohen Mobilität und Fluktuation der Studierenden – ein Aspekt, der bislang nur in begrenztem Umfang wissenschaftlich untersucht wurde.

Ort	Studierenden-Wohnheime	Studierenden-Wohnplätze	Darunter: Wohnplätze der Studentenwerke	Zahl der Studierenden 2019/20	Unterbringungsquote in %
Marburg	36	2503	2008	24322	10,3
Gießen	36	2719	2719	39018	7,0
Tübingen	28	4534	3661	26842	16,9
Konstanz	19	3369	2361	15856	21,3
Lüneburg	6	978	520	9722	10,1
Greifswald	14	814	814	10238	8,0
Frankfurt O.	6	1309	1309	6118	21,4
Passau	7	980	516	12323	8,0
Bayreuth	15	1858	1348	12967	14,3
Bamberg	12	1409	931	12428	11,3

Tab. 1: Wohnplätze für Studierende in Mittelstädten 2020

Bindung von Absolventinnen und Absolventen an den Hochschulstandort

Eine zentrale Frage für viele Mittelstädte außerhalb der urbanen Agglomerationen betrifft insofern – und angesichts des fortschreitenden Mangels an Fachkräften gerade in Mittelstädten – die Frage, wie hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen stärker an ihren bisherigen Studienort gebunden werden können.⁶ Regional ausgerichtete Studien befassen sich seit Längerem mit den Folgen dieses potenziellen „Brain Drain“ der kleineren Hochschulstandorte – und wie ihm erfolgreich entgegengewirkt werden könne (vgl. Falk/Kratz 2009, S. 52; Hamm/Jäger/Kopper et al. 2013). Umfassende Untersuchungen sind bisher allerdings Mangelware geblieben (so Teichert 2021).

Großstädte und Metropolen üben mit ihrer Vielschichtigkeit von Jobangeboten in Verbindung mit „soften“ Standortfaktoren („Amenities“) (Flöther 2021), etwa im Erlebnis- und Kulturbereich, eine besondere Anziehungskraft auf Studierende und ins-

besondere Absolventinnen und Absolventen aus (siehe auch Hallenberg/Wesselmann 2018). Mittelstädte und ihr regionales Umfeld verfügen dagegen oft nur über ein beschränktes Spektrum an qualifizierten Arbeitsplätzen und – aus Sicht der Absolventen – weiteren relevanten Pull-Attraktoren. Dabei können, wie im Fall einiger Standorte, durchaus mangelnde Informationen eine wichtige Rolle spielen.

Die Anstrengungen, hochqualifizierte Absolventen an Stadt und Region zu binden, gewinnen durch weitere aktuelle Entwicklungen an Dringlichkeit. Neben den Einschränkungen durch die Coronapandemie, die die Lage vieler Studierender zeitweise deutlich verschlechtert haben (Becker/Lörz 2020), wird eine demografische „Delle“ in den kommenden Jahren zu einem Rückgang der Studienanfängerinnen und -anfänger führen.

Infolge der Coronapandemie sind zudem die Zahlen der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die zum Studium nach Deutschland kommen, gesunken. Im Studienjahr 2020 hatte deren Zahl bundesweit um 22 % gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Parallel dazu hat sich allein in den vergangenen vier Jahren in Deutschland die Bevölkerungsgruppe der 17- bis 22-Jährigen, aus der derzeit rund drei Viertel der Studienanfängerinnen und -anfänger kommen, um 5 % verringert (vgl. Destatis 2021). Insbesondere bis 2026 ist mit einem mehrprozentigen Rückgang zu rechnen, der aktuell an den Universitäten – wenngleich in unterschiedlichem Umfang – sichtbar wird. Dabei dürfte natürlich auch – wie sich bereits abzeichnet – die unterschiedliche Attraktivität der angebotenen Fachbereiche eine wichtige Rolle spielen. Vielfach wird zudem vermutet, dass sich die Hochschulen in Deutschland nach der Pandemie verändern werden. Es werde mehr digitale Forschung und Lehre geben, „die die präsenten Raumbedarfe redu-



Abb. 2: Studienanfänger, Universitäten, Hochrechnung, Index (2017 = 100) bis 2030 (Quelle: Sekretariat der Ständigen KMK, Tabellenanhang zur „Vorausberechnung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen 2021–2030“, Berlin, November 2021)

⁵ Deutsches Studentenwerk 2020.

⁶ zu den komplexen Bedingungen des Arbeitsmarkteintritts von Hochschulabsolventinnen und -absolventen siehe aktuell Teichert 2021.



zieren“; gerade große Vorlesungen mit mehreren Hundert Studenten könnten nur noch digital angeboten werden (Schmoll 2022).

Zusammengenommen deuten diese Entwicklungen auf einen nicht unerheblichen Anpassungsbedarf der Hochschulstandorte hin, der sich vor allem auf eine Diversifizierung von Jobangeboten, der Schaffung eines breiteren Spektrums an Wohnungsangeboten und entsprechende Infrastrukturmaßnahmen richten muss. Dies kann nur im Rahmen integrierter, aufeinander abgestimmter Konzepte erfolgen. Nachfolgend werden diese allgemeinen Entwicklungen und Erfordernisse am Beispiel des Universitäts- und Wirtschaftsstandortes Marburg näher beleuchtet.

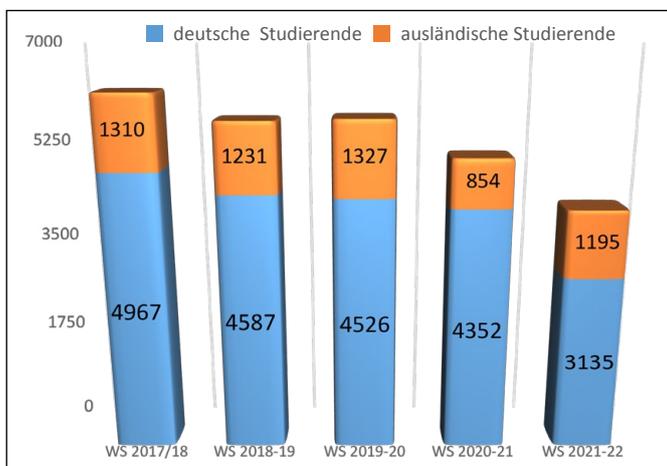


Abb. 3: Studierende im ersten Hochschulsesemester an der Philipps-Universität Marburg

Studierende und ihre Rolle für die kommunale Entwicklung am Beispiel von Marburg

Einen prägenden Teil der Marburger Stadtgesellschaft bilden die Studierenden an der 1527 gegründeten Philipps-Universität. Im Unterschied zu Tübingen, Gießen und anderen mittelgroßen Universitätsstädten zeichnet sich in Marburg bereits seit 2015/2016 ein langsamer, aber stetiger Rückgang der Studierendenzahlen ab, seit 2020 aufgrund der Coronarestriktionen auch bei ausländischen Studierenden. Eingebrochen ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2021/2022 um fast 17 % gegenüber dem Vorjahr.⁷ Lag die Studierendenquote 2014 bei etwa 36 %, so ist sie inzwischen auf unter 30 % gefallen. Der Rückgang betrifft die meisten Fachbereiche; nur der anteilsstärkste Bereich „Medizin“ – mit jedem sechsten Studierenden – verzeichnete im WS 2021/2022 mehr Studierende als 2017/2018.⁸

⁷ Quellen: Genesis-Online; Philipps-Universität Marburg, <https://www.uni-marburg.de/de/universitaet/profil/zahlen-rankings/studierendenzahlen>; eigene Berechnungen

⁸ Zuwächse gab es zudem in den FB Biologie und Geografie; im Bereich Mathematik und Informatik brach die Studierendenzahl dagegen um 36 % ein.

Im Rahmen einer breiter angelegten Studie konnte in Marburg auf die anonymisierten Adressen der Studierenden auf Straßenebene zurückgegriffen werden.⁹ Dadurch war eine Zuordnung zu den 33 Ortsteilen möglich. Von den Eingeschriebenen an der Universität im SS 2021 gaben etwa 45 % eine Adresse in der Stadt Marburg an, weitere 6 % wohnten danach im übrigen Landkreis.

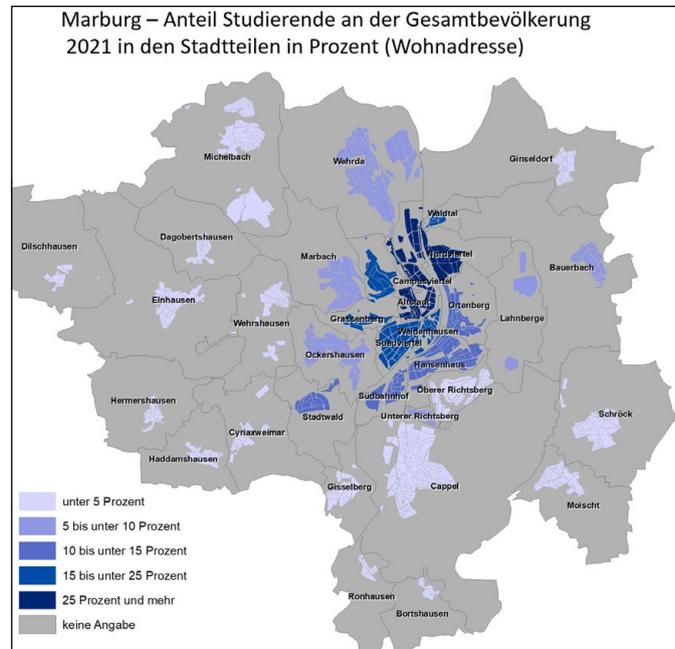


Abb. 4: Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung in den Stadtteilen

Auch in Marburg bevorzugen die Studenten eine Lage in der Innenstadt, 10 % von ihnen sind in einem der fast 40 Wohnheime untergebracht. Insgesamt sind die Studierenden im Stadtgebiet ungleichmäßig verteilt. Der Segregationsindex 2020/2021 lag auf Ortsteilebene bei 37,1. So wohnen 52 % der Studierenden mit einer Marburger Wohnadresse in nur vier Ortsteilen. Dort stellen sie zwischen 30 und 40 % der Gesamtbevölkerung bzw. 40 bis 60 % der 16- bis 35-jährigen Bevölkerung.

Etwa 9 % der Studierenden mit Wohnort Marburg geben eine Adresse in einem der vier sozial schwächeren Ortsteile an; ihr Bevölkerungsanteil erreicht dort jedoch nur einen Anteil von zwischen 3 und 17 %. Insofern können Studierende dort nur begrenzt zur sozialen Vielfalt beitragen und eine Vor-Ort-Funktion als „Brückenbauer“ ausüben, was sich auch in einer sehr begrenzten Teilnahme an Quartiersprozessen zeigt.

Der hohe Anteil von Studierenden wirkt sich deutlich auf den Wohnungsmarkt und dessen Entwicklung aus. Der Zuwachs an Studenten hatte in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre durch Bautätigkeit oder Teilung zu einem starken Anstieg des Bestands von Wohnungen mit ein oder zwei Zimmern geführt. Nur Frankfurt am Main hat unter den hessischen

⁹ Quelle: Studentenwerk Marburg; Auswertung: vhw Forschung.

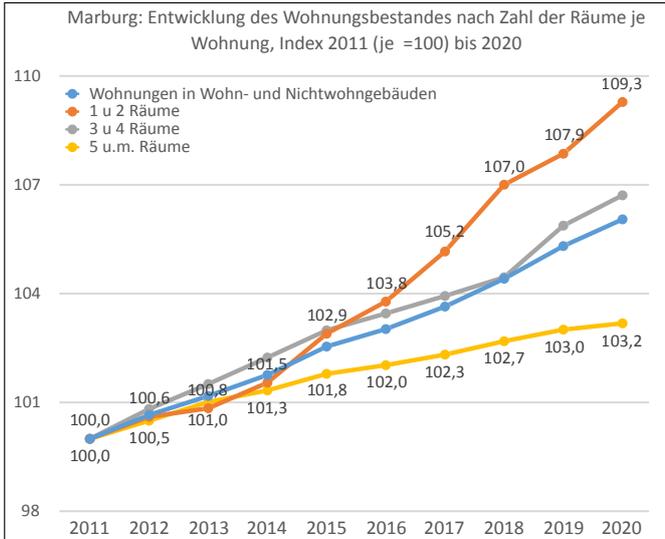


Abb. 5: Entwicklung des Wohnungsbestandes in Marburg

Kommunen einen leicht höheren Anteil an kleinen Wohneinheiten (WE) im Vergleich zu Marburg, dafür aber, wie die übrigen hessischen Mittel- und Großstädte, einen deutlich höheren Anteil an mittelgroßen Wohnungen mit drei oder vier Zimmern. Gerade dieses wichtige Teilsegment für urbanes Wohnen im verdichteten Teil der Stadt ist somit defizitär, während es in den Außenbereichen einen höheren, aber inzwischen – mangels Bautätigkeit – stagnierenden Ein- und Zweifamilienhausbestand gibt. Das heißt, gerade für urban orientierte Nachfrager in Mehrpersonenhaushalten ist das Mehrfamilienhausangebot quantitativ und teilweise auch qualitativ relativ gering, zumal ein nicht unerheblicher Teil der mittelgroßen Wohnungen auf den preisgebundenen Bestand entfällt. Ein- und Zweifamilienhäuser sind im Marburger Umland dagegen um etwa 25 % günstiger als in der Stadt, während dieser Preisabstand in Gießen oder Tübingen nur bei 15 % liegt.

Diese Entwicklung spiegelt sich vor dem Hintergrund rückläufiger Studierendenzahlen auch auf der Preisseite: Die höchsten Nettokaltmieten (Euro/m²) finden sich Anfang 2022 weiterhin bei Wohnungsangeboten unter 35 m² Wohnfläche, während größere WE angesichts ihrer partiellen Preisbindung im Durchschnitt günstiger sind. Gleichzeitig sinkt der Anteil größerer WE an allen Angeboten inzwischen erheblich, während die Zahl verfügbarer Kleinwohnungen ansteigt.¹⁰ Kurzum: Eine Verbreiterung des Wohnungsangebotes gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ansprache zusätzlicher Nachfragegruppen.

¹⁰ Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Daten von Immobilienscout24.de.

Aspekte der Bindung von Uniabsolventen am Standort Marburg

Wie steht es um die Bleibebereitschaft der Absolventinnen und Absolventen der Marburger Universität in Stadt oder Umland? Der Aderlass zeigt sich seit Jahren in hohen Wanderungsverlusten bei den 25- bis 30-Jährigen. Tatsächlich verstärken Stadt und Kreis Marburg angesichts des wachsenden Mangels an Fachkräften inzwischen ihre Bemühungen, die Bindung der Uniabsolventen zu erhöhen.¹¹ Eine Befragung (auch) von Studierenden der Philipps-Universität im Rahmen einer Regionalstudie 2018 ergab eine eher negative Bewertung der örtlichen und regionalen Bedingungen. Besonders schlecht wurden die Jobvielfalt, die Wohnungsmarktbedingungen oder die Verfügbarkeit von Schulen und Kinderspieleinrichtungen in der Stadt und insbesondere im Landkreis eingeschätzt (Brenner/Ebert 2018). Diese tendenziell kritische Bewertung wurde in der Studie vor allem auf ein Informationsdefizit über die Bedingungen in Region und Stadt zurückgeführt und eine bessere kommunale Kommunikation angemahnt. Hervorgehoben wurden seitens Stadt und Kreis die Mischung aus Urbanität und Naturnähe an einem „guten Forschungs- und Entwicklungsstandort“, die „einzigartige Bedingungen für Familie, Freizeit und Beruf“ schaffe.¹²

¹¹ Pressemitteilung 402/2021, vom 15.07.2021: Gemeinsame Pressemitteilung der Universitätsstadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf: Innovationen, die die Welt verändern, gehen von Marburg-Biedenkopf aus – Landkreis und Universitätsstadt starten Kampagne zur Fachkräftegewinnung – <https://www.marburg-biedenkopf.de/innovation?fbclid=IwAR0Wf8Sqqj7iUDb0vjNddC68SAPARdUyo1CqNU4PvyfWZNOJ2sWr0xKTsgE>.

¹² Zitiert nach Pressemitteilung, 402/2021, a. a. 0.

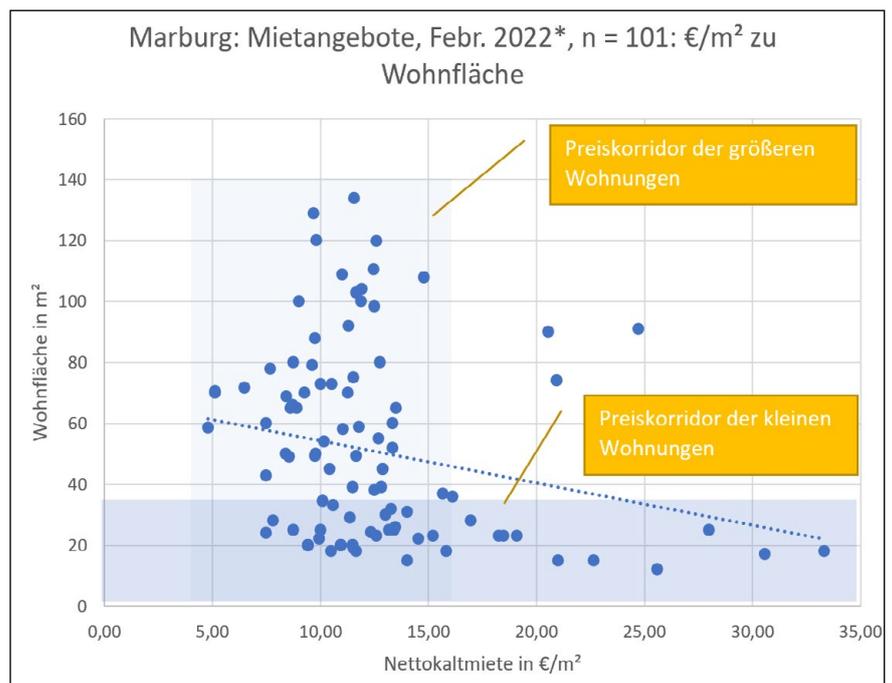
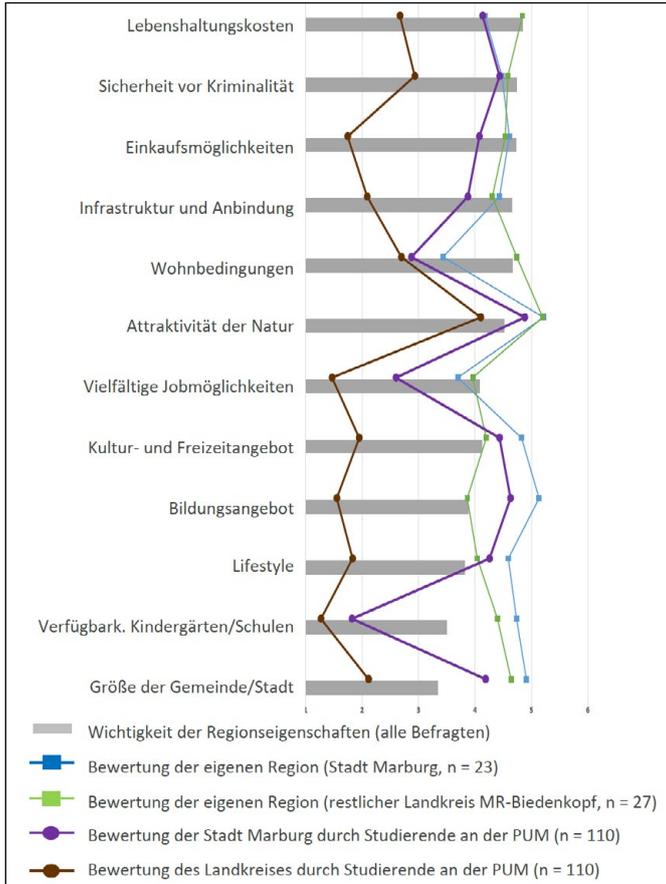


Abb. 6: Mietangebote in Marburg



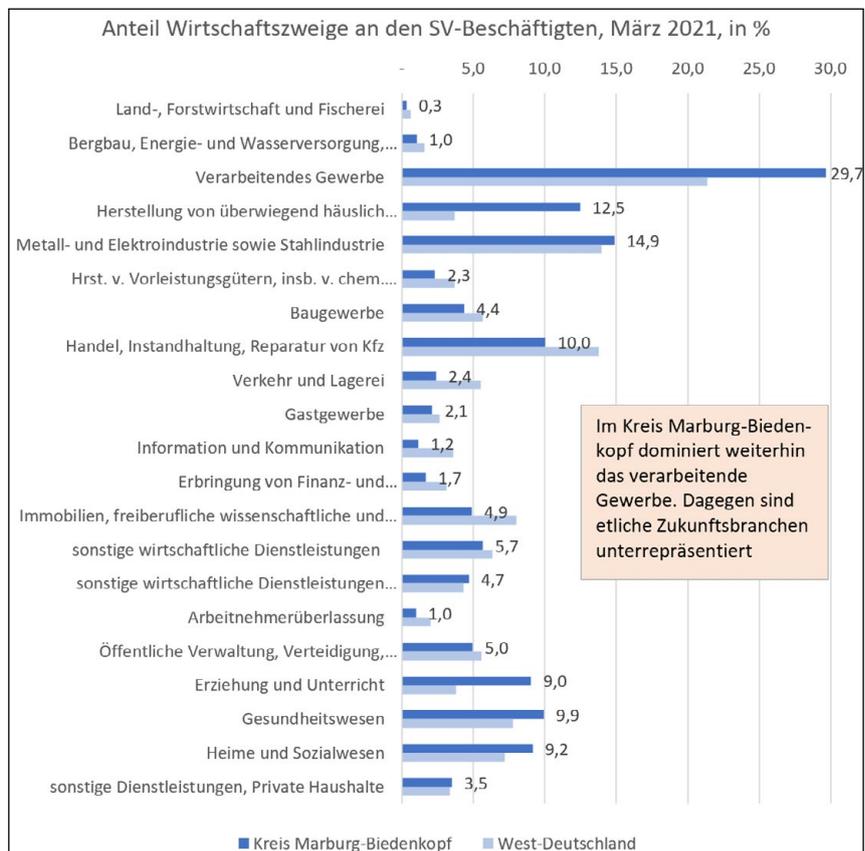
und Verwaltung eine zentrale Rolle für die Beschäftigung. Die Liste der großen Arbeitgeber vor Ort wird von der Philipps-Universität mit 4.250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeführt, weitere 4.300 arbeiten im 2017 privatisierten Universitätsklinikum. Die Pharma- bzw. Gesundheitsunternehmen CSL Behring und Biontech – zuvor Novartis – haben derzeit etwa 3.400 Mitarbeitende. Ende 2020 arbeiteten im Kreis und ganz überwiegend in der Stadt Marburg fast 5,5 % aller Beschäftigten in der deutschen Pharmaindustrie. Dieser Wirtschaftsbereich wird den Zukunftsbranchen zugerechnet (DDW 2021), wobei es künftig zu einer Erweiterung bzw. Modifizierung von Geschäftsmodellen kommen dürfte (PWC 2021). Insgesamt entfallen fast 30 % aller Beschäftigten in der Stadt auf die „Top 10-Arbeitgeber“.

Ein erweiterter Blick offenbart jedoch zugleich die vorhandenen Schwächen des Standortes gerade auf regionaler Ebene und die damit verbundenen Probleme, Uniabsolventen zum Verbleib zu bewegen. Wie in anderen mittelgroßen Universitätsstandorten geht es auch um ein „Mismatch“ zwischen Fachbereichsstruktur und lokal-regionaler Beschäftigungsstruktur. Im Falle Marburgs bestehen zwischen dem Oberzentrum und dem umgebenden Kreis grundsätzliche strukturelle Unterschiede, da der Restkreis weit überdurchschnittlich stark vom produzierenden Gewerbe geprägt wird, wie Abbildung 8 veranschaulicht.

Abb. 7: Bewertung der Eigenschaften von Stadt und Region durch Studierende der PUM 2018 (Quelle: Brenner/Ebert 2018, S. 31)

Doch auch eine Unternehmensbefragung der IHK Kassel-Marburg im (Alt-)Kreis Marburg zeigte 2021 die wahrgenommenen Stärken, aber auch Schwächen des Standortes auf. Im Vergleich mit deren Bedeutung aus unternehmerischer Sicht äußerten sich die Befragten besonders unzufrieden mit dem Arbeitskräfteangebot vor Ort und der Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte. Wesentlich besser schnitten dagegen Faktoren, wie „Lebensqualität und Freizeitmöglichkeiten“, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder das regionale Bildungsangebot, ab (vgl. IHK Kassel-Marburg 2021). Tatsächlich kann die Stadt, die von einem starken Dienstleistungssektor geprägt ist, auf der „Habenseite“ auf ihre zentrale Rolle als Gesundheits- und Pharmastandort verweisen, an dem Forschung, Produktion und Anwendung gebündelt und vernetzt sind.

Mehr als 10.000 Menschen sind allein im Gesundheitssektor oder in der Wissenschaft tätig. Daneben spielen Universität



Im Kreis Marburg-Biedenkopf dominiert weiterhin das verarbeitende Gewerbe. Dagegen sind etliche Zukunftsbranchen unterrepräsentiert

Abb. 8: Anteil Wirtschaftszweige an den SV-Beschäftigten

Fazit und Perspektiven

Mittelstädte sind als Studienorte attraktiv und durchaus wettbewerbsfähig gegenüber Großstädten. Häufig ist die Relevanz der Studierenden für das soziale Gefüge und die kommunale Entwicklung weit größer als in entsprechenden Großstädten und Metropolen. Mittelgroße Hochschulstandorte können besondere Vorteile vorweisen und verbreiten oft einen attraktiven Mix aus urbanem Flair, Naturnähe, Übersichtlichkeit oder den teilweise geringeren Lebenshaltungskosten. Für die entsprechenden Kommunen ergeben sich aus dem hohen Anteil von Studierenden viele Vorteile, wie etwa die kulturelle und soziale Vitalisierung. Dem stehen allerdings deutliche Herausforderungen gegenüber. Gerade in Zeiten bedingter Trendänderungen oder -brüche – wie der sich derzeit vollziehenden demografischen „Delte“ mit einem Rückgang der Zahl von Studienanfängern – entsteht ein signifikanter Anpassungsbedarf, der durch den parallelen Druck, zusätzliche qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, erhöht wird.

Wichtig ist es daher, die vorhandenen Stärken besser zu nutzen und breiter zu kommunizieren. Zugleich gilt es, die Anziehungskraft der Städte durch eine Verbreiterung des Wohnungsangebotes über alle Segmente hinweg und einer Diversifizierung der regionalen und lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten zu stärken, um so eine größere Zahl von Uniabsolventen zu binden und zugleich neue Gruppen und Haushalte aus dem In- und Ausland zu gewinnen.

Vor allem dort, wo wie im Oberzentrum Marburg ein erhebliches wirtschaftliches Strukturgefälle zum Umland besteht, müssen Anpassungsprozesse durch ein besseres Zusammenwirken und mehr Ko-Produktion der relevanten Akteure zukunftsfähig gestaltet werden.¹³ Erforderlich sind integrierte Angebotspakete, die auf die Bedürfnisse der studentischen und sonstigen Zielgruppen abgestimmt sind. Zwar wird es angesichts der hohen regionalen Mobilität der Uniabsolventen nicht zu einer völligen Umkehr bei den Fortzügen kommen, durchaus aber zu einer signifikanten Steigerung der Bleibebereitschaft, die den Rückgang der Studierendenzahl kompensieren kann.



Bernd Hallenberg

Seniorwissenschaftler i. R. und bis 2021
Stellvertreter des vhw-Vorstands, Berlin

Quellen:

BBSR (Hrsg.) [2017]: Nutzungsmischung und die Bewältigung von Nutzungskonflikten in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren – Chancen und Hemmnisse. BBSR-Online-Publikation 23/2017, Bonn.

Becker, K./Lörz, M. [2020]: Studieren während der Coronapandemie: Die finanzielle Situation von Studierenden und mögliche Auswirkungen auf das Studium. DZHW Brief, 9/2020. https://www.dzhw.eu/pdf/pub_brief/pub_brief_09_2020.pdf.

Brenner, T./Ebert, T. (2018): Fachkräfte für den Landkreis Marburg-Biedenkopf – Wahrnehmung, Attraktivität und Potentiale. Marburg, Philipps-Universität Marburg, Arbeitsgruppe für Wirtschaftsgeographie und Standortforschung.

DDW – Deutsche Wirtschaft (2021): Die 50 Trendfelder und Wachstumsmärkte der Wirtschaft. 19.11.2021 <https://die-deutsche-wirtschaft.de/trend-und-wachstumfelder/>.

Destatis [Statistisches Bundesamt] (2021), Pressemitteilung Nr. 538, 26.11.2021, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_538_21.html.

Deutsches Studentenwerk (Hrsg.) (2020): Wohnraum für Studierende. Statistische Übersicht 2020. Berlin.

Falk, S./Kratz, F. (2009): Regionale Mobilität von Hochschulabsolventen beim Berufseinstieg, in: Beiträge zur Hochschulforschung, 3/2009.

Flöther, C. (2021): Absolvent*innen: die Hochmobilen par excellence? Mobilitätspotenziale heterogener Absolvent*innen, in: Fabian, G./Flöther, C./Reifenberg, D. (Hrsg.): Generation Hochschulabschluss: neue und alte Differenzierungen. Ergebnisse des Absolventenpanels 2017. Münster/New York: Waxmann, S. 207–232.

Hallenberg, B./Wesselmann, St. (2018): Ansprüche und Realitäten des Lebens in der Stadt. Eine Studie mit Umfragen unter Studierenden in Osnabrück und Berlin in: vhw – Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 5/2018, S. 264–267.

Hamm, R./Jäger, A./Kopper, J. et al (2013): BrainDrain trotz Fachkräftemangel? Regionales Migrationsverhalten von Hochschulabsolventen dargestellt am Beispiel der Hochschule Niederrhein, List Forum 39/2013, S. 46–70.

IFH Köln (Hrsg.) (2021): Vitale Innenstädte 2020. Köln.

IHK Kassel-Marburg (Hrsg.) (2021): So ist die Lage. Standortbefragung der IHK Kassel-Marburg. Kassel, November 2021.

Kramer, C. (2019): Studierende im städtischen Quartier – zeit-räumliche Wirkungen von temporären Bewohnern und Bewohnerinnen, in: Henckel, Di/Kramer, C. (Hrsg.): Zeitgerechte Stadt – Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis. Hannover 2019, Forschungsberichte der ARL 09, S. 281–310.

Philipps-Universität Marburg, <https://www.uni-marburg.de/de/universitaet/profil/zahlen-rankings/studierendenzahlen>.

Pressemitteilung 402/2021, vom 15.07.2021: Gemeinsame Pressemitteilung der Universitätsstadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf: Innovationen, die die Welt verändern, gehen von Marburg-Biedenkopf aus – Landkreis und Universitätsstadt starten Kampagne zur Fachkräftegewinnung.

PWC (2021): Future of Health. How to Transform BioPharma for the Upcoming LIFE Care System. <https://www.strategyand.pwc.com/de/en/industries/health/future-of-health-2021.html>.

Röhrig, A./Schaade, P. (2018): Digitalisierung der Arbeitswelt: Mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Hessen – Aktualisierung. IAB Hessen, 1-2021, https://doku.iab.de/regional/H/2021/regional_h_0121.pdf Blätter, 2-2018, S. 221–232.

Schmoll, H. (2022): Gibt es nach der Pandemie weniger Seminarräume an Unis? FAZ-Online, 26.1.2022.

Simons, H./Weiden, L. (2015): Schwarmstädte in Deutschland – Ursachen und Nachhaltigkeit der neuen Wanderungsmuster in Deutschland. Berlin: empirica.

Teichert, C. (2021): Arbeitsmarkteinstieg und räumliche Mobilität von Hochschulabsolventen/innen. Hannover: Gottfried Wilhelm-Leibniz-Universität, Dissertation., DOI: <https://doi.org/10.15488/10465>.

Vöpel, H./Wolf, A./Burkert, C. (2018): Regionalwirtschaftliche Resilienz in Zeiten strukturellen Wandels, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 2-2018, S. 221–232 <https://www.wko.at/site/WirtschaftspolitischeBlaetter/voepel-wolf-2-2018.pdf>.

¹³ Dieser Aspekt wurde auch in der Unternehmensbefragung der IHK Marburg deutlich.



Isabel Maria Finkenberger

Transformatives Forschen, Lehren und Handeln im Rheinischen Braunkohlerevier

Die Institution Hochschule hat das Potenzial, über transformatives Forschen und Lehren und den entsprechenden Wissenstransfer in den lokalen Kontext strategisch-verlässliche Partnerin der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit zu werden und bei der Ausbildung von Pionierinnen und Pionieren des Wandels mitzuwirken. Der Lehr- und Forschungsschwerpunkt „Zukunftsfähige Transformation“ am Fachbereich Architektur der FH Aachen widmet sich seit 2020 dem Tagebaumfeld Hambach im Rheinischen Revier, um dort angewandt und in Kooperation neue Narrative, innovative Prozesse, ortsbezogene Konzepte und strategische Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

Im Kontext der aktuellen Transformationsaufgaben steht die bisherige Planungs- und disziplinäre Praxis auf dem Prüfstand. Auch, da die große Transformation zur Nachhaltigkeit mit der bisherigen Perspektive und den damit verbundenen gängigen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen bricht, die technologische Innovationen als Grundlage des Wandels begreift: Anstelle der bisherigen Praxis ist laut Uwe Schneidewind (2018) in dieser dritten großen Systemumwandlung ein von vielen Akteuren getragener kultureller Wandel und eine Kultur des Verhandeln und Aushandelns als Motor für Veränderung an erster Stelle notwendig – und erst anschließend die Frage nach den hierfür notwendigen Institutionen, Ökonomien und Technologien, um diese zu erreichen, zu klären.

Die FH Aachen, seit 2020 u. a. Mitglied der Transferallianz Rheinisches Revier (TARR)¹, ist strategisch interessant verortet: gelegen zwischen Rheinschiene und strukturschwachen Kontexten, in der Euregio Maas-Rhein – dem Dreiländereck zwischen Niederlande, Belgien und Deutschland mit seinen differenzierten Identitäten, Planungskontexten und länderspezifischen Wissenskompetenzen – und natürlich an der westlichen Grenze des Rheinischen Braunkohlereviere, der größten Landschaftsbaustelle Europas. Trotz der Nähe zu den großen Städten ist der Kontext eher ländlich geprägt, und das aktuelle Planungswissen im Kontext der Klimakrise wird hier vielfach noch nicht angewandt oder aufgrund der Konkurrenzangst vor eben diesen Städten ausgesetzt. Weiterhin werden Siedlungsgebiete auf wertvollen Ackerflächen ausgewiesen oder diese mit dem Heilsversprechen der Braunkohle aus dem vergangenen Jahrhundert abgebaggert, werden mit der Angsterzählung von sich reduzierenden Arbeitsplätzen monofunktionale Gewerbegebiete entwickelt und ein Wirtschafts- und

Strukturprogramm für das Rheinische Revier formuliert, das sich weitestgehend als Wirtschaftswachstumsprogramm entpuppt. Nicht einmal taucht im Zukunftsfeld Raum und Infrastruktur der Begriff Suffizienz auf,² Kultur wird weitestgehend schwammig auf Kulturlandschaft reduziert, und die Internationale Bauausstellung wird mit dem „Zusatz-T“ versehen – T für Technologie und damit dem Symbol für die zweite große Systemumwandlung der Industrialisierung aus dem vergangenen Jahrtausend. Und – bei allem Respekt für die klugen Denkerinnen und Denker kreislaufgerechten Bauens im Revier – auch monofunktionale Neubaugebiete mit geringer Dichte aus recycelbaren Baustoffen sind eben nichts anderes als ebendas.

Fakt ist: Es gibt derzeit weniger ein Wissens- denn ein Umsetzungsproblem. Gerade deshalb sollten wir uns mehr auf die sogenannte „Phase 0“ (vgl. Baukultur Nordrhein-Westfalen 2022) und mögliche Ansätze der notwendigen kulturellen Wende konzentrieren. Auch aus diesem Grund ist es die gesellschaftliche Aufgabe der Hochschulen, sich proaktiv, angewandt und ortsbezogen in die drängenden heutigen und zukünftigen Transformationsaufgaben der Stadt-Land-Kontexte einzubringen: Lehrend durch Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), entwerfend durch das Entwickeln innovativer Raumkontexte und von Next-Practice-Projekten, angewandt durch das Verbünden mit den lokalen Akteuren, und den kulturellen Wandel vorantreibend durch den Fokus auf das Allgemeinwohl sowie das Führen der hierfür notwendigen Debatten auf breiter gesellschaftlicher Ebene.

¹ Die TARR ist eine Hochschulkooperation unter Beteiligung der FH Aachen, der Katholischen HS NRW, der HS Bonn-Rhein-Sieg, der TH Köln, der RFH Köln und HS Niederrhein.

² Der Begriff der Ressourcensuffizienz wird lediglich im Zukunftsfeld Ressourcen und Agrobusiness und Bezug auf Ressourceneffizienz und -konsistenz erläutert. (vgl. Zukunftagentur Rheinisches Revier 2021, S. 55 f., 69)

Das Reallabor als Format des transformativen Lernens und einer transformativen Wissenschaft

Netto Null, Innenentwicklung und Bauen im und mit dem Bestand statt Flächenneuausweisung und dem heute gängigen ressourcenintensiven Bauwesen, die Übertragung der insbesondere in Städten diskutierter, aber auf dem Land weitestgehend noch nicht angewandter Nutzungs- und Bautypologien oder Strategien der Klimaanpassung und Suffizienz – die Differenz zwischen Fachdiskurs, Hochschulwissen, Kommunalpolitik und Planungsalltag ist immens. Ein Grund, um im Rahmen der anstehenden Herausforderungen enger zusammenzuarbeiten und den Wissenstransfer zwischen Theorie, Alltagswissen der größtenteils vor Ort aufgewachsenen Studierenden, den Akteuren vor Ort und der lokalen Bevölkerung voranzutreiben.

In den vergangenen Jahren hat sich das Instrument des Reallabors etabliert. Reallabore beschreiben das strukturierte Zusammenspiel von Wissenschaft und Praxis (= Zivilgesellschaft und Praxisakteure) mit den drei elementaren Co-Strategien Co-Design, Co-Produktion und Co-Evaluation. Ziel von Reallaboren ist die Erforschung, sukzessive Weiterentwicklung und permanente Verbesserung alltäglicher Handlungspraxen bei gleichzeitiger Eliminierung überkommener Denk- und Handlungsweisen Richtung Nachhaltigkeit. Diese Handlungspraxen sind eng verwoben mit einer neuen Art des transformativen Lernens. Reallabore sind also eine Art Realitätscheck der Wissenschaft, innerhalb derer sie direkt und unmittelbar wirksam werden können.

Transformatives Lernen gilt laut Uwe Schneidewind als ein „wichtiger Baustein einer transformativen Wissenschaft“, das in Reallaboren konkret gestaltet werden kann. „Transformatives Lernen bedeutet, Wissen, Haltung und Fähigkeiten in Lernprozessen zu entwickeln. Transformatives Lernen ist ein wichtiger Baustein einer transformativen Wissenschaft, die sich nicht nur auf die Produktion von Systemwissen [Problem-Analyse], sondern auch auf die Entstehung von Zielwissen [Visionsentwicklung] und von Transformationswissen [Experimente + Diffusion & Lernen] konzentriert [...]. In der transformativen Wissensproduktion geht es nicht nur um neue Arten des ‚Forschens‘, sondern auch um neue Formen des Lernens. ‚Transformatives Lernen‘ bzw. ‚Transformative Bildung‘ [...] zielt auf ein Lernen, das eigene Denkweisen und Vorannahmen reflektiert und diese erweitert. Im Kontext von Transformationsprozessen zu einer nachhaltigen Entwicklung zielt transformative Bildung zudem auf ein Verständnis von Handlungsoptionen und Lösungsansätzen [...] und stärkt damit Kompetenzen von Pionierinnen und Pionieren des Wandels.“ (Schneidewind 2018, S. 474)

Mit diesem Verständnis engagiert sich das Lehrgebiet Stadtplanung, Transformation und Prozessgestaltungen mit seinem Lehr- und Forschungsschwerpunkt **Zukunftsfähige Transformation** insbesondere im Rheinischen Revier. Im Folgenden werden einzelne Konzepte und Projekte aus Lehre und Forschung vorgestellt.



Abb. 1: Oberstraße in Morschenich-Alt

Eine Transformationsstrategie für Morschenich-Alt zu einem Ort der Zukunft

Gemeinsam mit der Gemeinde Merzenich und weiteren Akteuren entwickelt der Lehr- und Forschungsschwerpunkt seit Herbst 2020 einen Transformationsprozess für den Ortsteil Morschenich-Alt zu einem in der Leitentscheidung 2021 (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie – MWIDE des Landes Nordrhein-Westfalen 2021) festgeschriebenen **Ort der Zukunft** (ebd. „Entscheidungssatz 14: Morschenich mit neuer Perspektive“). Neben der Betrachtung des Ortes selbst liegt der Fokus auf dem südlichen Vorland des Tagebaus Hambach, der aufgrund der Massenproteste um den sogenannten Hambacher Forst zumindest in Teilen nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen werden wird und als Zukunftsvorland im Rahmen der derzeit konzipierten Internationalen Bau- und Technologieausstellung (IBTA) zu einem „Demonstrationsraum für Next-Practice-Projekte“ (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2021, S. 123) entwickelt werden könnte.

Insbesondere vier informelle Instrumente sollen diesen Prozess samt Zielvorgaben der Gemeinde Merzenich und des Kreises Düren Richtung Klimaneutralität untermauern:

- Das **Zukunftsbild** ist eine Projektion in die Zukunft und formuliert Ambitionen, Zielvorstellungen und Handlungsprinzipien, ohne einen konkreten Endzustand vorzugeben. Es entsteht im Rahmen eines differenzierten Partizipations-, Teilhabe- und Aushandlungsprozesses und dient zur Klärung grundlegender Entwicklungsperspektiven, aus denen im nächsten Schritt Entwicklungspfade abgeleitet werden können.

- Der **Dynamische Masterplan** ist ein strategisch-räumliches, jedoch elastisches Planungsinstrument, das die Transformation von Räumen prozesshaft steuert. Er integriert langfristige Setzungen oder nicht verhandelbare infrastrukturelle Bausteine, weiche Parameter und Spielregeln sowie anwendungsorientierte Organisations- und Managementstrukturen.
- Die **Transformationsfibel** formuliert die Spielregeln der zukünftigen Transformation. Sie definiert Bewertungs- und Vergabekriterien, beschreibt baukulturelle und architektonische Grundsätze sowie Produktionsweisen und trifft Aussagen, wie die formulierten Ambitionen und Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können.
- Und die **Bodenpolitische Agenda** ist ein strategisches Instrument, das die bodenpolitischen Maßnahmen für eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik skizziert und Fragen von Eigentum, Vergabe und Finanzierung für die zukünftige Entwicklung klärt.

Gerade die Frage nach einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik hat hochaktuell wieder an Brisanz gewonnen: In den vergangenen Jahrzehnten hatte die RWE Power AG aufgrund der politisch verabschiedeten Braunkohlepolitik das Mandat zum Zugriff auf die Siedlungs- und Agrarflächen nach Bergrecht und über entsprechende Entschädigungsleistungen. Spätestens mit den Protesten und den weltweit für Aufsehen sorgenden Friday/Scientists/Architects...-for Future-Aktivitäten sowie dem Beschluss um den früheren Kohleausstieg bis 2038 – laut Koalitionsvertrag sogar „idealerweise“ bis 2030 (Koalitionsvertrag 2021, S. 58) mit entsprechender Verkleinerung der Abbauflächen – hat sich das Mandat im Sinne des Allgemeinwohls beinahe schon radikal Richtung Klimapolitik und den hiermit verbundenen Maßnahmen verschoben. Und auch die Neue Leipzig-Charta (2020) fordert in ihren Leitlinien u. a. Gemeinwohlorientierung, einen integrierten Ansatz sowie Beteiligung und Ko-Produktion. Mit einem Expertinnen- und Expertenworkshop Bodenpolitik widmet sich der Lehr- und Forschungsschwerpunkt daher dezidiert der grundsätzlichen Frage, wie die nicht mehr in Anspruch zu nehmenden Flächen gemeinwohl- und zukunftsorientiert entwickelt werden können: Welche Formen des Eigentums sind möglich? Wie kann der Übergang von Bodeneigentum gestaltet werden?

Welche Betriebs- und Trägerschaftsstrukturen sind sinnvoll? Zu welchen Bedingungen wird der Boden wem überlassen? Die Ergebnisse sollen entsprechend in den lokalen Kontext rückgekoppelt und ganz konkret mit Blick auf die 20+-ha Siedlungsfläche von Morschenich-Alt mit den betroffenen Akteuren verhandelt werden.

Ein Campus für transformatives Forschen, Lernen und Handeln als Kaderschmiede von Pionierinnen und Pionieren des Wandels

In Kooperation mit den Künstlerinnen und Künstlern ELEF38 um die Szenografin Mona el Gammal und der Gemeinde Merzenich wurde beim Projektaufruf Revier.Gestalten der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) ein Konzept für einen Campus für transformatives Forschen, Lernen und Handeln in Morschenich-Alt eingereicht. Ziel dieser Diskurs- und Ideenschmiede in Morschenich-Alt ist es, Bildungs-, Nachhaltigkeits- und Transformations-themen synergetisch miteinander in Beziehung zu setzen, abstrakte und überlokale Fragestellungen im konkreten Raum zu verankern, unterschiedliche Akteure und Interessen – Bildungs- und Forschungsinstitutionen, Kommunen und Entwicklungsgesellschaften, lokale Unternehmen und lokal Wirtschaftende, Initiativen, Kulturschaffende und Zivilgesellschaft sowie (inter-)nationale Akteure des Wandels – zusammenzubringen, kooperative und gemeinwohlorientierte Handlungspraxen zu etablieren und transdisziplinär entwickelte Next-Practice-Projekte konkret umzusetzen. Von der Zukunft aus gedachte Narrative abseits der immer noch gängigen Wachstumserzählung, strategische Strukturprojekte, innovative Planungsinstrumente, konkretes Handeln und neue Formate der Teilhabe und des Miteinanders treffen vor Ort aufeinander und machen den Strukturwandel ganz konkret erlebbar. Insbesondere aber soll der Campus als Kondensator, Sozialverdichtungsapparat und Ort des konkreten Handelns Menschen ermutigen, als Pio-

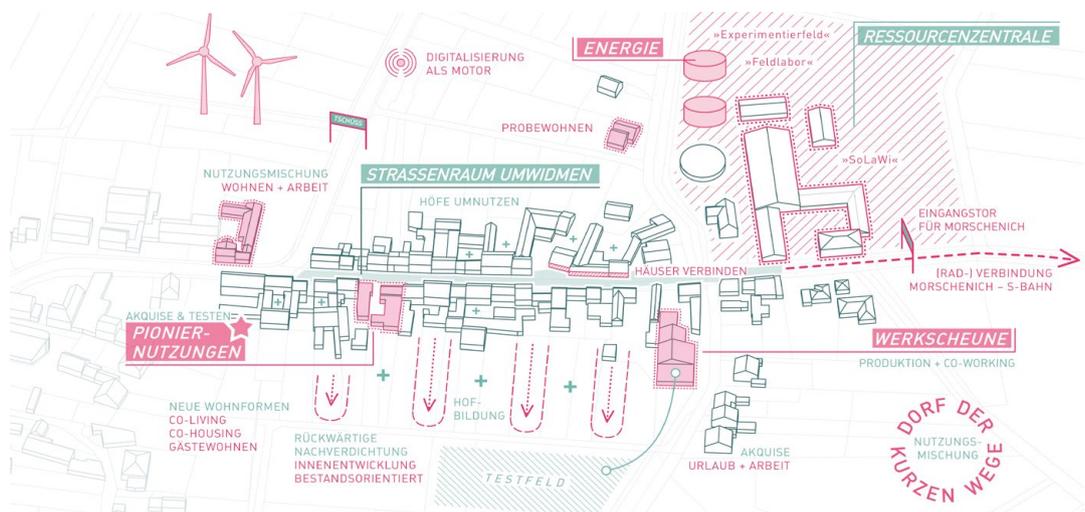


Abb. 2: Oberstraße in Morschenich-Alt: Transformations- und Nachverdichtungsoptionen. Testsite Stories von Diana Selo und Hanno Rönnfeld im WS 2021.22

nierinnen und Pioniere des Wandels ihre Lebenswelt und dadurch die Transformation des Rheinischen Reviers zur Nachhaltigkeit proaktiv mitzugestalten.

Forschendes Entwerfen und die Notwendigkeit konkret-räumlicher Narrative

Testsite Stories. Szenarien für eine andere Zukunft ist eine Erzählung in mehreren Akten, der sich der Lehr- und Forschungsschwerpunkt seit dem Wintersemester 2020/2021 widmet. Während Studierende im ersten Akt Maximalszenarien für den Gesamtort Morschenich-Alt entworfen haben – maximale Werte für Bestand, Dichte, Vernetzung, Bildung, Teilhabe, Suffizienz –, widmeten sie sich im zweiten Akt in Kooperation mit dem LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland den in deren Studie **Zurück in die Zukunft** (2021) identifizierten Dorfbereichen Oberstraße, Unterstraße, Elener Straße und Mitte. Ersterer befragte das gerettete Dorf und dessen räumlichen Kontext auf unterschiedliche Potenziale und Nutzungsszenarien und die hierfür notwendigen (Frei-)Räume, Infrastrukturen sowie Gebäude- und Nutzungstypologien. Letzterer erörtert detailliert städtebaulich-freiraumplanerische, architektonische und programmatische Transformations- und Nachverdichtungsoptionen im und mit dem Bestand. Drei Stadt-Land-Diskurse 01 Stadt durch Akteure, 02 Transformation und 03 Bodenpolitik und Gemeinwohl³ wiederum haben über neun externe Positionen mögliche Inhalte für die weitere Prozessgestaltung und noch zu entwickelnden Instrumente vor Ort geliefert und die Entwicklung neuer Erzählungen einer Wiederbesiedlung des Ortes theoretisch untermauert.

Die Institution Hochschule als Kollaborateurin der lokalen Transformation

Das Engagement der Institution Hochschule in der Region birgt reichlich Potenzial. Die hier gebündelten personellen, monetären, infrastrukturellen und Wissensressourcen, der Zugriff auf unterschiedliche (inter-)nationale und transdisziplinäre Netzwerke sowie das Kapital der jungen Generation in Form der Studierendenschaft können nachhaltig wirken, weil sie, abgesehen von Drittmittelprojekten der Forschung, zeitlich nicht begrenzt sind. Im Gegensatz zur gängigen und teilweise über die Finanzierung interessengeleiteten Projektitis oder zu politischen Wahlzyklen, nach deren Ende wertvolles Wissen oft verloren geht, können sich Hochschulen mittel- bis langfristig verpflichten und strategisch verlässliche Partnerinnen der Transformation werden. Insbesondere in eher ländlich geprägten Kontexten, die gegenüber Ballungszentren nicht nur über eine geringere kritische Masse an Diskursen, Initiativen und Innovationen

verfügen, sondern auch kommunal die Herausforderungen integriert mit weniger Personal angehen müssen, können sich Hochschulen dem Gemeinwohl und der Allgemeinheit verpflichten und sich proaktiv einbringen: über das Etablieren von Stadt-Land-Diskursen, das kritische Befragen der lokalen Handlungs- und Umsetzungspraxis oder das forschende Entwerfen neuer Analysemethoden, Zukunftserzählungen, Szenarien, Instrumente, Prozesse, Teilhabepaxen oder Prototypen.

Raus aus der Blase wiederum profitieren die Hochschulen von dem komplexen Wissen der vielen und der Möglichkeit, ganz konkret wirksam zu werden sowie neue Inhalte und Ideen zu platzieren. Die Studierenden – ein Großteil kommt aus der Region – erhalten über die Auseinandersetzung im Spannungsfeld zwischen eigenem Alltagswissen, Hochschulwissen und lokaler Erdung einen deutlich differenzierteren und kritischeren Blick auf ihr bisheriges Lebensumfeld und werden so idealerweise zu jenen Pionierinnen und Pionieren, Botschafterinnen und Botschaftern sowie Macherinnen und Machern des Wandels, die wir für die Große Transformation zur Nachhaltigkeit und für die Herausbildung einer potenten räumlichen Identität abseits der Ballungszentren so dringend brauchen!



Prof. Isabel Maria Finkenberger

Freie Stadtplanerin AKBW und Professorin für Grundlagen der Stadtplanung, urbane Transformation und innovative Prozessgestaltung an der FH Aachen

Quellen:

Baukultur Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2022): Phase 0.

Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP) (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (2021): Zurück in die Zukunft. Eine Denkmalpflegerische Analyse zur Dorferneuerung von Morschenich. Schneidewind, U. (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels.

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) des Landes Nordrhein-Westfalen (2021): Leitentscheidung 2021. Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier. Kohleausstieg entschlossen vorantreiben, Tagebaue verkleinern, CO₂ noch stärker reduzieren. Beschluss der Landesregierung vom 23. März 2021.

Neue Leipzig-Charta (2020). Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Verabschiedet beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung am 30. November 2020.

Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (Hrsg.) (2021): Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.1.

³ Vgl. <https://www.fh-aachen.de/menschen/finkenberger/stadtland-diskurse-ws-202122>, abgerufen am 28.02.2022.



Markus Otto, Silke Weidner

Die BTU in der Lausitz – ein Anker in der ländlichen Region

Die Brandenburgische Technische Universität (BTU) ist eine kleine Universität in einer peripheren Region. Mit ihrem Zentralcampus im Oberzentrum Cottbus haben Stadt und Uni wichtige Funktionen für die Lausitz zu erfüllen, die sich in einem erneuten Strukturwandel befindet. Globale Herausforderungen der Transformation treten massiert auf, Fragen lassen sich konzentriert und modellhaft hier in Forschung und Lehre sowie mit den Akteuren vor Ort transdisziplinär bearbeiten. So kann die BTU Motor im Strukturwandel sein und über Innovationen aus dem Reallabor Sichtbarkeit in der wissenschaftlichen Community erreichen: Win-win in der Lausitz!

Die BTU in Cottbus

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) wurde im Jahr 2013 neu gegründet im Zuge einer Fusion der BTU Cottbus (seit 1991) und der Fachhochschule Lausitz (seit 1991, hervorgegangen aus der 1947 gegründeten Bergingenieurschule Senftenberg). Sie ist mit ihren knapp 7.000 Studierenden (2022) die zweitgrößte Universität (nach der Universität Potsdam) und die einzige Technische Universität des Landes Brandenburg. Die BTU versteht sich als eine forschungsintensive Universität mit starker Grundlagen- sowie Anwendungsorientierung. Mit mehr als 1.500 Beschäftigten ist sie zudem einer der größten Arbeitgeber in der Lausitz. Sie ist sich ihrer Rolle in der Region bewusst und entwickelt sich zunehmend – ergänzt durch zahlreiche eng angelegte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen von Fraunhofer, DLR, BBSR etc. als interdisziplinärer Wissenschaftsknoten und Motor des Strukturwandels. Dies ist in Cottbus, einer kleinen Großstadt (rund 100.000 Einwohner) in einer peripheren Region, von besonderer Bedeutung. In wissenschaftlichen Untersuchungen finden sich dazu verschiedene Ansätze (u. a. Regiopole bei Aring/Reuter 2008; Wagner 2022; Quadruple Helix bei Lindberg et al. 2014), die hier nicht weiter ausgeführt werden können.

Mit ihren drei Standorten bietet die BTU vor Ort lokale wie thematische Zuspitzungen: innerstädtischer Zentralcampus als „das Kraftzentrum“, Cottbus-Sachsendorf gelabelt als „Mensch + Technik“ und Senftenberg mit dem sogenannten „Gesundheitscampus“. Als kleine Universität kann die BTU damit bei entsprechendem Engagement (Universität) auf der einen und Offenheit auf der anderen (Zivilgesellschaft) Seite sprichwörtlich als Schnellboot statt als großer Tanker bei aktuellen Themen, die global wie lokal von Bedeutung sind, agieren. „Nähe“ und Ansprechbarkeit existieren, um transdisziplinäre Ansätze zu befördern und den Wissens- und Technologietransfer in beide Richtungen zu erleichtern sowie Synergien herzustellen. Für Stadt und Universität bestehen vergleichsweise günstige Verkehrsverbindungen zu den Metropolregionen Berlin, Dresden und Halle-Leipzig.

Das Umfeld wird, eingerahmt durch den Spreewald und das im Entstehen befindliche Lausitzer Seenland, zunehmend attraktiv, auch zum Wohnen und für die Freizeit.

Der Hochschulentwicklungsplan 2021–2026 der BTU weist vier thematische Profillinien aus: globaler Wandel und Transformationsprozesse, Energiewende und Dekarbonisierung, Gesundheit und Life Sciences sowie das Querschnittsthema Künstliche Intelligenz und Sensorik. Damit ist die Anschlussfähigkeit von Lehre und Forschung in die globalen wie regionalen Themen der Lausitz mit ihren Städten und Landschaften erkennbar.

Die Lausitz mit ihren Akteuren und Themenstellungen

Die Lausitz teilt sich in die brandenburgische Niederlausitz und die sächsische Oberlausitz. Zu den Metropolräumen Berlin, Dresden und Leipzig-Halle besteht zwar eine vielfache auch historische Verbindung, wirtschaftlich strahlen die Metropolen aber nicht bis in die Lausitz aus. Die Entfernung zur Metropole Berlin beträgt rund 130 Kilometer. Eine ähnliche Distanz (110 km) spannt sich zwischen Cottbus als einzigem Oberzentrum der Lausitz und der sächsischen Großstadt Dresden auf. Die östliche Gebietsgrenze zum Nachbarstaat Polen ist nur 30 Kilometer entfernt. Anbindungen über infrastrukturelle Netze (Bundesautobahnen A13 und A15, zwei Intercity- und mehrere Regionalbahnlagen) sind gegeben. Dennoch hat die Lausitz periphere, schlecht erreichbare Bereiche. Cottbus stellt hier einen zentralen Knoten und Verteiler dar, auch als Heimat der BTU. Auf Ebene von Stadttypen zeigt sich in der Lausitz eine recht homogene Struktur. Wie für Brandenburg typisch, ist die Region von Kleinstädten und Landgemeinden geprägt, die wichtige Versorgungsfunktionen für den ländlichen Raum übernehmen und somit die städtische und gesellschaftliche Lebensrealität widerspiegeln. Diese Städte und Landschaften mit thematischen Potenzialen beeinflussen die Lehr- und Forschungsaktivitäten an den universitären Einrichtungen unmittelbar.

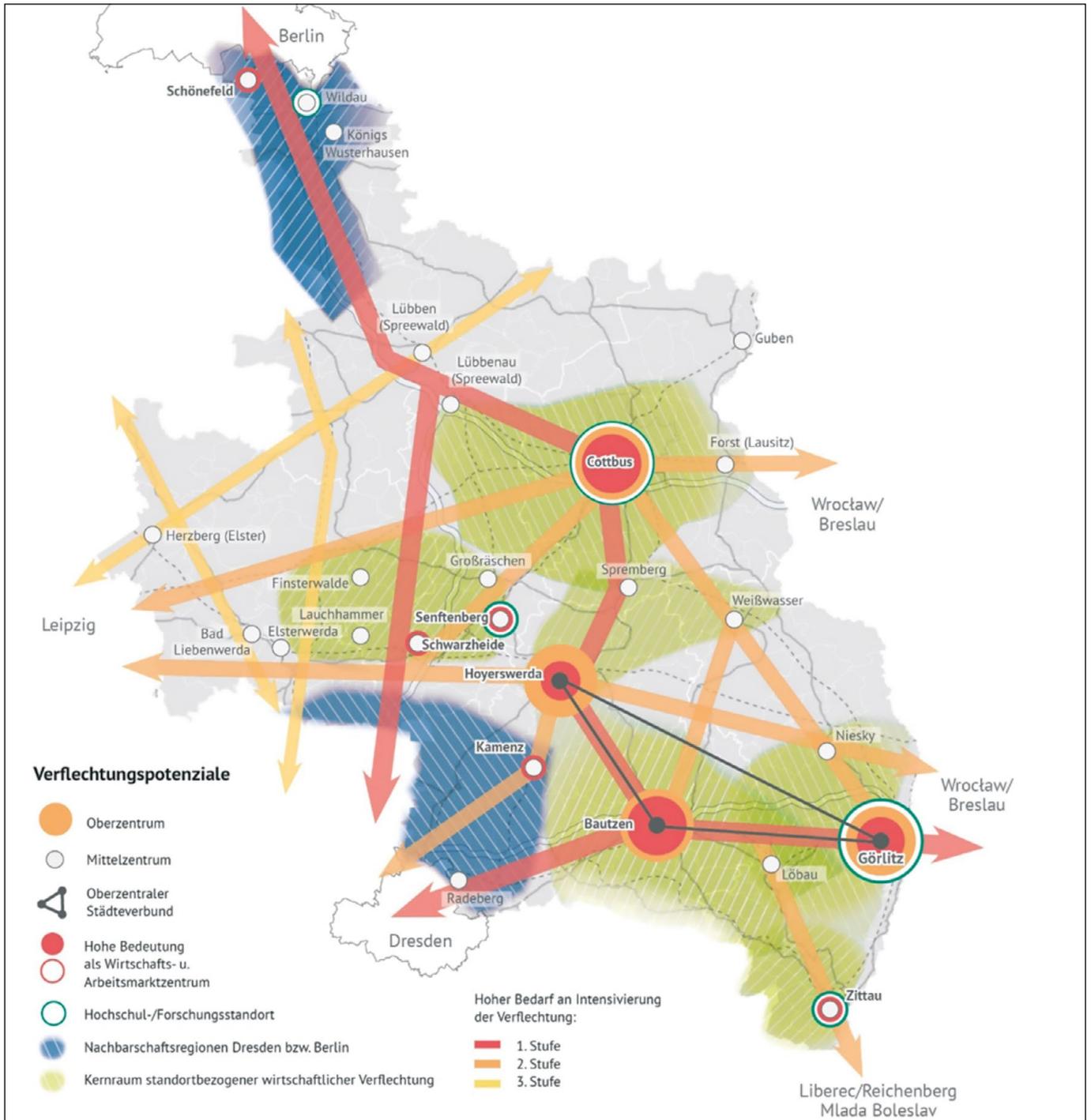


Abb. 1: Vernetzte Entwicklungsräume in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz (WRL 2018, S. 24)

So spielen in den Debatten des Strukturwandels, gekoppelt mit den Fragen der großen Transformation, Themen der Vernetzung von Akteuren und Räumen sowie des Ansatzes, in der Metropolregion Berlin-Brandenburg und der Lausitz Stärken miteinander zu verbinden, eine zunehmende Rolle. Hier kann und ist die BTU wichtige objektive Mittlerin. Ein soeben angeschobener Prozess stellt die Entwicklung einer sogenannten Innovationsachse Berlin-Lausitz dar. Das vom Zukunftsforum Berlin-Brandenburg (Stiftung Zukunft Berlin 2022) initiierte und entwickelte Projekt hat zum Ziel, die Wachstumschancen in der Region zu steigern, zukunftswei-

sende Impulse zu setzen sowie durch partnerschaftliches Ausbilden, Halten und Anwerben von Fachkräften dem demografischen Wandel in der Lausitz entgegenzuwirken. In enger Kooperation mit dem Technologiepark Berlin-Adlershof wird der Innovations- und Nachhaltigkeitskorridor aufgespannt. Die BTU definiert sich hier als ein zentraler Trittstein auf der Achse insbesondere über den neu gegründeten Lausitz Science Park (LSP). Dessen Startschuss ist im Februar 2022 gefallen, zahlreiche Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft kommen hier am Standort Cottbus institutionell wie informell zusammen.



Die Lausitz hat über Jahrzehnte – wenn überhaupt – Bekanntheit erlangt über ihre Energieversorgungsfunktion. Nun steht der Kohleausstieg spätestens 2038 (Kohleausstiegsgesetz) an. Die damit verbundenen Veränderungen werden thematisch wie monetär flankiert durch das Strukturstärkungsgesetz sowie speziell aufgebaute Governance- und Förderstrukturen. Stärken und Schwächen der Lausitz, ebenso wie Chancen und Risiken, werden im Zuge dessen neu bewertet, und es besteht die Chance, eine Modellregion für den Wandel zu werden. Damit sind rahmensetzende Besonderheiten für die Region sowie die Aktivitäten der hier beheimateten BTU genannt: Transformation mit einem Wandel der ökonomischen Strukturen, der Kulturlandschaft, der demografischen Situation und der Lebensweisen. Und es ist nicht die erste Transformation, die die Bevölkerung durchlebt, weshalb soziokulturelle und gesellschaftliche Fragen mit erörtert werden müssen – auch an einer Technischen Universität.

Durch die Arbeit in Lehre und Forschung an diesen Themen hat die BTU als Wissenschafts- und Studienstandort großen Einfluss auf die kommunale und regionale Entwicklung. Die Universität ist Anlaufstelle für zahlreiche Studierende aus der Region genauso wie für eine Vielzahl an Studierenden aus der ganzen Welt (ca. 2.300 aus dem Ausland im Jahr 2022). So schafft sie neben fachlichem Wissen und Austausch auch interkulturelle Kompetenz und ist damit bei den Themen rund um Multikulturalität eine weitere wichtige Bereicherung vor Ort.

Die Fakultät und das Institut mit ihren Themen und Aktivitäten zur Transformation

Die heutige Fakultät 6 der BTU Cottbus-Senftenberg wurde 1991 als Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen gegründet und 1995 um den dritten grundständigen Studiengang Stadt- und Regionalplanung erweitert. Von Beginn an gab es eine hohe Nachfrage nach Studienplätzen. Heute sitzen die ersten Absolventen dieses Studiengangs in den Stadtplanungsämtern zahlreicher Kommunen, in Landesämtern und Planungsbüros. Parallel wurde nach und nach die Forschungskapazität aufgebaut. Hierbei leistete die Partnerschaft mit dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner Schützenhilfe. Die Lage der Universität in der Region Lausitz prägt die Forschungsthemen – die Region dient sozusagen als Reallabor. Die Wissenschaftler haben in diesem Reallabor drei Möglichkeiten des Einflusses in und auf Stadt und Region:

- generiertes Wissen einspeisen in Vor-Ort-Prozesse,
- Fragen und Themen aus der Praxis aufnehmen und untersuchen sowie
- gemeinsam Themen eruieren, definieren und kooperativ bearbeiten.

Hier setzen die mannigfaltigen Lehr- und Forschungsaktivitäten an der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung im sogenannten „Cottbusser Modell“ mit intensiv verzahnter Lehre an. Stellvertretend für das Institut Stadtplanung – mit seinen Partnern an weiteren Fakultäten der BTU sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen – können folgende Beispiele aufgeführt werden.

Zu Beginn standen Fragen der behutsamen Stadterneuerung, der Aspekt der schrumpfenden Städte sowie im Rahmen der IBA „Fürst-Pückler-Land“ der Umgang mit den Tagebaufolgelandschaften im Vordergrund der Forschungs- und Transferarbeit. Inzwischen zeigt sich, dass die Region einem ständigen Transformationsprozess ausgesetzt ist. Die Weiterentwicklung der industriellen Kulturlandschaft, die Kultivierung der agrarwirtschaftlich geprägten Landschaften sowie das Verhältnis zwischen Metropole und peripherem Siedlungsraum mit seinen Klein- und Mittelstädten sind in den Mittelpunkt der Forschung gerückt. In allen Bereichen kann die Fakultät mit ihren Instituten neben den fachlichen (Transfer-)Leistungen den Verschnitt von regionalem und internationalem Wissen leisten.

In intensiver Vernetzung mit den Akteuren der Stadt Cottbus, aber auch zahlreicher Klein- und Mittelstädte wie Dörfer in der Region erfolgt der transdisziplinäre Austausch über Aktivitäten in der Lehre (Themen für Abschlussarbeiten, Studienprojekte, Praktika) und Forschung (Reallabor, Fallstudien etc.) sowie Nachwuchsförderung. Zugleich besteht ein intensiver Austausch in Lehre und Forschung zu den vorgenannten Themen mit vergleichbaren Regionen und Hochschulen im In- und Ausland. Die folgenden beiden Projekte können diese Vernetzungen aufzeigen:

Hochschulcampus Kleinstadtforschung

Das aktuell laufende vierjährige bundesdeutsche Zuwendungsprojekt HCKF Hochschulcampus Kleinstadtforschung (BMI/BBSR) nimmt einen Stadttypus in den Blick, der zum einen in Deutschland und Brandenburg sowie in der Lausitz vorherrschend und zum anderen in der Stadtforschung unterrepräsentiert ist. Es mangelt an einer systematischen Analyse kleinstadtspezifischer Probleme, obwohl 24 Millionen Menschen bzw. knapp 30 % der Bevölkerung in über 2.100 Kleinstädten leben. Zu den Kleinstädten werden in der Regel Städte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern gezählt. Als Wohn-, Arbeits- und Versorgungsstandorte sind Kleinstädte tragende Elemente im deutschen Siedlungssystem. Je nach Lage, Anbindung und Entwicklungsperspektiven stehen sie mehr oder weniger stark im städtischen Wettbewerb um junge Menschen, Familien, Arbeitsplätze und Kaufkraft – das zeigt sich auch in der raumstrukturell heterogenen Lausitz.

Während viele Kleinstädte einen tiefgreifenden Strukturwandel mit unterschiedlicher Ausprägung bewältigen, bieten sich anderen sehr gute Entwicklungsperspektiven. Bis-

her ist noch relativ ungeklärt, inwieweit und unter welchen Bedingungen Kleinstädte eine eigene Form von Urbanität und Lebenswelt entwickeln bzw. was sie – abgesehen von der Größe – von anderen Stadttypen unterscheidet. Die im HCKF verankerte Kleinstadtforschung zielt deshalb insgesamt auf eine große Bandbreite von Themen, wie z. B. Stadt-Land-Beziehungen bzw. Beziehungen von Kleinstädten zum ländlichen Raum einerseits und größeren Städten andererseits, Kleinstädte als spezifische Lebenswelten bzw. als Orte mit einer eigenen Lebensqualität etc., ab und speist die Erkenntnisse über zahlreiche Netzwerkformate in der Wissenschaft ebenso wie zwischen Wissenschaft und Praxis direkt ein: über die BTU in die Lausitz, über zahlreiche andere Hochschulen in deren Regionen.¹

Land-Innovation-Lausitz

Das Forschungskonsortium LIL Land-Innovation-Lausitz möchte die Lausitz als Modellregion im Rahmen des BMBF-Forschungsbereichs WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) für eine nachhaltige Bioökonomie entwickeln. Das Innovationsfeld umfasst die vier Innovationsbereiche Boden, Pflanze, Material und Kulturlandschaften. Die ersten drei Innovationsbereiche haben sich zum Ziel gesetzt, die Landnutzung an extreme Klimabedingungen anzupassen und an eine bioökonomie-orientierte Wertschöpfung auszurichten. Im Innovationsbereich Kulturlandschaften, das von der Fakultät 6 getragen wird, werden die Themen Mensch als gesellschaftlicher Akteur, die Kulturlandschaften als Anker und Basis regionaler Identität und Wertschöpfung sowie die Potenziale innovativer Technologien und neuer Forschungs- und Lehrmethoden miteinander verknüpft. Das Projekt „Neue Landschaft Welzow“ entsteht in der Bergbaufolgelandschaft in direktem Anschluss an die Stadt Welzow. Sie dient als Reallabor der Entwicklung und Überprüfung der vorgenannten innovativen Technologien und Anbauformen, bindet die Bürger der Region in die Konzeptentwicklung und spätere Nutzung mit ein und bildet zusammen mit dem geplanten Anerkennungsverfahren der Bergbaufolgelandschaft als Welterbe die Basis, um Tradition und Veränderung in Einklang zu bringen.

Das Projekt „Kulturlandschaften LIL-Welterbe“ hat zum Ziel, die Bergbaufolgelandschaften des Lausitzer Reviers in die Tentativliste des Welterbes der UNESCO aufzunehmen. Das mögliche Lausitzer Welterbepotenzial basiert auf der Annahme, dass die Lausitz wie keine zweite Region der Welt die Auseinandersetzung von Politik und Gesellschaft mit der Rekultivierung von Bergbaubrachen über einen Zeitraum von 120 Jahren widerspiegelt. Das in diesem Zeitraum entstandene Landschaftsmosaik bildet zusammen mit der sie umgebenden vorindustriellen Landschaft eine nur hier zu findende Kulturlandschaft, die aber nicht positiv konnotiert ist. Dieses Forschungsprojekt soll daher ein Kulturerbe be-

wusst machen, das regionale Identität schafft und Tradition mit gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklung verbindet.

Kooperationen vor Ort sowie in anderen Ländern und Regionen sind ein wichtiger Aspekt für das Wissen in der Region. So wird die Forschung zum Themenfeld des Strukturwandels zukünftig z. T. in Kooperation mit dem Ende 2021 neu gegründeten Kompetenzzentrum Strukturwandel des BBSR in Cottbus betrieben. Zudem existiert ein enger Austausch mit dem Rheinischen Revier und der RWTH Aachen, die sich mit sehr ähnlichen Fragen und Aufgaben beschäftigen. Auch diese Aktivitäten binden Stadt und Region in ein größeres Netz ein und stärken den Standort.



Prof. Markus Otto

Inhaber des Fachgebietes Planen in Industriefolgelandschaften und Entwerfen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)



Prof. Dr.-Ing. Silke Weidner

Leiterin des Instituts Stadtplanung, Inhaberin des Fachgebietes Stadtmanagement an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)

Quellen:

Aring, Jürgen/Reuter, Iris (2008): Die Regiopole. Vom Arbeitsbegriff zur konzeptionellen Idee. Berlin.

Lindberg, Malin/Lindgren, Monica/Packendorff, Johann (2014): Quadruple Helix as a Way to Bridge the Gender Gap in Entrepreneurship: The Case of an Innovation System Project in the Baltic Sea Region. *Journal of the Knowledge Economy* 5(1): 94–113, DOI: 10.1007/s13132-012-0098-3.

Pinkepank, Heidi/Otto, Markus (2022): Kultur(tagebau)Landschaft – Strukturen der Tagebaufolge lesen, verstehen, gestalten, entwickeln.

Stiftung Zukunft Berlin (2022): Memorandum Zukunftsforum Berlin-Brandenburg. Verfügbar unter: https://www.stiftungzukunftberlin.eu/fileadmin/szb/daten/Initiativen/Zukunftsforum_Berlin-Brandenburg/Dokumente/Memorandum_und_Positionspapier_Innovationsachse_Berlin_%E2%80%93_Lausitz_mit_Unterzeichnenden.pdf; <https://www.stiftungzukunftberlin.eu/initiativen/zukunftsforum-berlin-brandenburg/>, abgerufen am 23.02.2022.

Wagner, Madeleine (2022): Vortrag 27.01.2022 beim Small Town Talk des HCKF; https://www.hochschulcampus-kleinstadtforschung.de/veranstaltung/small-town_talk/.

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) (2018): Die Lausitz. Zukunftsatlas – Potenzial. Perspektiven. Verfügbar unter: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/zukunftsatlas_zwl.pdf (accessed on: 17 December 2021).

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) (2020): Entwicklungsstrategie Lausitz 2050. Verfügbar unter: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/entwicklungsstrategie-lausitz-2050.pdf (accessed on: 17 December 2021).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2016): Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: die vier großen I. Sondergutachten Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

¹ <https://www.hochschulcampus-kleinstadtforschung.de/>



Albert Geiger

Hochschulstandort Ludwigsburg – Chancen für die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung?

Welchen Beitrag können Hochschulen für die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung leisten? Welche Rolle kommt ihnen im Prozess zur Sicherung der Gemeinwohlorientierung in unseren Kommunen zu? Welche Impulse sind von Hochschulen bei ökologischen, ökonomischen und sozialen Fragestellungen zu erwarten? Wir nähern uns Antworten auf diese Fragen am Beispiel der Stadt Ludwigsburg an.

Hochschulstandort Ludwigsburg

Ludwigsburg hat ca. 93.000 Einwohner und liegt 20 Kilometer nördlich von Stuttgart. Für die Arbeit am konsequent partizipativ erarbeiteten, integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept (INSEK) wurde die Kommune 2014 mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Besonderes gelobt wurde bei der Zuerkennung der begehrten Auszeichnung das zukunftsweisende, querschnittsorientierte Organisationskonzept für die Stadtverwaltung. Es unterstützt nach Einschätzung der Juroren die Umsetzung des INSEK in vorbildlicher Weise. Bis heute engagiert sich die Stadt mit ihrem beispielhaften Verwaltungsorganisations- und Kulturkonzept in besonderem Maße für die nachhaltige und resiliente Stadt im Sinne der Neuen Leipzig-Charta 2020. Doch welchen Anteil haben die Ludwigsburger Hochschulen an diesen Entwicklungen?

Mit fünf Hochschulen und zurzeit etwa 11.000 Studierenden haben diese Bildungseinrichtungen auf den ersten Blick ein erhebliches Innovationspotenzial. Wer hätte nicht gern eine Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, eine Pädagogische Hochschule, eine evangelische Hochschule, eine Filmakademie und eine Akademie für Darstellende Kunst in der eigenen Stadt? Zumal einige dieser Bildungsstätten auch national und international einen sehr guten Ruf genießen.

Damit verbunden sind Ressourcen an Kompetenz, Wissen und Ideen durch die an den Hochschulen arbeitenden Menschen. Ob Wissenschaftler, Studierende oder sonstige Mitarbeitende – hier ballt sich vielfältiges Wissen vor Ort. Institute und Dienstleister, mit denen gemeinsame Projekte bearbeitet werden können, bieten große Chancen. Doch wie können diese Potenziale gehoben und aktiviert werden? Wie erreicht man, dass sich die Wissenschaft den schönsten Alltagsfragen unserer Stadtgesellschaft öffnet? Wie kann man die Menschen im Rathaus überzeugen, dass auch für ihre gemeinwohlorientierte Arbeit Ideen und Zukunftschancen durch eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen entstehen können?



Abb. 1: Entwicklung der Studierendenzahlen in Ludwigsburg (Quelle: Stadt Ludwigsburg)

Wie kann man die Menschen im Rathaus überzeugen, dass auch für ihre gemeinwohlorientierte Arbeit Ideen und Zukunftschancen durch eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen entstehen können?

Hochschulen als Bereicherung für Stadt und Stadtgesellschaft

Allein die Ansiedlung und Verortung einer Hochschule in der Stadt lässt sich im Stadtbild und in der Stadtgesellschaft ablesen. Bei der Frage, wer die nachhaltige Stadt denkt, hat Klaus Selle 2012 eine pragmatische Antwort formuliert: „Wir alle sind die Stadt. Alle prägen Stadtentwicklung – ob man nun an den Stadtrand zieht,

ein ‚Startup‘ gründet, im Kulturverein mitwirkt, ein Mobilitätskonzept entwickelt, ein Geschäft schließen muss, mit Schlüsselgrundstücken spekuliert, die Miete erhöht, mehr Lärmschutz an der Bahnlinie fordert, über den Vorsitz im Planungsausschuss streitet oder der Stadt endgültig den Rücken kehrt ...“ (Klaus Selle, Koopblatt No 2, 2012). Hochschulen kommt traditionell eine prägende Rolle bei der

Stadtentwicklung zu. Aber gerade das Zitat zeigt auch, dass es einen „Eh-da“-Effekt gibt und eine aktive Rolle erst kreativ entwickelt und gelebt werden kann und muss. Von dieser Erkenntnis lässt sich die Stadt Ludwigsburg seit 2004 im damals begonnenen Prozess der integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung leiten.

Die Stadtentwicklung wird durch die fünf Hochschulen in vielfältiger Hinsicht beeinflusst

Im Laufe der Jahrzehnte sind in verschiedenen Stadtquartieren neue Campus entstanden, die allein schon aus städtebaulicher Sicht ganz eigene Beiträge zur Stadtentwicklung leisten. Die im Außenbereich neu entwickelten Studienorte haben alle die Fragen aufgeworfen, die auch bei der Nutzung von Freiflächen für andere Nutzungen gestellt werden. Zum Beispiel: Sind die Eingriffe in Natur und Umwelt angemessen, notwendig und gerechtfertigt? Aber auch ständige, jahrzehntelange Diskussionen um die richtige Bemessung der Anzahl von Stellplätzen beschäftigen den Gemeinderat. Geradezu als Glücksfall kann man die Unterbringung von Hochschulen in Bestandsgebäuden bezeichnen. Dies ist bei der Filmakademie und der Akademie für Darstellende Kunst der Fall. Sie sind mitten in der Ludwigsburger Innenstadt verortet. In historischen, ehemaligen Kasernenarealen konnte mit den Hochschulen brachgefallene, denkmalgeschützte Bausubstanz ehemaliger Militärbauwerke reaktiviert werden. Hervorragend erschlossen ist ein Campus mit einem unverwechselbaren, besonderen Flair entstanden. „Jetzt tanzen sie auf dem Kasernenhof“ – der Titel dieses Buches, das sich mit der gelungenen Kasernenkonversion der ehemaligen Garnisonsstadt Ludwigsburg beschäftigt, bringt das sich entwickelnde Lebensgefühl wunderbar auf den Punkt. Zudem ist hier die enge Nachbarschaft zum traditionell direkt in der Innenstadt liegenden großen Schulcampus mit drei Gymnasien, Realschule und Gemeinschaftsschule sowie mit mehreren Sportstätten beispielhaft. Entstanden ist ein lebendiges Stadtviertel, das

Stadtentwicklungskonzept

Fragen an die Zukunft.



Abb. 2: Fragen an die Zukunft (Quelle: Stadt Ludwigsburg)

mit seinen vielen jungen Menschen das Stadtbild und das Miteinander der Generationen positiv verändert hat.

In diesem Kontext kann man in Ludwigsburg sehen, fühlen und nachvollziehen, welchen Einfluss studentisches Leben auf die Atmosphäre in der Stadt hat. Die Zusammensetzung der Milieus hat sich verändert und schafft kreatives Miteinander. Welche positive Entwicklung durch die Hochschulen und Menschen, die dort lehren und studieren, ausgelöst wird, kann man mit allen Sinnen spüren. Ganz im Sinne der Studie „SENSE THE CITY“ gilt hier: „Erkunden wir die Städte nicht nur rational oder visuell, sondern durch die Brille des sinnlich-emotionalen Erlebens und der menschlichen Psyche, führt uns das zu einem Zukunftsnarrativ der anderen Art. Zu Städten, die farbiger, gesünder, natürlicher, abwechslungsreicher, beweglicher und gemeinschaftlicher sind, als die heutigen. Und zu Städten, die sich stärker an den Wünschen, Bedürfnissen und dem Wohlbefinden ihrer Bewohner orientieren.“ (Schreiber, Franziska/Carius, Alexander 2020: Sense the City Zukunft mit allen Sinnen entdecken). Wunderbar zu erleben ist dies an schönen Sonnentagen z. B. im Garten des „Blauen Engel“ (der Studentengastronomie auf dem Campus der Filmakademie). Dort treffen sich Menschen aller Altersgruppen und Milieus, suchen die Atmosphäre des kreativen Chaos und genießen das bunte Treiben.

Die Studierenden und Beschäftigten an Hochschulen haben Bedürfnisse

Neben all den oben beschriebenen Effekten lösen die Bedürfnisse von Studierenden und Beschäftigten an Hochschulen vielfältige Fragen aus. Diese „Fragen an die Zukunft“ unserer gesamten Stadtgesellschaft beschäftigen auch unsere Hochschulen, wenn sie im konkreten Einzelfall zuweilen auch milieuspezifisch sind (z. B. besondere Wohnformen) und einen spezifischen Akzent haben. Damit verbundene Herausforderungen, wie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum,



das Schaffen attraktiver Mobilitätsangebote, eine Einzelhandels- und Gastronomieinfrastruktur usw., die den studentischen Bedürfnissen entspricht, müssen natürlich bewältigt werden. Sie bieten im Gegenzug große Chancen für die Attraktivität der Stadt. Die aktive Einbeziehung der Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen in den INSEK-Prozess ist daher unverzichtbar.

Die Studierenden und Beschäftigten an Hochschulen sind wichtige Köpfe, mit denen wir die Zukunft unserer immer komplexer werdenden Welt gemeinsam denken

Ludwigsburg hat in den letzten 18 Jahren den Prozess zum INSEK mit Leidenschaft vorangetrieben. Der Entwicklungsprozess ist zukunftsorientiert, auf Dauer angelegt und arbeitet meilensteinorientiert. Die Verwaltung ist überzeugt, dass die Hochschulen für den Zukunftsprozess von großer Bedeutung sind. Sie bieten aufgrund ihrer jeweiligen fachlichen Ausrichtung und Expertise erhebliches Potenzial für die Bereicherung des INSEK. In den drei zentralen Handlungsfeldern unserer Stadtgesellschaft – Soziales, Ökonomie und Ökologie – bieten alle Hochschulen wissenschaftliche und umsetzungsorientierte, fundierte Kenntnisse, die für uns einen erheblichen Mehrwert bieten.

Beispiele von Kooperationsprojekten

Im Folgenden einige wenige Beispiele, wie die Zusammenarbeit konkret aussehen kann.

■ Nachhaltigkeit in Ludwigsburg – ein Workshop von Studierenden für Studierende im Rahmen der 5. Ludwigsburger Zukunftskonferenz

Hier handelt es sich um ein interdisziplinäres Projekt „Nachhaltige Stadtentwicklung“ mit Studierenden des Masterstudiengangs „Public Management“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen. Projektauftrag: Wie kann Ludwigsburg seine Studierende (noch) mehr in die Nachhaltige Stadtentwicklung einbinden? Die Ergebnisse eines Workshops der Projektgruppe mit Studierenden aller fünf Hochschulen im Rahmen der fünften Zukunftskonferenz zeigen deutlich: Ludwigsburg hat durch seine Studierenden sehr viel Potenzial!

Konkret wünschen sich Ludwigsburger Studierende eine bessere Vernetzung der Hochschulen untereinander, z. B. über eine Internetplattform. Die Hochschulen haben verschiedene, räumlich teilweise weit auseinanderliegende Standorte. Studierende wünschen sich mehr Informationen über Veranstaltungen an den Hochschulen und hochschulübergreifende Aktionen.

Um Studierende für Nachhaltige Stadtentwicklung zu gewinnen, bedarf es einer ganz persönlichen Ansprache. Interesse besteht insbesondere in den Themenfeldern „Attraktives Wohnen“, „Mobilität“, „Grün in der Stadt“ und „Bildung

und Betreuung“. Durch Quartiers-/Stadtspaziergänge mit studentischen Themen könnte Ludwigsburg die Attraktivität als Studentenstadt steigern und mehr Studierende für seine Nachhaltigkeitsthemen gewinnen. Studierende wünschen sich offene Beteiligungsformate, um sich flexibel einzubringen. Studierende gehen an das Thema Nachhaltigkeit gern visionär heran und versuchen, ohne Barrieren zu denken. Negative Aussagen zum Kostendenken vorweg schränken Studierende in ihrer Denkweise und Kreativität eher ein.

■ Interdisziplinäre Projekte als Vertiefungsmodul an der HöV Ludwigsburg – Masterstudiengang Nachhaltige Stadtentwicklung

Zur Förderung des Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis gibt es seit Jahren ein umsetzungsorientiert aufgebautes Studienformat, das die Verknüpfung wissenschaftlichen Arbeitens mit praxisbezogenen Aufgabenstellungen zum Inhalt hat. Ziel: Die erarbeiteten Ergebnisse finden Anwendung in der Praxis. So können die Studierenden reale Situationen erproben, wissenschaftlich reflektieren und gleichzeitig einen Mehrwert für die Arbeit in der Verwaltung schaffen – ein echtes Erfolgskonzept.

■ Studierende der Akademie für Darstellende Kunst interpretieren Nachhaltigkeit

Am Anfang stand eine Anfrage bei unserer Akademie für Darstellende Kunst. Haben Studierende Interesse, bei der alle drei Jahre stattfindenden Zukunftskonferenz zur Evaluation und Fortschreibung des INSEK das Thema Nachhaltigkeit aus dem Blickwinkel ihres Studienganges zu interpretieren? Schnell kam ein begeistertes „Ja!“, aber man müsse die künstlerische Freiheit respektieren und sich überraschen lassen. Die Überraschung war ein voller Erfolg. Am zweiten Tag der Zukunftskonferenz hat die Darbietung der Studierenden die 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Stühlen gerissen, eine nicht enden wollende La-Ola-Welle in den ehrwürdigen Mauern des Reithauses war die Folge. Mit diesem unvergesslichen Höhepunkt der Bürgerbeteiligung auf dem Weg zum INSEK ist ein großes Gemeinschaftsgefühl geboren worden.



Abb. 3: Zukunftskonferenz 1 – Standing Ovation (Quelle: Reiner Pfisterer/ Stadt Ludwigsburg)



Abb. 4: Zukunftskonferenz 2 (Quelle: Reiner Pfisterer/Stadt Ludwigsburg)

■ Ludwigsburger Modell „Sprache bilden und fördern“: Das alltagsintegrierte Sprachförderkonzept wurde mit der PH entwickelt, die Ausbildung der Sprachförderkräfte erfolgt im Rahmen eines Kontaktstudiums an der PH.

Der Erwerb sprachlicher Kompetenzen ist mitentscheidend für den Bildungserfolg von Kindern. Seit 2009 wird daher das Ludwigsburger Modell „Sprache bilden und fördern“ in allen Kindertageseinrichtungen sowie den Grundschulen des Stadtbereichs Ludwigsburg umgesetzt. Die Kinder werden in ihrem Sprachverhalten kontinuierlich beobachtet, um ihre Entwicklung zu dokumentieren, zu begleiten und zu fördern. In den Kindertageseinrichtungen mit hohem Sprachförderbedarf werden hierfür im Rahmen des Projekts zusätzliche Personalstellen geschaffen.

Für die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte wird in Kooperation mit dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) und deren Pädagogischen Hochschule jedes Jahr ein Kontaktstudium für Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen angeboten. Die Sprachförderung an Schulen wird von Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleitern durchgeführt, die über Fortbildungsangebote des Projekts qualifiziert wurden. Die Sprachförderung findet in Kleingruppen von vier bis sieben Kindern ein- bis zweimal in der Woche statt. Ergänzend werden Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleiter zur Unterstützung der Kinder im Unterricht eingesetzt.¹

■ Weitere Projekte in diesem Kontext

Kinderuni Ludwigsburg: Exkursionen und Vorlesungen mit/ an Ludwigsburger Hochschulen für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren.²

Synapse 5 Wissenschaft trifft Arbeitswelt: Kooperationsprojekt zwischen Stadt und den Weiterbildungsinstituten der Hochschulen mit dem Ziel, die Postgraduiertenlehre der Hochschulen im beruflichen Bereich über eine gemeinsame Veranstaltung(sreihe) sichtbarer zu machen.³

1 <https://www.ludwigsburg.de/start/leben+in+ludwigsburg/ludwigsburger+modell+sprachkitas.html>

2 <https://kinderuni.ludwigsburg.de/kinderuni,Lde/start>

3 <https://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet-2020/node/19058992?QUERYSTRING=synapse>

Ausblick

In Ludwigsburg werden viele Chancen zur Zusammenführung der „Talente“ von Hochschulen, Verwaltung, Gemeinderat und Stadtgesellschaft genutzt. Es gibt eine Vielzahl beeindruckender gemeinsamer Projekte und Initiativen und man ist in einem guten Austausch. Aber bei genauerem Hinsehen muss man auch feststellen:

Da geht noch mehr

Leider schotten sich einzelne Expertinnen und Experten immer noch ab. Wichtige Erkenntnisse ihrer Fachdisziplinen diskutieren sie zwar auf wissenschaftlicher Grundlage im Expertenkreis, scheuen aber den Diskurs mit Praktikern. So kommen wir vom Konzept zur Umsetzung nur langsam voran und verlieren Ideen und Zeit. Immer wieder begegnet uns im Alltag ein ganzer Strauß ungenutzter Potenziale. Leider ist auch festzustellen, dass nicht alle Menschen in den Verwaltungen offen für „wissenschaftliche Erkenntnisse und Vorschläge“ sind und einen Abwehrreflex gegenüber „Theoretischem“ haben. Hier ist es wichtig, die Talente beider Seiten zusammenzubringen, ohne die Akteure zu überfordern. Dies bietet die Chance, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, breiter zu diskutieren und einen Mehrwert für die Wissenschaft und die Praxis zu generieren. Die Verwaltungen benötigen den kreativen und visionären Input der Hochschulen für eine zukunftsweisende Entwicklung. Gleichermaßen können die Hochschulen von einem Austausch mit der Praxis profitieren.

Studierende bemängeln zwar einen mangelnden Austausch zwischen den Hochschulen und der Verwaltung, zeigen aber nur wenig Initiative, um auf ihrer Ebene an dieser Situation etwas zu ändern. Es braucht hier offensichtlich Vermittler, Intermediäre, Lotsen – dann haben wir mehr Chancen, Lösungen gemeinsam voranzutreiben. Vielleicht schaffen wir es ja, Studierende unserer Film-AK zu begeistern, einen Marketing-Clip zum Thema INSEK in Einfacher Sprache zu kreieren. In der Verwaltung haben wir den Mut, uns der hierfür notwendigen kritisch hinterfragenden Diskussion zu stellen. Lasst uns aufeinander zugehen und das gute Miteinander ausbauen. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf der Grundlage gelungener Beispiele hier große Fortschritte machen werden und bei entschlossenem Miteinander die Chancen für die nachhaltige resiliente Stadt nutzen.



Albert Geiger

Leitender Stadtverwaltungsdirektor, Stadt Ludwigsburg



Peer Pasternack

Von passiven zu aktiven Wirkungen

Resonanzen zwischen Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten

Wissenschaft ist in Mittelstädten vor allem durch Hochschulen präsent. Öffentliche außeruniversitäre Forschungsinstitute kommen dort zwar vor, sind aber eher selten. Daneben finden sich, vor allem in prosperierenden Regionen, mitunter FuE-Einheiten in Wirtschaftsunternehmen, die ihren Sitz in Mittelstädten haben. Im Stadtbild wirksam werden aber auch dort eher Hochschulen als nichthochschulische Wissenschaft – jedenfalls dann, wenn es eine Hochschule gibt. Das wiederum ist häufiger der Fall, als landläufig angenommen wird.

68 der 240 Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft in Deutschland haben ihren Sitz in Orten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern – das sind 28 %. Zwei Fünftel der größeren Mittelstädte (mehr als 50.000 Einwohner) und fünf Prozent der kleineren Mittelstädte verfügen über eine Hochschule. Mehrheitlich sind das Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (50), aber auch 18 Universitäten. Bezieht man Nebenstandorte der Hochschulen mit ein, so kommt man auf 115 Mittelstädte mit Hochschulcampus. Damit ist fast jede zweite größere Mittelstadt und jede achte kleinere Mittelstadt Hochschulstandort. Städtisch, aber nicht großstädtisch: Das ist also für rund ein Drittel der deutschen Hochschulen ein Charakteristikum ihrer Umweltbedingungen.

Eine Hochschule zu haben, gilt dabei grundsätzlich als städtischer Vorteil. Denn mindestens ergeben sich Anwesenheitseffekte: durch bauliche Präsenz im Stadtraum, Belebung der Lokalität (und Lokalitäten), kulturelle Heterogenisierung durch das studentische Milieu – ggf. auch in Dissonanz mit der angestammten Bevölkerung –, Konsum und Mietzahlungen der Hochschulangehörigen, Dienstleistungsnachfrage der Hochschule, Einkommensteuerzahlungen der Hochschulbeschäftigten (15 % verbleiben bei der Wohnortgemeinde). Das allerdings sind passive Wirkungen. Nicht überall ergeben sich nahräumliche Wirkungen als Resultat einer aktiven wechselseitigen Einflussnahme von Hochschule und Stadt.

Wechselseitige Wahrnehmungen

In öffentlichen Verlautbarungen über das Verhältnis einer Mittelstadt und der ortsansässigen Hochschule wird typischerweise ein harmonisches Bild gezeichnet. Beschrieben werden wechselseitig ausgesprochen positive Effekte. So benennt etwa der Bürgermeister Senftenbergs in Brandenburg, Andreas Fredrich, mit dem Pragmatismus des kommunalen Machers die Vorteile, eine Hochschule zu haben, in fünf Punkten: Hochschule als Bildungsschmiede, als stabiler Arbeitgeber und Leistungsnachfrager, als Partner der Wirtschaft („verlängerte Forschungsbank“), als Imagefaktor für die Region und als Partner der regionalen Gebietskörperschaften.

Allerdings erhält man, fragt man genauer nach, bisweilen auch leicht enttäuschte Kommentare. Mittelstädte klagen nicht selten darüber, dass sich aus der Hochschule am Ort gar nicht so viele Effekte ergäben. Die Lehrenden wohnen großteils nicht im Ort, die Studierenden seien überwiegend Fahrstudenten. Die Ansprechbarkeit der Hochschule für lokale Anliegen erweise sich immer wieder als recht hochschwellig. Stadtentwicklungseffekte seien kaum messbar.

Spricht man umgekehrt die Hochschulen auf derartige Enttäuschungen an, so heißt es häufig: Wir tun, was wir können: Kinderuni, Seniorenuni, Tag der offenen Tür, studentische Projekte in der Stadt, Zugangsmöglichkeiten für Wirtschaftspartner zu hochschulischen Anlagen und Geräten usw. Aber wenn wir ein Anliegen bei der Kommunalverwaltung haben, treffen wir auf Schwerfälligkeit. Die zeitlichen Planungshorizonte seien andere. Die lokale Wirtschaft biete nicht genügend Praktikumsplätze an. Schulen müssten zu gemeinsamen Projekttagen mit der Hochschule überredet werden. Im Stadtentwicklungskonzept käme die Hochschule nur mit Allgemeinplätzen vor. Das Stadtmarketing nenne die Hochschule in einer Reihe mit Stadtbibliothek, Volkshochschule und Heimatstube.

Eingeordnet werden sollten solche Beschwerden jedoch, indem man sie mit einem geeigneten Kontrast konfrontiert. Das sind solche Mittelstädte, die über die Abwesenheit einer Hochschule klagen. Dort heißt es häufig: Ja, wenn wir eine Hochschule hätten, dann wäre die Stadt lebendiger, der Leerstand geringer, die Bildungskette für unsere jungen Leute nach oben offener, das Beschäftigungsangebot größer, die Dienstleistungsnachfrage umfangreicher, der Zugriff auf Wissensressourcen für die ansässige Wirtschaft und die Verwaltung einfacher, das Stadtimago besser.

Wechselseitige Resonanzbedingungen

Bezüglich des Verhältnisses von Städten und Hochschulen muss zunächst festgehalten werden: Städte verfügen gegenüber den Hochschulen über faktisch keine Steuerungsmechanismen und umgekehrt. Kopplungen ergeben sich – meist punktuell, weil temporär – allenfalls im

Zusammenhang des Flächenmanagements. Kommunale Selbstverwaltung und Hochschulautonomie sind zwar je für sich leistungsfähige Konzepte. Doch wo sie aufeinandertreffen, schützen sie auch vor Ansprüchen der jeweils anderen Seite.

Die Dichte ortsansässiger wissensintensiver Akteure und Institutionen ist vergleichsweise gering. Kooperationspartner für die Hochschulen sind daher meist außerhalb des Sitzortes zu finden. Die Hochschulen selbst wiederum sind eher kleinere Hochschulen. 19 % aller 2,5 Millionen Studierenden sind an mittelstädtischen Hochschulen eingeschrieben: 484.000. Die durchschnittliche Studentenzahl beträgt an Hochschulen in großen Mittelstädten 6.300, in kleinen Mittelstädten 3.400. Die Informations- und Medienwirtschaft vor Ort beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird eher durch ein traditionell-bildungsbürgerliches Milieu dominiert als durch innovationsgeneigte Avantgardisten.

Mit abnehmender Einwohnerzahl von Städten fallen die Ausprägungsgrade von Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit tendenziell ab. Damit verbunden sinkt die Wahrscheinlichkeit, auf Unbekanntes, Unerwartetes, Ungleiches und Unfertiges zu treffen, also die Basis für noch nicht Gedachtes und Ausprobiertes. Es sinkt folglich die Innovationswahrscheinlichkeit, soweit sie vorrangig auf Milieueffekten gründet. Damit besteht ein Nachteil gegenüber Großstädten und Metropolen – und nichtmetropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt.

Wechselseitige Resonanzzeugung

Wie lassen sich unter den geschilderten Resonanzbedingungen wechselseitige Resonanzen erzeugen? Da sich Städte und Hochschulen nicht durch klassische Steuerung aufeinander beziehen lassen, kommen alternativ nur zwei Optionen infrage: Man kann entweder allein auf spontane Selbstorganisation, etwa von Kooperationen, vertrauen (und warten). Oder man findet Wege jenseits klassischer Steuerung im Sinne punktgenauen Eingriffshandelns. Für die zweite Option kommt eine geschmeidige Governance-gestaltung infrage, in Gestalt eines „Managements von Interdependenzen“ (Wolfgang Benz).

In einschlägigen Untersuchungen sind sowohl Stadt- als auch Hochschulentwicklung als besonders planungsresistente Handlungsfelder herausgearbeitet worden. Zwei solcher Felder zu synchronisieren, stellt eine Herausforderung dar. Zum einen sind eigensinnige Handlungsrationitäten in Rechnung zu stellen: wissenschaftlich-professionell (Hochschule) versus rational-bürokratisch (Stadtverwaltung) versus sprunghaft-fragmentiert (Stadtgesellschaft). Zum anderen sind wissensbezogene Such- und FindeprozEDUREN grundsätzlich nicht planbar, und Gelegenheiten der Kooperation werden genutzt oder nicht. Daher können Anstrengungen, um zu einem produktiven Kooperationsverhältnis zwischen Stadt und Hochschulen zu kommen, nicht auf Automatismen setzen. Vielmehr müssen zunächst einvernehmlich Schnittmengen identifiziert werden. Zu planen und gestalten sind dann Arrangements und Kontexte. Diese müssen die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztlich Kooperationen erhöhen.



Abb. 1: Stendal (Altmark): Auf die Verkehrsleitschilder hat es der Hochschulcampus noch nicht geschafft (Quelle: HoF)



Das wiederum wird auch vielfach versucht. Hier lässt sich in der Praxis eine Reihe von Instrumenten identifizieren, die mittlerweile regelmäßig eingesetzt werden. Diese Instrumente zielen darauf, Kommunikationen zu strukturieren und auf Dauer zu stellen. Betrachtet man die Funktionsweise von sechs häufiger anzutreffenden Instrumenten, so gelangt man zu folgenden Bewertungen:

- **Kooperationsverträge** zwischen Stadt und Hochschule sind Rahmung. Für sich genommen bewirken sie in der Regel nichts. Sie entfalten Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen. Als Ausgangspunkte von bisher nicht bestehenden Kooperationen sind sie eher ungeeignet.
- Regelmäßige Treffen auf Leitungsebene – (Ober-)Bürgermeisterin und Rektor – hängen von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Untersetzung ab, etwa durch Maßnahmenpläne, aber auch Ressourcen.
- **Gemeinsame Lenkungsausschüsse** funktionieren am ehesten da, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen. Das Anliegen, möglichst viele Akteure einzubinden, kann dagegen einen Zielkonflikt erzeugen, wenn zugleich vorrangig innovative Lösungen entwickelt werden sollen: Je mehr Akteure integriert werden, desto zahlreicher und intensiver sind auch Partikularinteressen repräsentiert. Der dann notwendige Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen erzeugt meist eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige, also das, was typischerweise gerade nicht innovativ ist.
- **Netzwerke** funktionieren nur dann, wenn sie stabil und erreichbar sind. Ohne ein dauerhaft ansprechbares Netzwerkmanagement fehlen zum einen Verantwortlichkeiten, zum anderen besteht das Risiko, dass Kontakte nicht zustande kommen, weil Reaktionen zu lange auf sich warten lassen oder gar unterbleiben. Wenn sie aber organisatorisch unzureichend durchdacht ist, kann Netzwerkbildung mithilfe eigens dazu eingerichteter Stellen auch in Kooperationsbürokratie ausarten.
- Jährlich aktualisierte **Maßnahmenpläne** zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.
- Verpflichtende Berichterstattungen an das jeweilige Stadtparlament über die Zusammenarbeit mit der örtlichen Hochschule erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die Hochschulen), etwas Vorzeigbares berichten zu können, also zuvor etwas zu unternehmen.

Daneben lassen sich Kooperationen etablieren und verstetigen, wenn es (a) gemeinsame Interessen bei den kooperationswilligen Partnern gibt, (b) wechselseitige Resonanzstrukturen vorhanden sind und schließlich (c) das Kooperationsinteresse

durch die Finanzierung der kooperationsbedingten Mehrkosten stabilisiert wird. All das muss üblicherweise unter Bedingungen knapper Zeit bei allen Beteiligten geschehen.

Die wechselseitigen Resonanzstrukturen haben einige Voraussetzungen, die meist erst entwickelt werden müssen. Für die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht es darum, wissenschaftliches Wissen in außerakademische Anwendungskontexte zu übersetzen. Dabei ist regelmäßig eine Frage zu beantworten: Wie lässt sich empirisches und Erklärungswissen (was passiert und warum?) in Handlungs- und Beratungswissen (was und wie kann es getan werden?) übersetzen? Hier sind einige Kommunikationsfallen zu umgehen.

So sind es Wissenschaftler gewohnt, den Aspekt der Wahrheitsfähigkeit von Aussagen und nicht ihre Praxisrelevanz in den Vordergrund zu rücken. Dagegen erwarten Akteure der Praxis anwendungsrelevante Informationen und transferfähige Konzepte, und die allgemeine Öffentlichkeit muss mit einem Wissen angesprochen werden, das zu Botschaften verdichtet und zugespitzt ist. Der Informationsfluss benötigt deshalb Übersetzungsleistungen. Denn die Praxis kommuniziert nicht wissenschaftlich, sondern praktisch.

Übersetzungen jeglicher Art wiederum sind nie völlig verlustfrei zu haben. Allerdings liegt die alternative Option zum Wissenstransfer mit Übersetzungsverlusten nicht im Transfer ohne Übersetzungsverluste – sondern wäre der Nichttransfer des Wissens. Dieses wurde dann zwar vor der „Verschmutzung“ durch Praxiserfordernisse gerettet, kann so aber auch nichts zur Entwicklung der Praxis beitragen.

Nicht zu unterschätzen ist, dass in der Regel eine zeitliche Entkopplung zwischen Wissensproduktion und -bedarfen besteht: Kommunale Praktiker benötigen Wissen nicht deshalb, weil es gerade angeboten wird, sondern dann, wenn praktische Probleme zu lösen sind. Das kann vor, während oder nach der Erzeugung des einschlägigen Forschungswissens sein. Hier muss also eine Überbrückung dieser zeitlichen Entkopplung organisiert werden. Dazu braucht man zugriffsfähige überzeitliche Wissensspeicherung. Zudem muss es jemanden geben, die sich im entscheidenden Augenblick daran erinnert, dass das nun benötigte Wissen schon da und wo es gespeichert ist.

Schließlich muss bei den lokalen Adressaten der Nutzen des Informiert-Seins über wissenschaftliches Wissen die (zeitlichen) Kosten des Sich-Informierens übersteigen.

Fazit: Erfolgsfaktoren

In Kooperationen zwischen Hochschulen und lokalen Partnern können einige strategische Erfolgsfaktoren eingebaut werden, die sich in zwei Gruppen sortieren lassen: Wechselseitigkeit und Prozessgestaltung.



Wechselseitigkeit heißt:

- Elementare inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass sachbezogene Anknüpfungspunkte zwischen Hochschule und Stadt erstens bestehen und zweitens erkannt werden.
- Um seitens der Hochschule Ideen für die Stadt zu entwickeln, bedarf es eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten.
- Ist dieses entwickelt, muss es auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Die lokalen Akteure müssen für die Möglichkeiten, auf Problemlagen und Handlungsbedarfe der Stadt mithilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein.

Die **Prozessgestaltung** ist ähnlich anspruchsvoll:

- Vereinbarungen über Ziele und Inhalte der Partnerschaft sowie verbindliche Absprachen über zu erbringende Leistungen dürfen nicht allein der operativen Umsetzung überlassen bleiben. Sie stellen strategische Weichenstellungen dar. Gegebenenfalls ist hier ein strategischer Entwicklungsplan sinnvoll – bei dem dann, wie immer bei Plänen, zugleich mit Abweichungen zu rechnen ist. Hilfreich kann es auch sein, Kooperationen über formale Stadtratsbeschlüsse abzusichern und eine Pflicht zur jährlichen Berichterstattung an den Stadtrat zu verankern.
- Es bedarf entweder einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner – oder diese Horizonte sind, wenn nicht zu synchronisieren, dann

zu managen, d. h. wechselseitig in Rechnung zu stellen. Dazu müssen Entscheidungsabläufe Zeitpuffer enthalten.

- Kontinuität ist organisatorisch abzusichern, da sie nicht zwingend im Selbstlauf entsteht und häufig personengebunden ist. Dazu sind z. B. definitive Ansprechpartner für Wissenschaftsthemen aufseiten der Stadt hilfreich, an die sich auch einzelne Hochschullehrende oder Fachbereiche wenden können. Umgekehrt sind Wissensscouts an den Hochschulen hilfreich. Diese müssen die städtischen Problemlagen mit dem gespeicherten Wissen, über das in der jeweiligen Hochschule verfügt wird, abgleichen und entsprechende Kontakte herstellen.
- Dysfunktionalitäten in den Strukturen und Abstimmungen wirken als Kooperationskiller. Sie sind also zu vermeiden. Das betrifft etwa Überbeanspruchungen von Personen oder Strukturen, ebenso Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht. Auch ist jede Initiative immer dann gefährdet, wenn die Kooperationskosten die (prognostizierten) Kooperationsgewinne übersteigen. Hilfreich für funktionierende Institutionalisierungen von Kooperationen ist es, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird.



Prof. Dr. Peer Pasternack

Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Das Baugesetzbuch – Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht

Textausgabe/Synopse

**15. Auflage, ca. 640 Seiten, DIN A5, broschiert
Bonn 2021**

Einzelpreis: 34,50 Euro zzgl. Versandkosten
ISBN: 978-3-87941-816-9 – JETZT BESTELLEN!

Die 15. überarbeitete Auflage der Textausgabe zum BauGB „Das Baugesetzbuch – Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht“ beinhaltet alle mit dem Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) einhergehenden Rechtsänderungen. Eingearbeitet sind zudem die Änderungen der Immobilienwertermittlungsverordnung durch das Grundsteuer-Reformgesetz, das Gesetz zur Änderung des Umweltschadensgesetzes, des Umweltinformationsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften sowie die Änderungen von Raumordnungsgesetz und Raumordnungsverordnung durch das Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen. Die Textausgabe berücksichtigt ferner die Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Bestellung Fax 0228/725 99-95
vhw-Verlag/Dienstleistung GmbH, Hinter Hoben 149, 53129 Bonn



Maik Arnold, Katrin Pittius

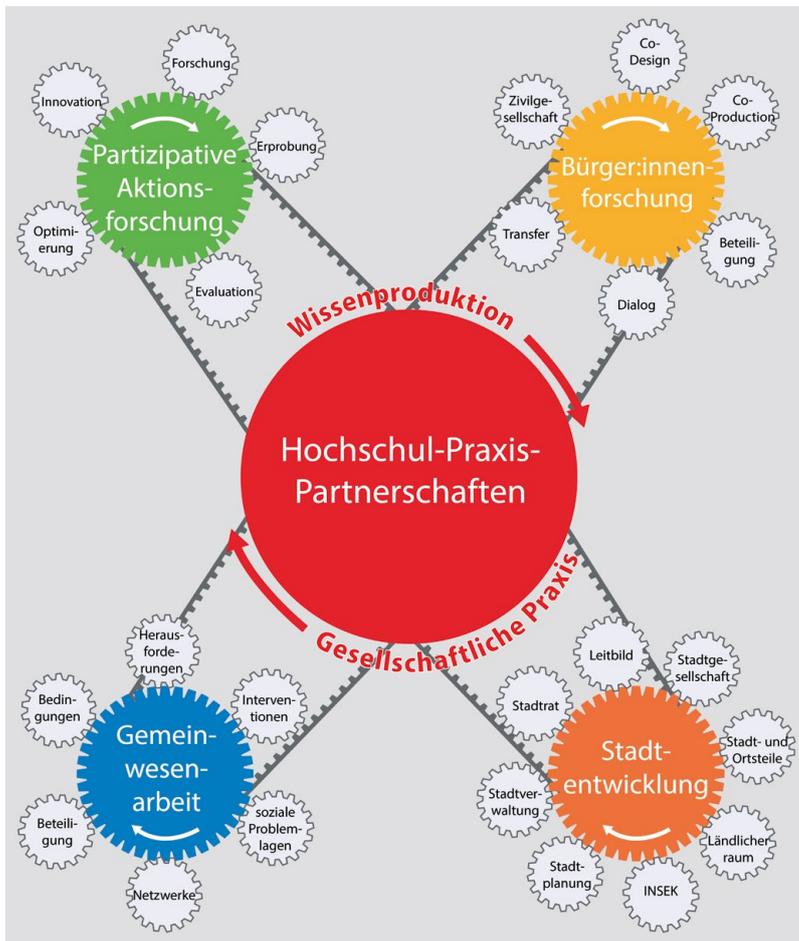
Hochschul-Praxis-Partnerschaften und Stadtentwicklung im ländlichen Raum

Dimensionen der Zusammenarbeit und Praxisbeispiele

Praxispartnerschaften als Teil der „Third Mission“ von Hochschulen zielen in der Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Institutionen der (Wissens-)Gesellschaft auch auf die Förderung lokaler und überregionaler Entwicklungen. In diesem Beitrag steht das Engagement einer sächsischen Hochschule für angewandte Wissenschaften für die und in der Stadtentwicklung im ländlichen Raum im Mittelpunkt. Dabei werden zunächst Dimensionen der Gestaltung dieser Partnerschaften vorgestellt, bevor auf konkrete Praxisprojekte zur Stadtentwicklung einer Mittelstadt in Sachsen eingegangen wird. Abschließend werden Schlussfolgerungen für die zukünftige Entwicklung von Hochschul-Praxis-Partnerschaften abgeleitet.

Praxispartnerschaften stehen in langer Tradition der Entwicklung hochschulischer und universitärer Ausbildungseinrichtungen, die neben den Kernaufgaben Lehre und Forschung ein erweitertes Mandat besitzen. Unter dem Begriff „Third Mission“ zusammengefasste und politisch geförderte Aktivitäten, wie z. B. die praxisnahe Ausbildung zukünftiger Fachkräfte, Förderung von Innovationen, Politikberatung

und Entwicklung unternehmerischen Denkens, werden zu meist unter dem Blickwinkel von Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft subsumiert. Dabei liefert angewandte Forschung in der Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Institutionen der Zivilgesellschaft auch einen wichtigen Beitrag für das Engagement in und für die (Wissens-)Gesellschaft, die Schaffung sozialer Innovationen sowie lokaler und überregionaler Entwicklungen (Roessler/Duong/Hachmeister 2015, S. 4f.). Vor diesem Hintergrund bilden Hochschul-Praxis-Partnerschaften einen integralen Bestandteil in Ansätzen, wie z. B. Community-Based Research, Citizen Science und der Gemeinwesenarbeit (vgl. z. B. Branom 2012; Hecker et al. 2018).



Dimensionen von Hochschul-Praxis-Partnerschaften in Verbindung mit der Stadtentwicklung im ländlichen Raum

Seit Mitte der 1960er Jahre bilden Hochschulen für angewandte Wissenschaften (früher Fachhochschulen), die sich meist aus Ingenieur- und Pädagogischen Hochschulen entwickelt haben, einen spezifischen Typ akademischer Bildungseinrichtungen und erfüllen den politisch legitimierten Auftrag zur engeren Verknüpfung von Hochschulbildung und Beschäftigungssystem. Von den eher forschungsorientierten „traditionellen“ Universitäten unterscheiden sie sich durch ihre stärkere Praxisorientierung, obschon sie gleichwertige Abschlüsse in den Bereichen Ingenieurwesen, Informatik, Management, Kunst und Design, Kommunikationswissenschaften, Sozialwesen und anderen relevanten Berufsfeldern auf Bachelor- und Master-

Abb. 1: Dimensionen von Hochschul-Praxis-Partnerschaften in der Verknüpfung mit der Stadtentwicklung im ländlichen Raum (eigene Darstellung)

ebene, vereinzelt auch Promotionsebene, anbieten und in zunehmendem Maße drittmittelfinanzierte Forschungs-, Innovations- und Transferprojekten bzw. solche zur künstlerisch-gestalterischen Entwicklung durchführen. In Praxisentwicklungsprojekten steht die Zusammenarbeit von Lehrenden, Studierenden und Vertretern der beruflichen Praxis zur Lösung praktisch relevanter Frage- und Zielstellungen im Vordergrund (vgl. Abb. 1).

Die partizipative Aktionsforschung (z. B. McIntyre 2008) bietet für die Gestaltung von Hochschul-Praxis-Partnerschaften im Rahmen der Stadtentwicklung eine wesentliche Grundlage. Dabei geht es zum einen um die praktische Erprobung ausgewählter innovativer Ideen, Projekte und Initiativen in Laborbetrieben und -räumen, die in verschiedenen „Versuchsreihen“ entwickelt, implementiert, dokumentiert und evaluiert werden. Dies schließt zum anderen auch eine Zusammenfassung und Ableitung von Erkenntnissen hinsichtlich von Ähnlichkeiten und Verallgemeinerungen sowie die Beschreibung von transferierbaren Best-Practice-Beispielen und „Blueprints“ mit ein.

Citizen Science (auch Bürgerforschung bzw. Bürgerwissenschaft) verfolgt das grundsätzliche Ziel, durch das Engagement von sogenannten „Laien“ in Zusammenarbeit mit Wissenschaftsteams neues Wissen über Prozesse, Inhalte und Themen auch jenseits des „Elfenbeinturms“ zu generieren und in entsprechenden Projekten anzuwenden. Bürgerin-

nen und Bürger arbeiten hier in Laienteams, mitunter auch gemeinsam mit Forschenden, zu verschiedenen Themen. Forschung durch Laien bildet – orientiert an der Grundsatzdarstellung im Grünbuch für eine Citizen-Science-Strategie 2020 für Deutschland (Bonn et al. 2016, S. 13) – einen möglichen Ansatzpunkt, um den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zusätzlich entgegen zu können, und wird so zum Mehrwert an Orten und für Themen, wo sich „Wissenschaft“ im institutionalisierten Sinne häufig zurückgezogen hat.

Mithilfe sowohl partizipativer Praxisentwicklungsforschung als auch Bürgerforschung lassen sich Veränderungsprozesse im Rahmen der Stadtentwicklung, unabhängig davon, ob diese sich auf die Stadt als Ganzes oder auf einzelne Stadtteile beziehen, auf demografischer, ökonomischer, sozio-kultureller, politischer und fiskalischer Ebene nachvollziehen (Friedrichs 2018, S. 2422). Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass in Ostdeutschland zahlreiche Groß-, Mittel- und Kleinstädte im Trend der Suburbanisierung sinkende Einwohnerzahlen aufweisen, während insbesondere Großstädte in Ballungsgebieten einen positiven Wachstumssaldo verzeichnen, was eine Herausforderung u. a. für Arbeits- und Wohnungsmarkt, deren Finanzkraft sowie die soziale Gemeinweseninfrastruktur bedeutet und Gefahren sozialer Segregation und Gentrifizierung in Ballungsräumen mit sich bringen kann (Friedrichs 2018, S. 2430f.).

Merkmale	Kommunale Leitbildentwicklung	Interviews mit Jugendlichen	Zukunftskonferenz für Jugendliche	Crowdfundinginitiative
Kurzbeschreibung	wissenschaftliche Begleitung eines bürgerschaftlich getragenen und partizipativ organisierten Leitbildentwicklungsprozesses einer Mittelstadt und ihrer Ortsgemeinden	Fragebogenerhebung zur Wahrnehmung der Stadt, von Angeboten, Beteiligungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Schülern durch Schüler unter Anleitung von Hochschullehrenden und Sozialarbeitenden	Durchführung eines Jugendforums zur Einbindung von Jugendlichen in die Leitbildentwicklung ihrer Stadt und Ortsteile sowie Eröffnung eines Diskussionsraums für Zukunftsperspektiven	Studierende unterstützen Jugendliche bei der Initiation einer Crowdfundingkampagne zur Eröffnung eines Schülertreffs
Methodik	wissenschaftliche Begleitforschung im Sinne einer partizipativen Aktionsforschung und in Form von Workshopsmoderation, Ausschussarbeit, Prozess- und Ergebnisevaluation	wissenschaftliche Methodenberatung	Partizipation und Bürgerbeteiligung von Jugendlichen zur Initiation personenbezogener Netzwerke	Lehr-Lernkonzept Service Learning
Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger, Stadtentwicklungsverein, Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgermeister, externe Beratungsfirma	Jugendliche, Sozialarbeitende	Jugendliche, Stadtentwicklungsverein, Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgermeister, Sozialarbeitende	Jugendliche, Studierende, Sozialarbeitende, Stadtentwicklungsverein
Zeitraum	2018–2019	05/08/2018	10–12/2018	03–07/2019
Transferergebnisse	empirisch-saturierte Leitbilddausteine und ausformuliertes Leitbild, Stadtratsbeschluss, Vernetzung von Bürgern im Stadtraum, dokumentierte Ergebnisse der Workshops	empirische Umfrageergebnisse, Präsentation in Steuerungsgruppe, von Jugendlichen eigeninitiiertes Projekt, Zusammenarbeit mit Sozialarbeitenden und Stadtentwicklungsverein	Vernetzung Jugendlicher und kommunaler Vertreter, Aktionsplan, dokumentierte Ergebnisse von Workshops	Vernetzung von Jugendlichen und Studierenden sowie Sozialarbeitenden, erprobtes Lehr-Lernkonzept, Forschungsbericht, Publikationen
Finanzierung	kommunale Zuwendung	Lehr-Praxis-Projekt der Hochschule	Förderung durch Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	Lehr-Praxis-Projekt der Hochschule

Tab. 1: Referenzprojekte für die Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit einer Hochschule für angewandte Wissenschaften (eigene Darstellung)



Im Handlungsfeld der sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit findet schließlich eine vertiefte Reflexion von Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Interventionsmöglichkeiten in Hinblick auf unterschiedliche soziale Problem- und Lebenslagen sowie eine Verständigung nicht nur über gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen, sondern auch notwendiger Kompetenzen von Professionellen in Kooperationen, Projektmanagement und Netzwerkarbeit statt (Becker 2021): Soziale Arbeit „muss zwischen den (Interessen der) Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und den pluralisierten Formen des bürgerschaftlichen Engagements vermitteln“ (van den Brink 2019, S. 33). Dabei unterstützen im Sinne einer lösungsorientierten Netzwerkarbeit im ländlichen Raum insbesondere Methoden der Partizipation und Bürgerbeteiligung die Initiation personenbezogener Netzwerke in definierten lokalen Sozialräumen in Verbindung mit sozialen Dienstleistungen (Eger 2019, S. 23).

Entgegen dem allzu häufig anzutreffenden Zuschnitt von Sozialer Arbeit auf den größeren urbanen Raum (z. B. sozialräumliche Jugendarbeit in der Stadt, Quartiersmanagement o. ä., vgl. Herrenknecht 2009, S. 102) ist nach wie vor eine verstärkte Auseinandersetzung in praxisorientierter Lehre und angewandter Forschung mit den Herausforderungen der Stadtentwicklung in ländlichen Räumen und jenseits der Metropolen von entscheidender Bedeutung: „Hochschulen, die an Standorten in peripheren Gebieten sozialpädagogische und sozialwissenschaftliche Studiengänge anbieten, könnten dabei wichtige Brückenköpfe sein“ (van den Brink 2019, S. 33).

Praxisbeispiele für die Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit Hochschulen jenseits der Metropolen

Die folgenden Beispiele zeigen Möglichkeiten einer Verknüpfung von Hochschul-Praxis-Partnerschaften im Handlungsfeld Stadtentwicklung auf. Im Vordergrund steht dabei die generisch gewachsene wissenschaftlich-praktische Zusammenarbeit zwischen einer sächsischen Hochschule für angewandte Wissenschaften mit einer nahe gelegenen Mittelstadt (vgl. Tab. 1).

Bereits seit 2016 wurden an derselben Hochschule punktuell studiengangübergreifende Projekte der Fakultäten Betriebswirtschaft und Design mit städtischen Akteuren u. a. zur Gestaltung des Inventars eines Ladengeschäfts durchgeführt, was später mit einem sächsischen Innovationspreis ausgezeichnet wurde. Nach Beschluss des Stadtrates im November 2017 übernahm nach Initiation einer vertraglich fixierten strategischen Partnerschaft zwischen Hochschule und Mittelstadt ab Januar 2018 die Hochschule zusammen mit einer Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

die Aufgabe zur Moderation von Arbeitsgruppen im Rahmen der Entwicklung eines kommunalen Leitbilds 2030. Ziel der wissenschaftlichen Begleitung, Koordination und Moderation des Leitbildentwicklungsprozesses der Mittelstadt, einschließlich ihrer Ortsteile, war es, die Visionen und strategischen Leitlinien für die Stadtentwicklung in einem bürgerschaftlich getragenen und partizipativ organisierten Gesprächsprozess zusammenzutragen.

Die Leitbildentwicklung wurde als Vorphase für das weiterentwickelnde Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) angesehen. Das entwickelte Leitbild bildet schließlich die Entscheidungsgrundlage für konkrete Maßnahmen und Projekte in der Kommune bis zum Jahr 2030. Zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretungen aus Stadtverwaltung, Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen wurden in einem partizipativen Prozess Leitbildbausteine entwickelt. Parallel haben Projektmitarbeitende der Hochschule an Stadtrat- und Ausschusssitzungen sowie als Mitglieder der Steuerungsgruppe die Leitbildentwicklung methodisch und inhaltlich unterstützt. Das Leitbild wurde im Mai 2019 schließlich vom Stadtrat als Beschluss verbindlich verabschiedet.

Im Zuge des Prozesses der Leitbildentwicklung hatte sich herausgestellt, dass Kinder und Jugendliche aus der Stadt nur indirekt vertreten waren. Auf Initiative der Schülervertretungen der allgemeinbildenden und Berufsschulen wurde daraufhin im Sommer 2018 eine quantitative Fragebogenerhebung und -auswertung zur Wahrnehmung der Stadt, von Angeboten, Beteiligungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern durch Schülerinnen und Schüler (N = 729) unter wissenschaftlicher Anleitung von Professorinnen und Professoren der Hochschule und mit methodischer Unterstützung eines lokalen Sozialarbeitenden durchgeführt. Das Ergebnis lieferte ein genaueres Bild über die positive Wahrnehmung und Attraktivität der Stadt für die Jugendlichen, aber auch über fehlende Freizeitangebote, Einschränkungen hinsichtlich der Mobilität zwischen umliegenden Gemeinden und der Stadt, mangelnde zielgruppenspezifische Veranstaltungen und unzureichende Orte für die persönliche Entfaltung der Jugendlichen (z. B. Wunsch nach einem Jugendtreffpunkt in Selbstverwaltung).

Die Ergebnisse der Befragung boten schließlich wichtige Anknüpfungspunkte für ein anschließendes Kleinprojekt zur Initiation eines eintägigen Zukunftsforums – Was bewegt Jugendliche in der Stadt? im Dezember 2018, das durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung im Rahmen des Programms „Jugend bewegt Kommune“ finanziell unterstützt wurde. In das Jugendforum konnten Kinder und Jugendliche im Alter von 13 bis 22 Jahren aus der Kreisstadt und ihren Ortsteilen einbezogen werden. Eingeladen waren neben Schülervertretungen auch Aktive in städtischen Clubs,



eine Vertreterin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, ein Jugend-/Sozialarbeiter eines regionalen Netzwerks, die Stadtverwaltung sowie die Mitglieder eines Stadtentwicklungsvereins (Multistakeholderansatz).

Die anwesenden Erwachsenen wurden als Gesprächspartner aktiv eingebunden, doch die Jugendlichen standen im Zentrum des Forums. Demzufolge erfolgte die Moderation des Forums durch ein Tandem, bestehend aus einem Jugendlichen und einer studentischen Hilfskraft der Hochschule, wodurch eine altersentsprechende Ansprache („auf Augenhöhe“) ermöglicht wurde. Nach einem kurzen Impulsreferat der teilnehmenden Jugendlichen zu Ergebnissen einer im Jahr 2018 durchgeführten Befragung von Schülerinnen und Schülern der Stadt diskutierten die Teilnehmenden unter dem Motto „mitreden – mitentscheiden – verändern“. Der Austausch fand in kleinen moderierten Workshops (Methode World-Café) statt.

In den moderierten Workshops wurden von den Jugendlichen konkrete Projektideen zur späteren Verwirklichung entwickelt, die Themenfelder betreffen, wie z. B. von Jugendlichen organisierte Veranstaltungen, die Verbesserung der Ansprache von Jugendlichen seitens der Stadt unter Nutzung von Website und Social-Media-Kanälen, Gründung eines Schülertreffs, Mobilität und Freizeitangebote in den ländlichen Ortsteilen. Die Ergebnisse des Jugendforums wurden in der Steuerungsgruppe zur Leitbildentwicklung vorgestellt, sind in das Rahmenkonzept eingeflossen und zeigen den Wunsch der jungen Menschen, sich in geeigneten Jugendforen und für die Stadtentwicklung zu beteiligen. Das Jugendforum hat einen zusätzlichen Diskussionsraum speziell für Jugendliche eröffnet, der vormals in der Leitbildentwicklungsarbeit im Jahr 2018 nicht in diesem Umfang gegeben war. Zwar wurden Zukunftsthemen aus Perspektive der Jugendlichen in die Leitbildentwicklung miteinbezogen, aber nicht mit Jugendlichen selbst entwickelt, diskutiert und validiert.

Begleitend zu den vorgenannten Projekten wurde im Wintersemester 2018/2019 und Sommersemester 2019 mit Studierenden des Studiengangs Sozialpädagogik und -management (B.A.) ein „Crowdfunding-Service-Learning-Projekt“ umgesetzt. Im Wintersemester haben die Studierenden des Abschlussjahrgangs eine fachlich-inhaltliche Wissensvertiefung im Bereich alternativer Finanzierungsformen im Management von Einrichtungen der Sozialen Arbeit erhalten. Im Sinne des „Community-Based Social Work Management Education“ (Arnold, in press) haben sie sich anschließend unter praktischer Anwendung der im Studium erlernten Methoden und Ansätze parallel in der ländlichen Netzwerk- und Sozialraumarbeit engagiert. Im Zuge dessen wurden die Ergebnisse der o. g. Schülerbefragung wiederaufgenommen und eine Crowdfundingkampagne für Jugendliche zur Einrichtung eines Schülertreffs in der besagten Kleinstadt initiiert.

Dieses Lehrformat ermöglichte den Studierenden (a) eine praktische Anwendung der Sozialmanagementgrundlagen (hier alternative Finanzierung sozialer Kampagnen), (b) die Förderung sowohl unternehmerischer als auch sozialer und kommunikativer Kompetenzen, (c) die Übernahme sozialer Verantwortung in einem herausfordernden Bereich der Gesellschaft sowie (d) projektbasiertes Lernen in der Jugendarbeit. Die qualitativ-empirische Beforschung des Lehrprojekts im Sinne des Scholarship of Teaching and Learning mithilfe einer Fokusgruppendifkussion und der Critical-Incident-Methode brachte verschiedene interessante Ergebnisse über z. B. die Problemwahrnehmung der Studierenden, Unsicherheiten bei der Klärung des Auftrags, Anforderungen für die Strukturierung von Lernprozessen, Notwendigkeit des Mentorings bei der Entscheidungsfindung, Kommunikation zwischen Studierenden und Jugendlichen, Fähigkeiten zur Konflikt- und Problemlösung sowie Teamentwicklung (vgl. ausführlicher Arnold 2022).

Die Ergebnisse der Untersuchung bildeten nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Lehre, sondern zeigten offensichtlich wichtige Basiskompetenzen in der sozialraum- und netzwerkorientierten Jugendarbeit im ländlichen Raum am Beispiel der Stadtentwicklung. Das Lehrkonzept des Service Learnings unterstützt dabei nicht nur das Erfahrungslernen und reflektierte Lernen aus Fehlern, sondern auch einen Rollenwechsel der Dozierenden hin zum Lerncoach und Mentor. Darüber hinaus unterstützt jene Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis im betreffenden Arbeitsfeld, insbesondere bei den Bürgerinnen und Bürgern, aktive Beteiligungsprozesse. Interessant ist dies v. a. für die Soziale Arbeit und die Sozialwissenschaften, im Rahmen derer Konzepte von Partizipation, Demokratisierung und Mitgestaltung der Gesellschaft eine hohe Relevanz haben (vgl. u. a. Böhnisch/Krisch 2010; Früchtel/Budde/Cyprian 2012).

Schlussfolgerungen

Ziel des Beitrags ist es, die Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Rahmen von Hochschul-Praxis-Partnerschaften im Handlungsfeld der Stadtentwicklung in Sachsen darzustellen. Die Praxisprojekte, die auf einer sozialraum- und netzwerkorientierten Sozialarbeit fundiert sind, zeigen beispielhaft, wie mit unterschiedlichen partizipativ orientierten Methoden insbesondere junge Menschen in die Stadtentwicklungsarbeit eingebunden werden können. Vor diesem Hintergrund lassen sich verschiedene Schlussfolgerungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung von Hochschul-Praxis-Partnerschaften ableiten:

- Hochschulen sollten im Sinne ihrer „Third Mission“ als Motoren für die Stadtentwicklung bzw. regionale Entwicklung auch im ländlichen Raum engagiert auftreten. Für die Ausgestaltung derartiger Partnerschaften kann sich eine Berücksichtigung der „Guten Standards der



Kooperationen“ (Bär et al. 2017) als hilfreich erweisen.

- Projekte zur Verbindung von Lehre und Berufspraxis helfen dabei, die soziale Innovation und Ausbildung zukünftiger Fachkräfte geeignet miteinander zu verknüpfen. Hier bieten insbesondere Fachhochschulen aufgrund ihres praxisorientierteren Studienformats verschiedene Potenziale.
- Neben dem projektbasierten Lernen von allen Beteiligten kann auch eine Partizipation von Akteuren unterschiedlicher Lebens- und Handlungsfelder quer durch die Gesellschaft und zwischen Großstadt, innerhalb des kleinstädtischen Raumes sowie hin zu den nahe gelegenen Ortsgemeinden gefördert werden.
- Zukünftiger Lehr- und Forschungsbedarf besteht weiterhin darin, wie die „doppelte Verschränkung zwischen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion und gesellschaftlicher Praxis“ (Bosch/Kraetsch/Renn 2001, S. 199) sinnvoll in die akademische Ausbildung und Kompetenzentwicklung zukünftiger Fachkräfte miteinbezogen werden kann.



Prof. Dr. Maik Arnold
Professor für Sozialmanagement/
Sozialwirtschaft, Fakultät für Angewandte
Sozialwissenschaften, Fachhochschule Dresden



Prof. Dr. Katrin Pittius
Professorin für Soziologie, Fakultät für
Angewandte Sozialwissenschaften,
Fachhochschule Dresden

Quellen:

Arnold M. (2022): Problem-based Learning and Community Engagement: A Service-Learning Project with Social Pedagogues. In: Fahr, U./Kenner, A./Angenent, H./Eßer-Lüghausen, A. (Hrsg.): Hochschullehre erforschen: Diversität und Bildung im digitalen Zeitalter, Wiesbaden, S. 199–214. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34185-5_11.

Arnold, M. (Hrsg.) (in press): Handbook of Applied Teaching and Learning in Social Work Management Education: Theories, Methods, and Practices in Higher Education, Dordrecht [u. a.].

Bär, G./Bremer, I./Geers, S./Seminargruppe „Gesunde Lebenswelten gestalten“ (2017): Gute Standards der Kooperation – Eine Checkliste für Studierende der ASH Berlin, Berlin. <https://www.ash-berlin.eu/fileadmin/Daten/Vernetzung/Wissenschafts-Praxis-Partnerschaften/ChecklisteKooperationASHPraxis.pdf>.

Becker, M. (2021): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit, Stuttgart.

Böhnisch, L./Krisch, R. (2010): Politische Bildung in sozialräumlicher Perspektive. In: sozialraum.de (2), 2/2010. <https://www.sozialraum.de/politische-bildung-in-sozialraeumlicher-perspektive.php>.

Bonn, A. et al (2016): Grünbuch Citizen Science Strategie 2020 für Deutschland.

Bosch, A./Kraetsch, C./Renn, J. (2001): Paradoxien des Wissenstransfers: Die „Neue Liaison“ zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und sozialer Praxis durch pragmatische Öffnung und Grenzerhaltung. In: Soziale Welt, B 52/2, S. 199–218.

Branom, C. (2012): Community-based Participatory Research as a Social Work Research and Intervention Approach. In: Journal of Community Practice, B 20/3, S. 260–273. <https://doi.org/10.1080/10705422.2012.699871>.

Eger, F. (2019): Lösungsorientierte Netzwerkarbeit. In: Plickat, D. (Hrsg.): Die Zukunft der sozialen Frage im ländlichen Raum: Dokumentation des ersten Dorftages im Freilichtmuseum Hösseringen am 27. September 2018. Explorations (Fachbeiträge Soziale Arbeit Nr. 02/2019), Suderburg, S. 16–27. <https://doi.org/10.26271/opus-1089>.

Friedrichs, J. (2018): Stadtentwicklung. In: Blotevogel, H. H./Döring, T./Grotefels, S./Helbrecht, I./Jessen, J./Schmidt, C. (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover, S. 2421–2433. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55992292>.

Früchtel, F./Budde, W./Cyprian, G. (2012): Sozialer Raum und Soziale Arbeit: Textbook: Theoretische Grundlagen, Wiesbaden.

Hecker, S./Haklay, M./Bowser, A./Makuch, Z./Vogel, J./Bonn, A. (2018): Innovation in Open Science, Society and Policy—Setting the Agenda for Citizen Science. In: Hecker, S./Haklay, M./Bowser, A./Makuch, Z./Vogel, J./Bonn, A. (Hrsg.): Citizen Science: Innovation in Open Science, Society and Policy, London, S. 1–23. <https://doi.org/10.14324/111.9781787352339>

Herrenknecht, A. (2009): Die Rückkehr des ländlichen Blicks – Sozialräumlich orientierte Kinder- und Jugendarbeit auf dem Lande. In: Deinet, U. (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit: Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 93–113. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91895-2>.

McIntyre, A. (2008): Participatory Action Research, Thousand Oaks, CA.

Roessler, I./Duong, S./Hachmeister, C.-D. (2015): Welche Missionen haben Hochschulen? Third Mission als Leistung der Fachhochschulen für die und mit der Gesellschaft, CHE Arbeitspapier Nr. 182, Gütersloh. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-201508272270>.

van den Brink, H. (2019): Gestaltung ländlicher Räume: Herausforderungen für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit. In: Plickat, D. (Hrsg.): Die Zukunft der sozialen Frage im ländlichen Raum: Dokumentation des ersten Dorftages im Freilichtmuseum Hösseringen am 27. September 2018. Explorations (Fachbeiträge Soziale Arbeit Nr. 02/2019), Suderburg, S. 28–35. <https://doi.org/10.26271/opus-1089>.

Stephanie Braun-Fischer, Elena Siebrecht

Grünes Geisenheim und Gründungsfabrik Rheingau

Wege der kommunalen Entwicklung in der Hochschulstadt Geisenheim

Eingebettet in die besondere Kulturlandschaft des Rheingaus, im hessischen Rhein-Main-Gebiet, liegt die Hochschule Geisenheim University. Eine Jahrhunderte alte Wein- und Obstbautradition prägt diese Region. Im Jahre 1872 wurde hier die Königlich-Preußische Lehranstalt für Obst- und Weinbau zu Geisenheim gegründet. Daraus hat sich der Wissenschaftsstandort Geisenheim entwickelt, an dem Studierende und Forschende interdisziplinär Strategien für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft entwickeln. Über exemplarische Projekte wird verdeutlicht, auf welche Weise Geisenheim seine Sonderstellung in der Region als Lehr- und Forschungsstandort für die kommunale Entwicklung nutzt.

Geisenheim selbst gilt als eigenständiges Mittelzentrum mit rund 11.600 Einwohnerinnen und Einwohnern, verteilt auf vier Stadtteile.¹ Der Rheingau ist Bestandteil der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, wobei die Finanzmetropole Frankfurt am Main in circa 60 Kilometern und die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden in 25 Kilometern Entfernung liegt. Eine gute Verkehrsanbindung an die Bahnlinie Koblenz-Frankfurt sowie an den größten deutschen Verkehrsflughafen Frankfurt Main kann Geisenheim zu seinem Vorteil nutzen. Die Stadt profitiert von diesem wirtschaftlich starken Ballungsraum.

Als Teil der rechtsrheinischen Weinanbauregion Rheingau ist Geisenheim durch seine direkte Lage am Rhein, die weinbaulich genutzten steilen Südhänge des Taunus sowie das sonnenverwöhnte, milde, beinahe mediterrane Klima

gekennzeichnet. Der Gründer der ehemaligen königlichen Lehranstalt, Heinrich Eduard von Lade, war ein vermögenter und vielseitig interessierter Mensch seiner Zeit, der die Potenziale seiner Heimatstadt erkannte und förderte. Neben dem Interesse an Wein- und Gartenbau hegte er auch eine Vorliebe für exotische Pflanzen. So entstanden begleitend zur Lehranstalt zwei Parkanlagen, die dem Zeitgeist entsprechend als fremdländische Gehölzsammlung zu Lehr- und Forschungszwecken angelegt wurden und die noch heute den Campus und das Stadtbild nachhaltig prägen.²

Während andere Städte in der beliebten Weinbaugegend verstärkt auf den Tourismus bauten, wie das benachbarte und hierfür bekannte Rüdesheim am Rhein, beruft sich die Stadt Geisenheim auf ihren besonderen Stellenwert als Ort der Bil-

¹ <https://www.geisenheim.de/wirtschaft-industrie/wirtschaftsstandort/lage>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

² <https://www.hs-geisenheim.de/hochschule/profil/geschichte/eduard-von-lade>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

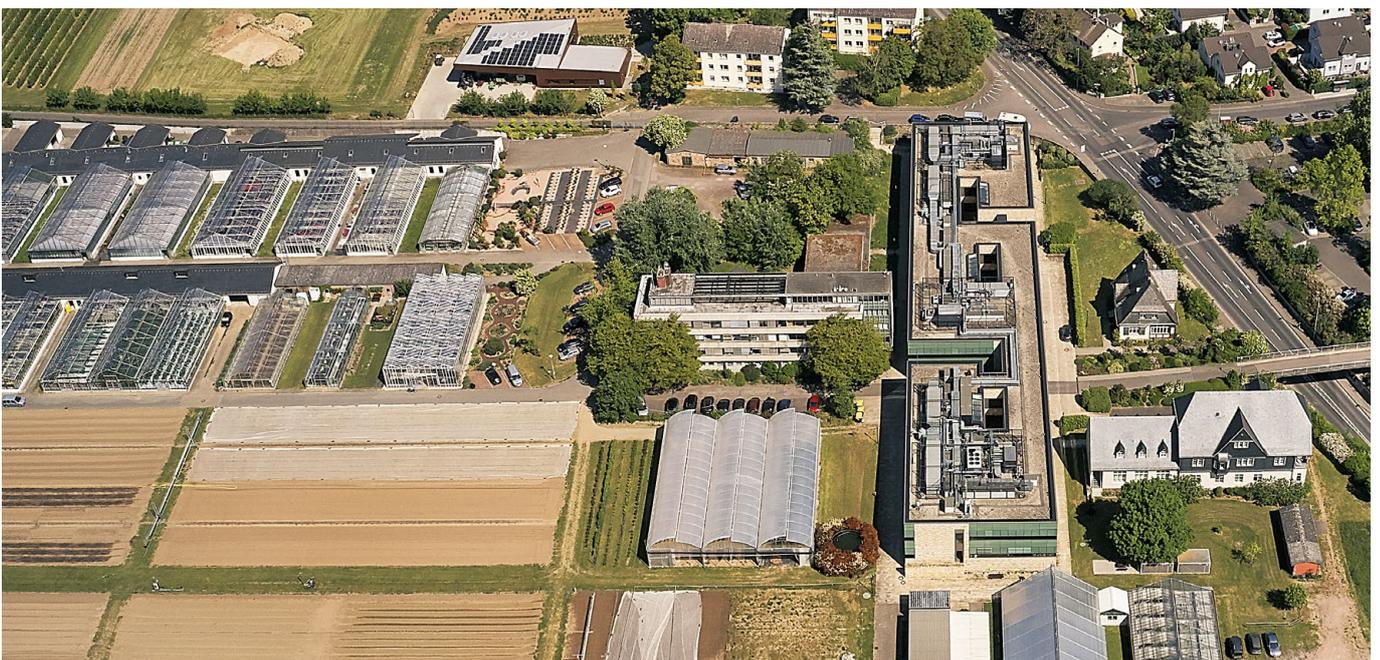


Abb. 1: Zentraler Campus mit Parkanlage, Gewächshäusern und Freilandversuchsflächen (Foto: Alexander Habermehl Fotografie)



derung in der Region. Bereits seit dem 19. Jahrhundert gab es neben der Lehranstalt eine Vielzahl weiterer Schulformen, weshalb sich in der Historie die Bezeichnung der „Schulstadt“ etablierte.³

Hochschulstadt

Die heutige Hochschule Geisenheim University ging im Jahr 2013 aus dem Zusammenschluss der Forschungsanstalt Geisenheim mit Teilbereichen der Hochschule Rhein-Main hervor. Als 13. Hochschule des Landes Hessen verbindet die sogenannte „Hochschule Neuen Typs“ eine praxisnahe studentische Ausbildung mit anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung; sie besitzt zudem Promotionsrecht. Seit Gründung der Hochschule sind ein kontinuierliches Wachstum und ein Anstieg der Studierendenzahlen zu verzeichnen. Zur Entwicklung des Standortes entstehen derzeit fünf neue Gebäude für Lehre und Forschung, gefördert über hessische Hochschulbau- und Investmentprogramme. Die Hochschule Geisenheim hat aktuell rund 1.800 Studierende und beschäftigt circa 500 Mitarbeitende.⁴

Um die Verbundenheit von Stadt und Hochschule nach außen sichtbar zu machen, beantragte der Magistrat der Stadt Geisenheim gemäß der Hessischen Gemeindeordnung den Titel „Hochschulstadt“, den der hessische Innenminister der Stadt im Rheingau daraufhin 2015 verlieh. In seiner Verleihungsrede hob er hervor, dass dieser Titel ein wichtiges Aushängeschild für die Stadt sei, das verdeutliche, dass in Geisenheim eine wissenschaftliche Einrichtung von Weltrenommee ansässig sei und dass das Renommee der Bildungseinrichtung weit über die Grenzen der Stadt hinausstrahlen werde.⁵

Wissenschaftsstandort Geisenheim – Strategien für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft

Am Standort Geisenheim wird in fünf Studienbereichen gelehrt: Weinbau und Oenologie, Weinwirtschaft, Landschaftsarchitektur, Gartenbau und Logistik Frischeprodukte sowie Getränketechnologie und Lebensmittelsicherheit. Die Ausrichtung der Hochschule mit klarem Schwerpunkt auf Sonderkulturen und deren Produkten sowie der nachhaltigen Entwicklung von Kulturlandschaften und städtischen Freiräumen ist eng verknüpft mit den aktuellen globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen.

An Fragestellungen mit hoher Relevanz für die Zukunft unserer Gesellschaft, wie beispielsweise einer nachhaltigen Landwirtschaft, der Sicherstellung einer gesunden Lebensmittelproduktion oder wie Städte und Kulturlandschaften an die Folgen des Klimawandels angepasst werden können, wird in Geisenheim geforscht.⁶ Seit den spürbaren Folgen des Klimawandels, wie Hitzesommer, Dürre oder Flutkatastrophen, sind solche Fragestellungen weit aus stärker in das gesellschaftliche Interesse geraten und werden vermehrt von Hochschuleseite in der breiten Öffentlichkeit sichtbar gemacht.



Abb. 2: Verwaltungsgebäude der Hochschule Geisenheim (Foto: Filmagentur Rheingau GbR)

Wissenstransfer

Der direkte Wissenstransfer von Forschung zur Anwendung findet durch zahlreiche Kooperationen der Hochschule Geisenheim mit Praxispartnern statt. Um die Bekanntheit dieser anwendungsorientierten Forschung zu erhöhen, porträtiert die Hochschule Geisenheim einzelne Projekte beispielhaft in dem Filmformat „Filmreihe Wissenstransfer“.⁷

Forschung betrifft nicht nur die Forschenden und deren Kooperationspartner, sondern geht die ganze Gesellschaft etwas an. Das ist keine neue Erkenntnis – es stellt sich vielmehr die Frage, wie man Forschung außerhalb von Praxis Kooperationen der Gesellschaft zugänglich machen kann. Über Wissenschaftskommunikation kann dies erreicht werden. Ein Format, das die Hochschule Geisenheim nutzt, um den Wissenstransfer direkt in die Bevölkerung umzusetzen, ist das „Geisenheimer Science Pub“, das in Kooperation mit einer Geisenheimer Lokalität regelmäßig abgehalten wird. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsentieren hier ihre Forschungen auf unterhaltsame und allgemein-

³ <https://www.geisenheim.de/kultur-tourismus/informativ/historisches/historisches-geisenheim>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

⁴ <https://www.hs-geisenheim.de/hochschule/profil>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

⁵ <https://www.hs-geisenheim.de/hochschule/mitteilungen-veranstaltungen-terminenachrichten/archiv/detail/n/geisenheim-erhaelt-den-titel-hochschulstadt>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

⁶ <https://epaper.hs-geisenheim.de/epaper-forschungsbroschuere/2021/de/#44>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

⁷ mehr unter: <https://www.hs-geisenheim.de/hochschule/organisation/administrative-einheiten/forschungsfoerderung-und-wissenstransfer>, zuletzt abgerufen am 07.03.2022

verständliche Art und bieten somit ein niederschwelliges Angebot an die Bewohnerinnen und Bewohner, um ins Gespräch zu kommen.



GEISENHEIMER SCIENCE PUB

Wissenschaft zum Anfassen! Eintritt frei!

Freut Euch auf einen spannenden Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in gemütlicher Atmosphäre im Restaurant Zwei und Zwanzig in Geisenheim.

Themen:

„Wieschneidet man Gene?“
Dr. Markus Elsner, Biochemiker,
Senior Editor Nature Biotechnology

**„Was hat Phytomedizin mit Viren zu tun?
Oder können Pflanzen Grippe bekommen?“**
Dr. Moustafa Selim,
Institut für Phytomedizin

Mittwoch,
11. Mrz. 2020
19:30 Uhr

www.hs-geisenheim.de

 **EUROPÄISCHE UNION:**
Investition in Ihre Zukunft
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Abb. 3: Einladung zum Geisenheimer Science Pub (Quelle: Elena Siebrecht)

Nach den pandemiebedingten Pausen werden für 2022 die Planungen für Veranstaltungen im Rahmen von Stadtfesten als Auftaktveranstaltungen wiederaufgenommen. Im Herbst 2022 starten zudem die Feierlichkeiten zur 150-Jahrfeier der Hochschule Geisenheim. In diesem Rahmen ist unter anderem regelmäßig auch ein „Kinderuni“-Format geplant, um noch früher in der Bevölkerung anzusetzen und das Interesse für Forschung zu wecken. Über solche Angebote möchte die Hochschule direkten Kontakt mit den Menschen vor Ort aufbauen, erhalten und einen stetigen (Wissens-) Transfer gewährleisten.

„Gründungsfabrik Rheingau“ – Innovationen aus der Region für die Region

Der Rheingau hat Gründungspotenzial! Dies haben die Hochschule Geisenheim und die benachbarte EBS Universität für Wirtschaft und Recht in einer repräsentativen Umfrage im Jahr 2019 festgestellt. Diese hat ergeben, dass zum Teil 50 % der Studierenden Gründungsideen haben. So haben sich die beiden Hochschulen mit insgesamt etwa 4.000 Studierenden

und einer entsprechend großen Gruppe an Alumni zusammengetan und mithilfe des Förderprogramms „EXIST-Potenziale“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ein Gründungszentrum ins Leben gerufen.

Die „Gründungsfabrik Rheingau“, angesiedelt in der historischen WAAS.schen Fabrik⁸, verbindet die Expertisen zweier Universitäten. Während die Hochschule Geisenheim seit 150 Jahren für Forschungsexpertise entlang der Wertschöpfungskette der Sonderkulturen steht, ergänzt die EBS Universität diese mit ihrem Schwerpunkt in Wirtschaft und Recht. Durch diese Vereinigung entstehen neue innovative Energien. Sie verfolgt als Verbundprojekt genau diesen Ansatz, indem sie jungen Gründerinnen und Gründern als regionaler Inkubator Beratung bietet und Menschen aller Fakultäten zusammenbringt. Angeboten werden unter anderem eine Gründungsringvorlesung, Ideenwettbewerbe und Businessplanworkshops. Außerdem wird mit den regionalen Partnern der „Rheingauer Gründungspreis“ ausgelobt.



Abb. 4: Vortrag in der Gründungsfabrik Rheingau (Foto: Gründungsfabrik Rheingau)

Zunächst erhält das Projekt über das Förderprogramm für einen Zeitraum von vier Jahren Unterstützung und soll im Anschluss auf eigenen Beinen stehen. Hierfür muss während des Förderungszeitraums das Fundament aufgebaut werden, insbesondere mit regionalen Partnern, wie der Hochschulstadt Geisenheim und der Rheingauer Volksbank, beides Ideengeber der Initiative und nun fester Bestandteil der unterstützenden Strukturen sowie die Initiatoren des Fördervereins Gründungsfabrik. Denn die ersten Gründungsgeschichten wurden bereits geschrieben. „Wer an diesen und vor allem den folgenden Gründerstories teilhaben möchte, wer am Aufbau eines lebendigen Netzwerks mitgestalten möchte, wer im Think-Tank Gründungsfabrik

⁸ Die WAAS.sche Fabrik wurde im Jahr 1864 als Maschinenfabrik errichtet. Heute beherbergt das Industriekulturdenkmal ein Kulturzentrum. Die Fabrik stellte im 19. Jahrhundert Geräte für Obst- und Gemüseverwertung sowie Weinpressen her und profitierte damals durch die Ansiedlung der königlichen Lehranstalt im Jahr 1872. Quelle: <https://waas.sche-fabrik.de/ueber-die-fabrik/historie.html>, zuletzt abgerufen am 07.03.2022



mitdenken möchte, um neue Impulse zu setzen, wer nachhaltig in die innovative Kraft zweier starker Hochschulen investieren möchte, was als Benchmark für unsere ganze Region wirkt, ist herzlich eingeladen, den Kreis der Mitglieder zu bereichern“, fasst der Geisenheimer Bürgermeister Christian Aßmann die Ziele und gleichzeitig Benefits für Mitglieder zusammen und ergänzt: „Neben der Bereicherung der regionalen Wirtschaft ist dies auch ein wichtiges Zeichen gesellschaftlichen Engagements.“

Projekt „Grünes Geisenheim“ – lebendige Perspektiven für unsere Hochschulstadt

Auf die Frage, was eine „Hochschulstadt“ überhaupt ausmacht, hat man in Geisenheim eine eigene Antwort gefunden. Über eine Kooperation soll dieses Prädikat mit Leben gefüllt und die Vernetzung von Hochschule und Stadt zum Ausdruck gebracht werden. Ziel ist auch hier, die Wissenschaft am Standort für die kommunale Entwicklung erfolgreich zu nutzen und Bürgerinnen und Bürger dabei aktiv zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund startete im Sommer 2017 das Projekt „Grünes Geisenheim“. Den Grundstein für die gemeinsame Zusammenarbeit legten Hochschulpräsident Prof. Dr. Hans-Reiner Schultz gemeinsam mit dem ehemaligen Geisenheimer Bürgermeister Frank Kilian. Auch vonseiten der Bürgerinnen und Bürger wurde der Wunsch herangetragen, die Hochschulstadt attraktiver und grüner zu gestalten. Es sollte ein Projekt entstehen, das die Kompetenzen der Hochschule widerspiegelt und somit den Standort Geisenheim als Ort zum Wohnen, Studieren und Arbeiten entwickelt und aufwertet.

Berücksichtigt man, was Städte attraktiv und lebenswert macht, so ist es das Stadtgrün, das in den letzten Jahren immer mehr an Stellenwert gewonnen hat. Als positive Aspekte für mehr Stadtgrün sind neben der Attraktivitätssteigerung

eine Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden, die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe, der Klima- und Artenschutz sowie die Erhöhung der Biodiversität zu nennen. Die Entwicklung von Stadtgrün ist aber mehr als ein Trend. Es ist die Aufgabe der Städte, die spürbaren Folgen des Klimawandels in den verdichteten Lagen abzumildern, was durch den Ausbau der grünen Infrastruktur erreicht werden kann.⁹

Hierbei erweist sich die Hochschule mit ihren „Grünen Studienbereichen“ als idealer Kooperationspartner, da sie sich seit Jahren mit den Folgen des Klimawandels in vielen Bereichen von Forschung und Lehre beschäftigt, was auch die Gestaltung und Entwicklung zukunftsfähiger städtischer Grün- und Freiflächen miteinschließt. Die Projektleitung wurde bei der Hochschule Geisenheim am Institut für urbanen Gartenbau und Pflanzenverwendung angesiedelt. Für die Zusammenarbeit galt es im Vorfeld, Projektinhalte zu formulieren und gleichberechtigte Informations- und Entscheidungsstrukturen zu schaffen, die u. a. eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Projektpartnern beinhaltet. Für die Beratung und Beschlussfassung wurde eine Lenkungsgruppe etabliert.

Die Ausrichtung des Projektes sollte bewusst bürgernah erfolgen sowie die Menschen vor Ort für den Stellenwert von Stadtgrün sensibilisieren und sie aktiv am Grünentwicklungsprozess beteiligen. Erreicht werden soll dieses Ziel über Workshops, Informationsveranstaltungen, Ausstellungen oder Wettbewerbe. Den Menschen soll das Potenzial zum Mitmachen und Nachahmen geboten werden. Zu nennen ist hierbei insbesondere die große Auftaktveranstaltung zu Projektbeginn, die zum aktiven Mitgestalten einlud. Hier konnten die Bewohnerinnen und Bewohner von Geisenheim auf Luftbildern Grünflächen und Stadträume mit Defiziten oder Potenzialen markieren und ihre Erwar-

⁹ BMUB (Hrsg.) [2017]: Weißbuch Stadtgrün, Grün in der Stadt – für eine lebenswerte Zukunft



Abb. 5: Anlage artenreicher und insektenfreundlicher Blühwiesen im öffentlichen Raum von Geisenheim zur Erhöhung der Biodiversität (Foto: Stephanie Braun-Fischer)



Abb. 6: Auftaktworkshop zum Projekt Grünes Geisenheim, Projektleiter Prof. Dr. Alexander von Birgelen in Diskussion mit einer Teilnehmerin (Foto: Winfried Schönbach)



tungen an das Projekt „Grünes Geisenheim“ formulieren. Weitere konkrete Maßnahmen folgten, wie die Anlage von insektenfreundlichen Blühstreifen zur Erhöhung der innerstädtischen Biodiversität. In der Innenstadt wurden temporär reichhaltig bepflanzte, bunte Pflanztaschen aufgestellt. Auf Stadtfesten wurde das Projekt über „grüne und blühende“ Aktionen beworben. Eine Ausstellung und ein Fotowettbewerb widmeten sich dem Thema „blühende Vorgärten“ als Maßnahme gegen die sogenannten Schottergärten und fanden guten Anklang.

Zukunft Stadtgrün

Als Meilenstein des Projektes ist die Einwerbung von Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ zu nennen, das die urbanen Grünstrategien auch politisch trägt.¹⁰ Der Magistrat der Stadt Geisenheim ist hierbei Förderempfänger, und die Hochschule agiert als lokaler Partner, der in dem geplanten Grünentwicklungsprozess beratend und initiiierend mitwirkt. Bei der Übergabe des Förderbescheids im September 2018 ist die Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartnern explizit durch die Ministerin Priska Hinz als Pluspunkt hervorgehoben worden.¹¹ Durch die Fördersumme ist es nun möglich, größere baulich-investive Maßnahmen im Stadtgebiet umzusetzen. Da die Vorgaben des Fördergebers zu umfangreich für die Projektpartner waren, wurde für die weitere Bearbeitung, z. B. die Erstellung des erforderlichen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK), ein externes Planungsbüro hinzugezogen, das auch weitere Bürgerbeteiligungs- und Informationsveranstaltungen durchführte.



Abb. 7: Treffpunkte im Grünen Geisenheim, Entwurf in Umsetzung zur Neugestaltung des Parks am Blaubach (Quelle: Per se Freigestaltung, Martina Faust und Kai Faust)

¹⁰ Mit Beginn des Jahres 2020 wurden die Städtebauförderungsprogramme bundesweit neu geordnet. In Hessen wurden die beiden ehemaligen Förderprogramme „Stadtumbau in Hessen“ und „Zukunft Stadtgrün in Hessen“ in dem Programm „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung“ vereint.

¹¹ <https://www.hs-geisenheim.de/hochschule/mitteilungen-veranstaltungen-terminenachrichten/archiv/detail/n/geisenheim-erhaelt-foerderbescheid-fuer-das-bund-laender-programm-zukunft-stadtgruen>, zuletzt abgerufen am 04.03.2022

Junge Ideen aus der Hochschule

Ein weiteres Standbein des Grünen Geisenheims ist die Einbindung von Teilprojekten in die Lehre der Hochschule, insbesondere in den Studiengang Landschaftsarchitektur. Hierbei entstanden, z. B. im Rahmen einer internationalen Summer School, Entwurfsideen mit dem Schwerpunkt auf Pflanzenverwendung für einen kleinen innerstädtischen Pocket Park, der dank der Fördergelder in diesem Jahr umgesetzt wird.

Zudem rief die Hochschule zu einem Realisierungswettbewerb auf, der sich an Studierende der Landschaftsarchitektur mehrerer deutscher Studienstandorte richtete, um den prominent am Stadteingang gelegenen „Monrepos-Verkehrskreisel“¹² zu begrünen. Thematisch sollte hier im Konzept ein eindeutiger lokaler Bezug zur Stadt oder Hochschule dargestellt werden. Nachdem von einer Fachjury drei überzeugende Entwürfe ausgewählt wurden, stellte man diese den Bewohnerinnen und Bewohnern zur Wahl. Über eine Ausstellung mit Abstimmungskarten sowie einer Onlineabstimmung erfolgte die Auswahl des Gewinnerentwurfes, der im Frühjahr 2021 bereits baulich umgesetzt wurde. Als weitere Maßnahme steht 2022 die Umgestaltung des größten zentralen Platzes der Stadt an. Auch hier fließen die Wünsche der Menschen vor Ort aus der Bürgerbeteiligung in die Gestaltung mit ein, indem mehr Bäume als Schattenspendler gepflanzt werden und ein Wasserspiel im Sommer für Abkühlung und Spielspaß sorgt.

Mit dem Grünen Geisenheim und der Gründungsfabrik wurden zwei individuelle Beispiele für Strategien zur Stärkung und Entwicklung des Standortes Geisenheim vorgestellt. Die Gründungsfabrik setzt gezielt darauf, jungen Absolvierten eine Perspektive vor Ort zu bieten und das Wissen und Innovationen in der Region zu halten. Das Grüne Geisenheim hat einen wesentlich breiteren Ansatz in der Bevölkerung und zielt auf Vernetzung und Aufwertung des Standortes.



Stephanie Braun-Fischer

Projektkoordinatorin Grünes Geisenheim,
Institut für urbanen Gartenbau und
Pflanzenverwendung,
Hochschule Geisenheim University



Dr. Elena Siebrecht

Wissenstransfermanagerin,
Hochschule Geisenheim University

¹² Benannt nach der „Villa Monrepos“ und ihrer angrenzenden Parkanlage, erbaut als Wohnhaus von Eduard von Lade, dem Gründer der Lehranstalt.



Ulrich Weiß

Digitalität und Subjektivität

Zur anerkennungsintensiven Gestaltung digital gestützter Studiengänge

Mit der Digitalisierung wird eine Reihe an Verheißungen verbunden, unter anderem die, akademische Bildung in ländlichen Regionen voranzubringen und damit zu Emanzipation, Teilhabe und dem Abbau des Stadt-Land-Gefälles im Zugang zu Bildungsangeboten beizutragen. Diesem Potenzial steht die Gefahr gegenüber, dass durch Digitalisierung authentische Erfahrungen und Beziehungen der digitalen Rationalität zum Opfer fallen. Menschen lernen immer in irgendeiner Form mit anderen und durch andere Menschen. Und sie lernen, weil sie bedeutsame Erfahrungen gemeinsam mit anderen Menschen machen. In digitalen Bildungsangeboten müssen daher die Qualität der Bildungserfahrung und der pädagogischen Beziehung im Vordergrund stehen.

Die Verlockungen digitaler Kommunikation sind groß, und groß ist auch der Anpassungsdruck, der von ihr ausgeht. Digitalisierung erscheint im öffentlichen Diskurs mit unterschiedlichen Gesichtern, mit selbstgewissem Ausdruck des Modernen, mit der Miene des Unausweichlichen, mit dem drohenden Gesicht der Naturgewalt, der wir nicht entkommen und der wir uns anpassen müssen, wollen wir nicht untergehen. Was bedeutet das für Bildung im digitalen Raum? Im Folgenden möchte ich – am Beispiel neuer, digital gestützter Studienangebote – das Argument entwickeln, dass auch im digitalen Raum das Lernen in menschlichen Beziehungen Vorrang haben muss – und haben kann.

„Moderne“ Bildung im digitalen Raum?

Durch Digitalität sollen Bildungspotenziale gehoben werden, die in ländlichen Regionen in der Vergangenheit verstellt waren. Digital gestützte, dezentral nutzbare Bildungsangebote schaffen Möglichkeiten der Akademisierung, z. B. für Menschen im Berufsleben mit familialen Care-Aufgaben. Digitale Bildungsangebote tragen also zu Emanzipation bei, zu Durchlässigkeit und zu einer Verringerung des Stadt-Land-Gefälles in der Erschließung von Fachkräftepotenzialen. Damit kann Digitalisierung auch zur institutionellen Qualitätsentwicklung in ländlichen Regionen beitragen, wenn z. B. Jugendämter auch außerhalb der Ballungsräume akademisches Personal entwickeln können. Insofern, und das lässt sich sicherlich als „modern“ überschreiben, steckt in digital gestützten Orientierungsangeboten ein Potenzial der Individualisierung von Bildungsbiografien und damit der gesamten Lebensführung.

Zugleich wird häufig mit dem Label „modern“ etwas voreilig eine Überwindung von Überkommenem, „Altmodischem“ verbunden. Das Digitale erscheint dann bisweilen mit dem selbstverständlichen Impetus des Neuen, Besseren. Aus soziologischer Perspektive bedeutet „modern“ jedoch immer auch: Kosten sparen, Gewinne maximieren! Eine grundlegende Dynamik der Moderne besteht in fortschrei-

tenden Prozessen der Rationalisierung allen Handelns und der menschlichen Beziehungen. Für die Gestaltung digital gestützter Bildungsangebote ist entscheidend, wie Rationalität und pädagogische Beziehung ins Verhältnis gebracht werden.

Wir lernen immer von anderen Menschen und durch andere Menschen

Alles Lernen erfolgt in irgendeiner Form in Beziehung mit anderen Menschen, entweder über den direkten Kontakt, durch Instruktion, Belehrung, Zuspruch und Imitation oder indirekt durch Vorbilder oder die Orientierung an geteilten Werten und „kollektivem Bewusstsein“. Das Lernen lässt sich nicht von den Beziehungen zu anderen Menschen trennen. Unsere Bildungsentscheidungen stehen in Zusammenhang mit den Beziehungen, in denen wir uns befinden. Bildungsabschlüsse ermöglichen uns Zugänge zu anerkannten sozialen Positionen, durch die wir Anerkennung erfahren.

Anerkennungstheorien verfolgen die Grundannahme, dass menschliche Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung maßgeblich darauf basiert, dass wir durch andere gesehen, erkannt, wiedererkannt und in unseren Bedürfnissen und unserem Selbst-Sein anerkannt werden. Der prominenteste Vertreter der deutschen Anerkennungstheorie ist sicherlich Axel Honneth, der die Anerkennungsdimensionen Liebe, Recht und Soziale Wertschätzung unterscheidet. Der Liebe durch primäre Bezugspersonen kommt bei Honneth die besondere Bedeutung zu, als unverwechselbares Individuum angesprochen zu werden, während soziale Wertschätzung auf individueller Leistung basiert und das Recht eine Anerkennungsform darstellt, die allen Menschen gleichermaßen zuteilwird und die im Zweifel einklagbar ist.



Und so variiert auch die Qualität des Lernens mit der Qualität der Beziehung – und Bildungsbeziehungen sind immer Anerkennungsbeziehungen. Dieser Gedanke ließe sich für nahezu alle Themenfelder menschlichen Lernens ausformulieren, bleiben wir aber bei unserem Beispiel Studierender in ländlichen Regionen.

Es werden – und das ist zunächst eine gute Nachricht – mehr Studienangebote für Menschen geschaffen, denen zu früheren Zeiten ein Studium verwehrt geblieben wäre. Gleichzeitig erfordern die neuen, dezentralen und berufsbegleitenden Studienangebote von den Studierenden ein hohes Maß an Selbstkompetenz. Sie müssen ein Studium ohne täglichen Kontakt zu Kommilitonen und Hochschulpersonal meistern und ihre Ziele, Alltagsanforderungen und Bedürfnisse eigenverantwortlich in der Balance halten. Studierende in dezentral und berufsbegleitend organisierten Studiengängen müssen vielen verschiedenen Erwartungen gerecht werden: den alltäglichen Erwartungen des Berufs, den Erwartungen eines wissenschaftsorientierten Studiums und den Erwartungen von Familie und privatem Umfeld – und das häufig ohne das Propädeutikum, also die systematische Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Studium der gymnasialen Oberstufe.

Wir sehen also, dass Anerkennungsbeziehungen immer eine strukturelle und eine subjektive Seite haben. Das Studium muss mir technisch, rechtlich, finanziell sowie zeitlich möglich sein, und gleichzeitig muss es eine individuelle Bedeutung, eine subjektive Wertigkeit für mich haben. Diese Spannung aus strukturellen Gegebenheiten und subjektiven Orientierungen treten bei dezentral Studierenden in digital gestützten Studienangeboten besonders dann auf, wenn der Austausch mit anderen fehlt. Verstärkt werden die Spannungen bei berufsbegleitend Studierenden, wenn sie sich bereits in gewachsenen Anerkennungsbeziehungen, z. B. über Beruf und Familie, befinden.

Es zeigt sich also, dass in digital gestützten, berufsbegleitenden Studiengängen zwar die Möglichkeit liegt, Akademisierungspotenziale im ländlichen Raum zu heben, dies aber nur unter der Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen und Bedürfnisse. Zu den Treibern des Studienerfolgs digital gestützter Studienangebote gehören u. a.:

- niederschwellige Einstiege in Techniken, Anforderungen und Gewohnheiten wissenschaftlichen Arbeitens, z. B. durch eine kleinschrittige Unterstützung des Schreibprozesses bei Hausarbeiten, durch Leitfragen und Gliederungshilfen,
- Unterstützungsvereinbarungen in der Studieneingangsphase mit Studierenden, die bislang wenig Berührung mit wissenschaftlichem Arbeiten hatten,
- Begegnung und Austausch auf menschlicher Ebene, einerseits im Theorie-Praxis-Transfer, andererseits durch zahl-

reiche Räume des persönlichen Austauschs, der Kooperation und der wechselseitigen Inspiration und Unterstützung,

- ein Prüfungswesen mit einem hohen Maß an Verbindlichkeit und Transparenz der Anforderungen und gleichzeitig der Möglichkeit, Prüfungsinhalte zu individualisieren, z. B. in mündlichen Prüfungen, in Präsentationen, in Seminararbeiten und in Projekten.

Die Bearbeitung individueller Schwerpunkte im Studienverlauf ist für einige Studierende zunächst ungewohnt und bedarf der sorgfältigen Begleitung, insbesondere in der Studieneingangsphase. Gerade Studierende mit Berufserfahrung profitieren aber von einem hohen Maß an Mitbestimmung und Augenhöhe.

Kolping Hochschule für Gesundheit und Soziales

Seit Oktober 2021 bietet die Kolping Hochschule für Gesundheit und Soziales vier ausbildungs- und berufsbegleitende Studiengänge an. Mit diesem Angebot reagieren die Kolping Bildungswerke auf den zunehmenden Fachkräftemangel im Bereich Gesundheit und Soziales, der wiederum in ländlichen Regionen besonders drastisch ausfällt. Durch dezentrale Studienangebote können Bildungsketten geschmiedet werden, die sich von den klassischen akademischen Laufbahnen unterscheiden. So nehmen zunehmend Menschen ein Studium auf, die die Zugangsberechtigung über Berufsfachschullaufbahnen oder über einschlägige Berufserfahrung erlangt haben. Dieser Trend spiegelt sich auch in der Studierendenschaft der Kolping Hochschule wider. Im Unterschied zu einem klassischen Fernstudium finden die Lehrveranstaltungen in digitaler Präsenz statt. In Onlinevideokonferenzen stehen Studierende im direkten Austausch mit Lehrenden und Kommilitonen.

Eckpunkte eines aner kennungsintensiven Studiums im digitalen Raum

Die Lehrenden der Kolping Hochschulen sind also in besonderer Form gefordert, die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Beziehungen im digitalen Raum zu reflektieren und neue Formen der Zusammenarbeit und des Theorie-Praxis-Transfers zu entwickeln.

Theorie-Praxis-Transfer

Im Mittelpunkt steht hierbei das sogenannte Praxis-Transfer-Konzept. In eigens hierfür vorgesehenen digitalen Präsenzveranstaltungen wird dem wechselseitigen Bezug theoretischer Inhalte und individueller beruflicher Erfahrung Raum gegeben. So entsteht ein kommunikativer Rahmen, in dem Erfahrungen fachlich reflektiert werden und professionelle Handlungsfähigkeit ermöglicht wird, und es entsteht ein Erleben individueller Relevanz der Studieninhalte.



Peer-to-Peer-Austausch

Auch jenseits der unmittelbaren Praxiserfahrung Studierender wird der Bearbeitung von Studieninhalten in studentischen Kleingruppen im digitalen Raum besondere Bedeutung beigemessen. Diese Breakout-Sessions sind aus verschiedenen Gründen didaktisch notwendig, die hier nicht erschöpfend erläutert werden können, daher der aus meiner Sicht bedeutsamste: Stellen Sie sich vor, Sie können einem Lehrinhalt nicht folgen, Sie merken, dass es anderen im Raum ähnlich geht. In einem Seminarraum mit physischer Anwesenheit runzeln in einem solchen Moment Einzelne die Stirn oder geben andere körpersprachliche Signale, die Dozierenden als Hinweis dienen, auf einzelne Aspekte erneut oder vertiefend einzugehen.

In der Onlinepräsenz ist es ungleich schwieriger für Lehrende, derartige Signale wahrzunehmen, und auf der anderen Seite ist es auch für Lernende einfacher, sich im Falle von Verständnisschwierigkeiten unbemerkt mental aus der Veranstaltung zu verabschieden. Immer wieder eingeschobene Besprechungen in der Peer-to-Peer-Situation geben Kommilitonen die Gelegenheit, sich über Verständnisschwierigkeiten auszutauschen und das Gespräch mit der Leitung zu suchen.

Präsenzveranstaltungen am Studienort Köln

Da es – womöglich im Bereich der Gesundheits- und Sozialberufe noch mehr als in anderen Berufen – Themen und Inhalte gibt, die der physischen Präsenz bedürfen, finden an der Kolping Hochschule etwa alle sechs Wochen in ausgewählten Modulen sogenannte Case Days statt. Diese Präsenztage am Hochschulstandort Köln sind einerseits dem Üben von Inhalten gewidmet, für die es physischer Präsenz bedarf, z. B. Umgang mit Gruppenkonflikten, insgesamt unmittelbare Gruppenerfahrungen und ihre Anleitung oder Beratungssituationen. Neben dem Aufbau professioneller Handlungsfähigkeit durch gemeinsames Handeln geht es bei den Case Days auch darum, dass die Lerngruppe sich in der Ganzheitlichkeit der physischen Präsenz begegnet und tatsächlich als Gruppe erlebt. Die bisherige Erfahrung zeigt, wie bedeutsam und unersetzbar diese Räume der tatsächlichen physischen Präsenz für das Empfinden von Eingebundenheit der Studierenden und letztlich auch für den Studienerfolg sind.

Einbindung in Forschung und Entwicklung – Projekt zur digitalen Begleitung von Übergängen

Die hier schlaglichtartig dargestellte Haltung zur Verbindung von Studierbarkeit unter Bedingungen von Digitalität und fachlich-pädagogischer Beziehung fließt auch in die Entwicklung von Projekten und Kooperationen ein. Die Abteilung für Soziale Arbeit an der Kolping Hochschule für Gesundheit und Soziales entwickelt, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle überaus im Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), digitale Anwendungen zur Begleitung biografischer

Übergänge. Die Begleitung von Übergängen stellt ein wachsendes Betätigungsfeld von Akteuren der Sozialen Arbeit dar. Vor dem Hintergrund einer sozialpädagogischen Haltung wurde die Begleitung von Übergängen in erster Linie als Beziehungsarbeit definiert und digitale Anwendungen entwickelt, die Reflexivität und Beziehungsarbeit fördern.

- Eine der Anwendungen lädt dazu ein, individuelle Erwartungen an das Arbeitsleben zu reflektieren und zu priorisieren und selbst zu überlegen, zu welchem beruflichen Handlungsfeld diese Erwartungen passen könnten.
- Eine andere Anwendung öffnet den Blick auf individuelle Ressourcen, die für das Erreichen eines biografischen Ziels bedeutsam sein können.
- In einer weiteren Anwendung können individuelle Eigenschaften reflektiert und andere Menschen zu einer Fremdeinschätzung eingeladen werden.
- Eine vierte Anwendung ermöglicht die Formulierung und Planung konkreter nächster Schritte zu individuellen Zielen.

Allen Anwendungen ist also gemeinsam, dass sie nicht auf ein berechenbares Ergebnis von Berufsorientierungsprozessen abzielen, sondern Themen und Anlässe für den Austausch junger Menschen mit Personen im sozialen Nahraum schaffen. Damit wird die zwischenmenschliche Dimension biografischer Bewegungen gegenüber der digitalen Kommunikationslogik betont, d. h. die digitalen Lösungen folgen einem anerkennungstheoretischen Verständnis von Bildung und Biografie.

Zusammenfassung

Die Beispiele verdeutlichen die enge Verwobenheit von menschlichen Beziehungen, biografischen Verläufen und Lernen. Und sie zeigen, dass nicht immer neue und stromlinienförmige digitale Lerndesigns die Qualität der Hochschullehre ausmachen, sondern der offene Blick für menschliche Beziehungsbedürfnisse im Lernen. Bezogen auf den Zusammenhang von institutioneller Bildung und Digitalität sensibilisieren uns die Beispiele dafür, dass die Gestaltung von Lernumgebungen, sollen sie bildungsintensiv sein, nicht der pragmatischen und rationalen Logik allein folgen darf, sondern dass die Eingebundenheit in Beziehungszusammenhänge bei der Planung und Gestaltung von Bildungsprozessen reflektiert werden muss.



Dr. Ulrich Weiß

Studiengansleiter Soziale Arbeit, Kolping Hochschule für Gesundheit und Soziales, Köln



Peter Dehne

Hochschule findet Stadt

Hochschulen in Klein- und Mittelstädten

Auf dem neuen Lukas-Cranach-Campus im Stadtzentrum der bayerischen Kleinstadt Kronach (17.700 Einwohner) sollen sich in den nächsten Jahren Studiengänge und Transferinstitute der Hochschulen Coburg und Hof ansiedeln. Der Umwelt-Campus Birkenfeld ist Fachhochschule und Standort der Universität Trier auf einem ehemaligen US-Militärgelände im ländlichen Rheinland-Pfalz. Das hessische Witzenhausen (15.000 Einwohner) bezeichnet sich als die kleinste Universitätsstadt Deutschlands. Hier befindet sich eine Außenstelle der Universität Kassel für Ökologische Landwirtschaft und Nachhaltige Regionalentwicklung. Gerade in den Klein- und Mittelstädten ländlicher Regionen erhoffen Politik, Verwaltung und Wirtschaft Innovationen und Entwicklungsimpulse sowie die Chance, junge Menschen an Stadt und Region zu binden. Können Hochschulen „Ressource der Stadtentwicklung“ (Hechler/Pasternack 2014) in Klein- und Mittelstädten ländlicher Regionen sein? Und welche Bedingungen müssen dafür erfüllt sein? Dies wird im Folgenden an einem weiteren Beispiel, der Hochschule Neubrandenburg, diskutiert.

Klein- und Mittelstädte sind gar nicht so selten Hochschulstädte. In 125 bzw. 6 % der Klein- und Mittelstädte gibt es staatliche Hochschulen. Meist befinden sie sich in den Mittelzentren von peripheren, dünner besiedelten ländlichen Räumen (Gatzweiler et al. 2012, S. 49). Jede zweite größere Mittelstadt zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern und jede achte kleinere Mittelstadt zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern ist ein Hochschulstandort. Es sind meist kleine Hochschulen mit 2.000 bis 4.000 Studierenden. Sie machen in Summe nur 20 % aller Studierenden in Deutschland aus (Hechler/Pasternack/Zierold 2018). Dennoch sind Hochschulen eine wichtige städtische Infrastruktur und können Impulsgeber für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Stadt und der umgebenden Region sein. Beide Bezugsräume lassen sich kaum trennen, da im ländlichen Raum Aufgaben und Partner über die kommunalen Grenzen hinweg miteinander verbunden sind (siehe ebenda, S. 43).

Das Beispiel Neubrandenburg I

Eine dieser Hochschulstädte ist Neubrandenburg – mit 64.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt in Mecklenburg-Vorpommern. Die einstige Bezirksstadt der DDR war in den 1970er und 1980er Jahren gezielt zum industriellen Zentrum des Nordostens ausgebaut worden. Zur Wende lebten gut 90.000 Einwohner hauptsächlich in industriellen Neubaugebieten rund um das Stadtzentrum. Heute ist Neubrandenburg Kreisstadt mit einer hohen Zentralität im dünn besiedelten, vom demografischen Wandel betroffenen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Die größten Plattenbaugebiete sind die Stadtteile Oststadt und Datzeberg. Allein in der Oststadt lebten 25.000 Einwohner. Das änderte sich nach 1989: Viele Einwohner zogen aus den Plattenbauten in die neu entstandenen Einfamilienhausgebiete des Umlandes. Aus den bevorzugten Quartieren wurden benachteiligte Quartiere. In den 2000er Jahren

begannen teilweise Abriss und Rückbau. Die Hochschule wurde 1991 in dem Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule gegründet. Heute lernen 2.170 Studierende in vier Fachbereichen und 37 Studiengängen an der Hochschule Neubrandenburg. Das Spektrum reicht von Sozialer Arbeit über Pflege und Gesundheit, Agrarwirtschaft, Lebensmitteltechnologie, Geodäsie bis zu Landschaftsarchitektur und Naturschutz.

Im Jahr 2007 eröffnete der Fachbereich Soziale Arbeit der örtlichen Hochschule in enger Zusammenarbeit mit der Stadt ein Stadtteilbüro und eine Lehrpraxisstelle auf dem Datzeberg. Das Stadtteilbüro war der erste Schritt vom Campus in die Stadt. Finanziert wurden die dortigen Stellen von den beiden großen Wohnungsunternehmen der Stadt. Später, 2012, folgte ein weiteres Stadtteilbüro in der Oststadt. Die Lehrpraxisstellen verbinden Gemeinwesenarbeit im Stadtquartier mit Lehr- und Lernerfahrungen vor Ort. Die Studierenden lernen ganz praktisch Methoden der Sozialen Arbeit, den Aufbau nachbarschaftlicher Netzwerke und unterstützen die Umsetzung lokaler Projekte.

Das erste UniDorf fand 2010 auf Anregung des benachbarten Landkreises Vorpommern-Greifswald in der kleinen vorpommerschen Gemeinde Krien statt. Das mittlerweile etablierte Konzept: Studierende lebten eine Woche lang im Dorf und entwickelten mit Kindern und Jugendlichen Ideen für deren Leben im Dorf. Vierzehn UniDörfer folgten bis 2021.¹ Sie haben sich zum festen Bestandteil der Ausbildung im Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung entwickelt. Die Studierenden lernen Stadt- und Dorfentwicklung vor Ort, führen Zukunftswerkstätten durch und diskutieren ihre Vorschläge mit der örtlichen Gemeinschaft.

Vergleichbare Projekte und Aktivitäten haben sich nach der Konsolidierung der Hochschule in allen Fachbereichen ent-

1. Siehe dazu <https://www.hs-nb.de/unidorf/>



wickelt. Einige Studiengänge haben Studierendenprojekte, die sich mit Praxisaufgaben in der Stadt auseinandersetzen, in ihrem Curriculum verankert. Im Studiengang Naturschutz beispielsweise werden jedes Semester städtebauliche Entwürfe, Bebauungspläne und Umweltberichte zu aktuellen Entwicklungsflächen geübt. Bachelor- und Masterarbeiten befassen sich mit der Gesundheitsförderung, der Situation älterer Menschen in den Quartieren oder den Kleingärten der Stadt. Hinzu kommen gesellschaftliche Angebote der Wissensvermittlung, wie Kinder- und Seniorenhochschule, „Vorlesungen an besonderen Orten“ in Stadt und Region oder das Format „ProfArt“, in dem Hochschullehrerinnen und -lehrer Bilder der städtischen Kunstgalerie interpretieren. In den vergangenen 15 Jahren wurden zudem neue weiterbildende Studiengänge gestartet, die auf die Bedarfe von Stadt und Region ausgerichtet sind. Der Studiengang „Digitalisierung und Sozialstrukturwandel“ ist nur ein Beispiel dafür.

Über die Zeit ist so ein buntes Bild von studentischen Aktivitäten, Kooperationen und kleinen Netzwerken entstanden. Sie nutzen die Stadt und die Region als Labor und Lernort, greifen fachliche Praxisaufgaben auf und liefern Lösungen oder Impulse. Das meiste lebt vom Engagement und den persönlichen Netzwerken Einzelner in Hochschule, Stadt und Region. Vieles bleibt jedoch innerhalb dieser individuellen, gewachsenen Beziehungen und gerät nur gelegentlich an die Öffentlichkeit. Es ist daher schwer, die Gesamtheit dieser Verbindungen zwischen Hochschule und Stadt wirklich zu erfassen.

Dennoch: Die Hochschulleitung hat schon früh die Chancen und die Verantwortung erkannt, die sich aus der Lage in einer dünn besiedelten Region ergeben, die von zahlreichen tiefgreifenden Veränderungsprozessen und Brüchen geformt wurde. In ihrem Leitbild von 2005 sieht sie „sich als ein Scharnier zwischen regionaler und internationaler Fachöffentlichkeit. Sie ist offen für die besonderen Themen und Problemstellungen der Region und wirkt als akademisches Zentrum und Impulsgeber in Lehre, Forschung und Wissenschaft“. Ein zentrales Handlungsfeld ist es, Hochschulwissen für die Bürger, die verschiedenen sozialen Bildungseinrichtungen und die Unternehmen nutzbar zu machen sowie die Innovationskraft der Gesellschaft zu stärken. Angewandte Forschung und Wissenstransfer sollen auf die Bedürfnisse der Praxis und auf zukunftsorientierte Schwerpunkte ausgerichtet werden und so einen Beitrag zur Identitätsbildung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft leisten.

Mit dieser durchaus gelebten Programmatik wird die Hochschule Neubrandenburg seit 2018 über die Förderinitiative „Innovative Hochschule“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit über 6 Mio. Euro gefördert. Ziel des Projektes „HiRegion – Hochschule in der Region. Gemeinsam den Wandel gestalten“ ist es, die Hochschule als Wis-

sensknnoten und Partner für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Region zu etablieren und zu profilieren.² In zwölf Reallaboren zu Themen, wie ländliche Mobilität, Familienbildung, Quartiersentwicklung, Landschaftswandel oder Kleinproduzenten, werden gemeinsam mit Praxispartnern Lösungen entwickelt und Lernnetzwerke aufgebaut. Eine Transferstelle Daseinsvorsorge bündelt Wissen zu den Themenfeldern der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen und unterstützt private sowie öffentliche Partner mit Kurzexpertisen, Moderationen oder der Vermittlung von Experten. Ein Managementteam koordiniert und kommuniziert die Transferaktivitäten. Nach vier Projektjahren ist die Hochschule über die einzelnen Projektzusammenhänge, gemeinsame Workshops, einen Beirat und stetige Öffentlichkeitsarbeit mit der Stadt Neubrandenburg und der Region noch stärker vernetzt.

Es ist ein hoher Kooperations- und Kommunikationsaufwand, um diese „Dritte Mission“ der Hochschule, neben Forschung und Lehre, einigermaßen erfolgreich zu gestalten. Das gelingt nur mithilfe finanzieller Förderung. Die Grundausrüstung und Grundfinanzierung kleiner Fach-

² Siehe hierzu <https://www.hs-nb.de/drittemission/> und <https://www.hs-nb.de/hiregion/>.



Abb. 1: Elektrobürgerbusse Elli im Elde-Müritz-Quellgebiet des Reallabors Mobilität, Hochschule Neubrandenburg und KOMOB, Wismar



Abb. 2: Workshop der Transferstelle Daseinsvorsorge



Abb. 3: Transferteam „HiRegion – Hochschule in der Region“, Neubrandenburg

hochschulen sieht dies einerseits nicht vor. Andererseits wird das regionale Engagement der Hochschulen von der Politik zunehmend eingefordert.

Die Dritte Mission der Hochschulen

Fachhochschulen wurden in Westdeutschland Ende der 1960er Jahre eingeführt, um der Bildungsexpansion auch außerhalb der großen Städte gerecht zu werden.³ Für die Stadtentwicklung in den neuen Hochschulstädten bedeutete dies zunächst Standortplanung. Später wurden Hochschulen als Infrastruktur und regionaler Wirtschaftsfaktor gesehen, der Investitionen, Arbeitsplätze, Kaufkraft und junge Menschen in die Stadt bringt. In den 1980er Jahren erweiterten sich die Ansprüche und Erwartungen: Von den Hochschulen wurde zunehmend eine aktive Rolle für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt erwartet. Sie wurden jetzt als potenzieller Motor der lokalen und regionalen Wirtschaft und Impulsgeber für Innovationen gesehen. Es ging um Patente, Ausgründungen, Kooperationen mit Unternehmen sowie Wissens- und Technologietransfer. Im Kontext der Wissensgesellschaft wurden diese Ansprüche noch einmal erweitert. Insbesondere in strukturschwachen Städten und Regionen wurde den Hochschulen eine tragende Rolle für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zugewiesen.

Zusammenfassend wird diese erweiterte gesellschaftliche Aufgabe des Wissenstransfers als „Dritte Mission“ der Hochschulen neben Forschung und Lehre bezeichnet (Henke/Pasternack/Schmid 2016, S. 21). Im Grunde geht es um einen

doppelten Transfer: erstens aus der Wissenschaft bzw. der örtlichen Hochschule in Stadt und Region und zweitens aus überregionalen und internationalen Wissensbeständen. Den Hochschulen kommt damit eine „Antennenfunktion“ zu. Sie können gerade in den kleineren Städten zu einem der wenigen nodalen Landepunkte werden. Orte, an denen einerseits mit Projekten und Institutionen Anschluss an überregionale und globale Entwicklungen und Netzwerke hergestellt werden, die andererseits in die lokalen Strukturen eingebettet sind (Castells 2010; siehe auch Stein et al. 2016).

Dies entspricht dem Governancemodell der Engaged University. Während die Entrepreneurial University und die RIS-University (Regionales Innovationsmodell) vorwiegend ökonomisch ausgerichtet sind, bezieht die Engaged University auch die sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der Third Mission mit ein. Sie sieht sich als Impulsgeber regionaler Entwicklung, ausgerichtet auf die regionalen Bedürfnisse und in enger Abstimmung mit regionalen Akteuren. Voraussetzung ist ein grundlegender Wandel der Einstellungen und des Bewusstseins in der Hochschule hin zum gesellschaftlichen Engagement. Engaged Universities können vor allem in ländlichen Regionen mit einer schwachen synthetischen Wissensbasis und fehlender kritischer Masse für Innovationen eine zentrale Rolle übernehmen (Kujath et al. 2020).

Es stellt sich die Frage, ob die Hochschulen diesen Anforderungen tatsächlich gerecht werden können. Können sie wirklich Motoren und kreatives Zentrum der Stadtentwicklung sein? Und wie lassen sie sich dort hinbewegen? Autonomie und innere Verfasstheit der Hochschulen scheinen dagegenzusprechen. Die wissenschaftlichen Mitglieder sind weitgehend autonom und fühlen sich eher ihrer fach-

³ Siehe zur Ausweitung der Ansprüche gegenüber Hochschulen Hechler/Pasternack/Zierold 2018, S. 43.



lichen Community verpflichtet. Andererseits werden gerade die Dritte Mission und der technologische und gesellschaftliche Wissenstransfer weitgehend vom Engagement Einzelner getragen. Nach innen bewegt sich eine Profilierung als Engagierte Hochschule daher immer in einem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Engagement des Einzelnen und Schwerpunktsetzung und Steuerung durch die Hochschulleitung. Letzteres kann lediglich über Orientierung (z. B. Leitbild, Hochschulentwicklungsplan, Transferstrategie), Anreize (z. B. finanzielle Zulagen oder Reduzierung der Lehre), organisatorische Hilfe (Service- und Transferstellen), Strukturentscheidungen und Wertschätzung erfolgen. Trotzdem bleibt die Dominanz des Einzelnen bestehen und ein einheitlicher Hochschulstatus eher prekär.

Bedenkt man, dass Städte und Regionen angesichts ihrer gesellschaftlichen Komplexität und vielfältigen Abhängigkeiten ebenso schwerfällig und wenig einheitlich sind, befinden sich Hochschul-Stadt-Kooperationen in der Regel letztlich in einem potenzierten Steuerungsdilemma. Als Ausweg werden in der Literatur Kooperationen, Netzwerke und die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen genannt, um die Zusammenarbeit zwischen Akteuren von Hochschule und Stadt einzuüben und zu verdichten (Hechler/Pasternack/Zierold 2018, S. 98). Gängige strukturelle (Abstimmungs-)Instrumente sind Kooperationsverträge, Lenkungsgruppen, Ausschüsse, Konferenzen oder informelle Treffen. Wichtig sind zudem die vielen kleinen und großen gemeinsamen Projekte sowie Koordinierungsstrukturen und Anlaufstellen auf beiden Seiten.

Erschwerend kommen weitere Restriktionen hinzu: unterschiedliche Erwartungshaltungen, die Schwierigkeit, eine gemeinsame Sprache zu sprechen, begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen sowie Vorgaben des Steuer-, Finanz- und Organisationsrechts, die vor allem auf der Hochschuleseite den Spielraum für Kooperationen, Projektarbeit und Beratung außerhalb der hoheitlichen Forschung mehr und mehr einengen. So entsteht aufseiten der Hochschulen der Eindruck, dass die Dritte Mission zwar politisch programmatisch gewollt ist, einzelne politische Entscheidungen die institutionellen Rahmenbedingungen dafür jedoch verschlechtern.

Dennoch bleiben Hochschul-Stadt-Kooperationen evident. In Anbetracht von zunehmendem Handlungsdruck durch ökologische und ökonomische Krisen und gesellschaftlicher Transformation ist zu vermuten, dass sie an Bedeutung zunehmen. In einer Studie zu Hochschulstädten in Sachsen-Anhalt werden Selbstbeschreibungsbilder städtisch-wissenschaftlicher Interaktionsbeziehungen skizziert, die sich zwischen traditionellen passiven, organisch gewachsenen und formalisierten Beziehungsmodellen bewegen (ebenda). Erst durch Problemdruck erfolgen in der Regel Reflexion und Bewegung im Hochschule-Stadt-Ver-

hältnis. Hinzu kommt die Rahmung der Interaktionen. Sie bewegt sich zwischen den Polen einer situationsbedingten, anlassbezogenen Zusammenarbeit und einer umfassenden Institutionalisierung, die eine weitgehende Unabhängigkeit von Personen gewährleisten soll.



Abb. 4: Roadmap Engagierte Hochschule Neubrandenburg

Das Beispiel Neubrandenburg II

Institutionalisierung und Gelegenheitsstrukturen – Neubrandenburg zeigt, wie Stadt-Hochschul-Beziehungen über die Jahre organisch gewachsen sind und nun formalisiert und institutionalisiert werden sollen, ohne dabei die Freiheiten für individuelle Zusammenarbeit aufzugeben. Konzeptionelle Grundlage der Hochschule sind die Transferstrategie und der Transferbericht. Der Transferbericht fasst alle Transferaktivitäten der letzten Jahre zusammen. Die Transferstrategie umreißt die Potenziale, Ziele und strategischen Schritte für die Dritte Mission. Sie ist 2018 im Zuge der Bewerbung als Innovative Hochschule zum ersten Mal aufgestellt und beschlossen worden. Die Fortschreibung vom Dezember 2022 ist auf den Strukturaufbau und eine stärkere Bündelung der Kräfte in der Hochschule und mit Stadt und Region ausgerichtet. So konzentriert sich der Folgeantrag „Hochschule in der Region“ auf ein Reallabor „Gesundheit und Ernährung“ in der Mecklenburgischen Seenplatte. Abgestimmt auf die Ziele des Landkreises, erproben acht Realexperimente innovative gesundheitsfördernde Strukturen in der dünn besiedelten Region.

Der Aufbau von Transferstrukturen umfasst mehrere Elemente, die im Idealfall ineinandergreifen: ein leistungsfähiges Zentrum für Forschung und Transfer als Servicestelle für die Mitglieder der Hochschule, die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftskommunikation, Anlaufstellen für Hochschulkooperationen bei den kommunalen Partnern sowie eine Netzwerk- und Anlaufstelle in der Hochschule für Kooperationsanfragen sowie das Matching der Zusammenarbeit. Ebenso hat sich der langjährige Hochschulausschuss der Stadt bewährt.

Darüber hinaus sollen die hochschulinternen Transferstrukturen durch leistungsfähige, flexible hochschulunabhängige Strukturen ergänzt werden. Seit 1997 gibt es das Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie (ZELT) – eine Einrichtung der Hochschule und der Stadt Neubrandenburg. Ein Digitales Innovationszentrum (DIZ) unter gemeinsamer Trägerschaft von Hochschule, Stadt und Stadtwerken soll zukünftig direkt am Marktplatz einen offenen Ort bieten für Begegnung, Austausch, Zusammen-

arbeit, gemeinsame Projekte und Co-Working. Kleine, individuelle Transfer- und Anlaufprojekte und Beratungen werden über Steinbeis Transferzentren und An-Institute abgewickelt. Ein Verein „Freunde der Hochschule“ könnte die Plattform für ein größeres Netzwerk an städtischen und regionalen Partnern bieten, die regelmäßigen Austausch und die Abstimmung mithilfe eines Transferboards ermöglicht.

Die Organisationen und der Wissenschaftsort in der Stadt bieten zukünftig einen festen institutionellen und physischen Möglichkeitsraum für Begegnungen, wechselseitigen Transfer und Austausch zwischen Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft. Geeignete Formate dafür haben sich in den letzten Jahren bereits eingespielt: jährliche Regionalkonferenzen an der Hochschule, Workshops zur Identifizierung von Themen der Hochschule-Stadt-Kooperationen, Arbeitsgruppen zu Digitalisierung, Wirtschaft und Neubrandenburg als lebendige Studierendenstadt, gemeinsame Projekte bzw. Anträge (Smart City, Zukunftswerkstatt Kommune) sowie die eingespielten Wissenschaftsformate für alle.



Abb. 5: Workshop Hochschule – Stadt



Abb. 6: Workshop zu Transferformaten an der Hochschule Neubrandenburg

Fazit

Hochschule findet Stadt. Sie sind in vielen Klein- und Mittelstädten ländlicher Regionen tatsächlich „Ressource der Stadtentwicklung“ und nodale Landeplätze, an denen Wissenschaft und Gesellschaft, regionales und überregionales Wissen zusammenkommen. Die Gestaltbarkeit und Steuerungsmöglichkeiten von Hochschule-Stadt-Kooperationen sind jedoch begrenzt und abhängig von wechselseitiger Resonanz. Die Erfahrungen in Neubrandenburg zeigen, dass sie getragen vom individuellen Engagement vielmehr geschehen und sich über die Jahre einspielen. Dies kann ausreichen. Es kann aber einfacher gelingen, wenn dafür Gelegenheiten und Möglichkeitsräume geschaffen werden, Orte des Austausches existieren, Netzwerke entstehen und diese institutionell gerahmt werden. Dennoch, solange die Dritte Mission der Hochschulen nur eine politische Forderung ist, ohne dass die Politik Personal und Finanzen bereitstellt, kann und wird die Ressource Hochschule nicht ihre volle Kraft entfalten.



Prof. Dr. Peter Dehne

Professor für Planungsrecht/Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg

Quellen:

- Castells, M. (2010): Globalisation, Networking, Urbanisation: Reflections on the Spatial Dynamics of the Information Age. In: Urban Studies 47, 13, S. 2737–2745.
- Gatzweiler, Hans-Peter/Adam, Brigitte/Milbert, Antonia/Pütz, Thomas/Spangenberg, Martin/Sturm, Gabriele/Walther, Antje (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, Bonn.
- Hechler, Daniel/Pasternack, Peer (2014): Chancen der Nichtmetropolen. Hochschulen als Ressource der Stadtentwicklung. In: Pasternack, Peer (Hrsg.): Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg, Leipzig, S. 20–24.
- Hechler, Daniel/Pasternack, Peer/Zierold, Steffen (2018): Wissenschaften der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten. Reihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“, Berlin.
- Henke, Justus/Pasternack, Peer/Schmid, Sarah (2016): Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation. HoF-Handreichungen 8. Beiheft „die hochschule“. Halle-Wittenberg.
- Kujath, Hans Joachim/Pasternack, Peer/Radinger-Peer, Verena (2020): Governance-Formen des regionalen Wissenstransfers. In: Postlep, Rolf-Dieter/Blume, Lorenz/Hülz, Martina (Hrsg.): Hochschulen und ihr Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung. Forschungsberichte der ARL 11, Hannover, S. 76–118.
- Stein, Axel/Wiegand, Timm Sebastian/Dehne, Peter/Hülz, Martina/Kühn, Manfred/Kujath, Hans Joachim/Rühl, Uwe/Stahlkopf, Enrico (2016): Wissensgesellschaft als Herausforderung für ländlich-periphere Regionen. Beispiele aus Nordostdeutschland. Forschungsberichte der ARL 6, Hannover.



Christine Funk, Tobias Meier

Gemeinwesenarbeit in der Weiterbildung

Potenziale für ländliche Räume

In der Gemeinwesenarbeit ist der Theorie-Praxis-Transfer zwischen Hochschulen und Praxisorten zentral. Besonders für spezifische Bedarfe in ländlichen Räumen haben sich in den letzten Jahren hochschulische Weiterbildungsangebote zur Kompetenzerweiterung von Fachkräften etabliert. Im Rahmen des Community Networking wird so beispielsweise die gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in Ostfriesland unterstützt.

Die Gemeinwesenarbeit ist derjenige Teil der Sozialen Arbeit, der sich insbesondere mit den Lebenswelten der Menschen im Verhältnis zu ihrer gebauten Umwelt auseinandersetzt. Vor allem die strukturelle Verbesserung von Chancen gelingenden Lebens steht dabei im Mittelpunkt. Damit folgt sie der Idee eines integrierten Ansatzes, in dem verschiedene Akteure in einem bestimmten Sozialraum zusammengebracht werden. Die Gemeinwesenarbeit ist darüber hinaus stark von einem partizipativen Ansatz geprägt: Indem Menschen selbst tätig werden, ihren eigenen Sozialraum zu gestalten, können individuelle Lebenschancen verbessert und auch – bei erfolgreichem Agieren – systemische Ungleichheiten öffentlich thematisiert und verändert werden, sodass die angezielten strukturellen Verbesserungen gelingen.

Gemeinwesenarbeit an Fachhochschulen als Verbindung zur Praxis

Solche Prozesse der Veränderbarkeit, ihre Methoden und Analysen des Wirkens von sozialräumlichen Bedingungen sind Teil der Lehre an Fachhochschulen, wo Gemeinwesenarbeit vielfach mit einer eigenen Professur ausgestattet ist und von einer starken Verbindung zur Praxis lebt. Kooperationsprojekte mit Akteuren der Sozialen Arbeit oder eigene Quartiersarbeit finden sich zahlreich in Deutschland. Die Grenzen einer partizipativen Lehre werden außerhalb der Metropolen aber schnell deutlich. So finden sich auf dem Land durch fehlende Ausbildungsstandorte oder Praxisprojekte von Kommunen oder Sozialträgern weit weniger Möglichkeiten, um Lehre und Praxis zu verbinden. Gleichwohl ist der Bedarf an qualifizierter Ausbildung und fachlichem Austausch in ländlichen Regionen vorhanden. So finden sich unter anderem in Niedersachsen und in Hessen große Landesarbeitsgemeinschaften der Gemeinwesenarbeit, die immer wieder den Bedarf an entsprechenden Ausbildungsangeboten artikulieren.

Vor diesem Hintergrund haben verschiedene Hochschulen damit begonnen, Weiterbildungsangebote für die Gemeinwesenarbeit zu entwickeln, die nicht im direkten Einzugsbereich der Hochschule, sondern auch in weiter entfernte, ländliche Gegenden ausstrahlen sollen. Ein herausragendes Beispiel

ist dabei die Dorfmoderation, die von der Hochschule Neu-Brandenburg, aber auch beispielsweise in ähnlicher Form in Niedersachsen, als Weiterbildung und Coaching, umgesetzt wird. Während diese Angebote eigenständig entwickelt wurden, adaptieren oder erweitern andere Hochschulen ihre bestehenden Angebote in der Form, dass ländliche Bedarfe sich auch im bestehenden Curriculum abbilden.

Weiterbildung mit praxisnahen Zugängen

Die Weiterbildung Community Networking der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) ist ein Beispiel für ein Weiterbildungskonzept, das Elemente des Community Organizing – inklusive Elementen des Empowerments – mit sozialräumlichen Zugängen verbindet. Der Fokus liegt dabei auf Methoden der politischen Partizipation mit der Unterscheidung spezifischer Kontexte. Hierfür verbindet die Weiterbildung Lernmodule zu Community Organizing, politischer Partizipation, sozialräumlichem Arbeiten und zu Methoden der Gruppenarbeit mit einem Praxismodul, in dem ein spezifisches Projekt aus dem Arbeitsfeld der Teilnehmenden umgesetzt wird.

Beispiel Aurich

Im aktuellen Durchlauf der Weiterbildung verorten sich zwei Projekte im Landkreis Aurich, wovon eines dieser beiden Projekte kurz dargestellt werden soll, um deutlich zu machen, was im Rahmen der Weiterbildung auch in ländlichen Räumen leistbar ist. Der Landkreis Aurich wird in der Sprache des „Zukunftsatlas“ als eines der „strukturellschwächsten Gebiete“ und eine Region mit „Zukunftsrisiken“ auf Platz 340 bezeichnet (vgl. Zukunftsatlas – Wikipedia am 24.2.2022). Gleichzeitig handelt es sich um eine touristische Region, in der viele Bürgerinnen und Bürger in der Tourismuswirtschaft Einkommen erzielen. Hinsichtlich des ambivalenten Images von Ostfriesland als ländlichem Raum thematisierten die Angestellten des Kreises, die an der Weiterbildung teilnehmen, die Interaktionen der Kommunikation der negativen Wirtschaftsprognostik einerseits mit dem positiven Tourismusimage andererseits – darüber hinaus aber auch eine ambivalente symbolische Verstärkung, die durch die Kriminalromane Klaus-Peter Wolfs mit

Titeln, wie „Ostfriesen Killer“, „Ostfriesen Falle“, „Ostfriesen Fluch“, „Ostfriesen Tod“ u. a. [alle Fischer TB], hervorgerufen werde. In Hinblick auf die eigene Arbeit, die in der Organisation von Angeboten der Jugend- und Familienhilfe besteht, betonen sie die geringen Mittel öffentlicher Mobilität für Kinder, Jugendliche und Ältere, die im Landkreis Aurich leben (148 Einwohner pro km²).

Das Praxisprojekt möchte diese Situation aufgreifen und die Frage beantworten, wie in diesem Kontext sozialräumliche Orientierungen der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienarbeit gestärkt und neu ausgerichtet werden können. Die hierbei auftauchenden Schwierigkeiten stehen stellvertretend für ähnliche Entwicklungsprozesse in anderen ländlichen Regionen und wurden in einem ersten Projektbesuch zu Beginn der Weiterbildung dargestellt.

Eine flächenmäßig große Gemeinde, die sich über viele kleinere Ortsteile erstreckt, ist der Praxisort, für die das Amt für Jugend und Soziales zuständig ist. In diesen Ortsteilen leben 74 Einwohner pro km², das ist die Hälfte des Kreisdurchschnitts. Die hierdurch fragmentierte Versorgungsstruktur zeigt sich exemplarisch in einem Ortsteil mit 700 Einwohnern, in dem zwar noch Pfarr- und Gemeindehaus, ein Kindergarten, die Freiwillige Feuerwehr und ein Sportverein vorhanden sind, aber durch den nahenden Ruhestand der Pfarrerin ein starker Einbruch der Aktivitäten vor Ort droht. Eine gelingende Familienarbeit, die sie in den letzten 20 Jahren mit Ehrenamtlichen rund um die Kirchengemeinde in einem Sozialprojekt aufgebaut hatte, droht dann einzubrechen. Diese sozialdiakonische Arbeit, die vonseiten des Landkreises als „Best-Practice“-Beispiel einer lebendigen und generationenübergreifend lebenswerten Gemeinde wahrgenommen wird, und in der auch Leistungen des Amtes für Jugend und Soziales sozialraumnah realisiert und angedockt werden, ist zukünftig neu aufzustellen. Die Konsultation in der Weiterbildung richtet sich daher auf die Gestaltung eines neuen Rollenverständnisses bestehender (religiöser) Akteure im Gesamtnetzwerk. Im Gespräch wurde unter anderem reflektiert, wie religiöse Gemeinden ihre Binnenvielfalt nutzen und mit den freiwillig Engagierten für passende Angebote, die den Lebensrealitäten der Mitglieder entsprechen, sorgen können und so Menschen miteinander in Kontakt bringen und gesellschaftliche Relevanz ausstrahlen.

Organisation am besten von den Akteuren vor Ort

Die ersten Reaktionen im Veränderungsprozess zeigen bereits, dass eine solcherart verstandene Gemeinwohlorientierung, die die Achtung der Menschenrechte und fundamentale Regeln von Gleichheit und Gerechtigkeit im Handeln zum Ausdruck bringt, ein lebendiges Gemeinwesen ausmacht und auf fruchtbaren Boden fällt. Dies muss aber immer wieder organisiert und gebildet werden – am besten

von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Der Austausch im Rahmen der Weiterbildung weitet den Blick deshalb auch auf ergänzende Maßnahmen zur weiteren Stärkung derjenigen Akteure, die in ländlichen oder entlegenen Regionen aktiv sind. Dabei steht vor allem der Aufbau eines Kreises von Schlüsselpersonen im Fokus, die gemeinsam mit den Fachexperten selbst zur Verbesserung der Ausgangslage beitragen. Die Herausforderung ist dabei, einerseits wirkungsvolle Impulse zu setzen, andererseits, sich auch an den richtigen Stellen zurückzuziehen, um Selbstorganisation wachsen zu lassen. Zunächst ist ein Fest geplant, das neue Personen, ihre Verbindungen und neue Strukturen öffentlich bekannt machen soll. Die Weiterbildung unterstützt dieses Vorhaben ein begleitendes Mentoring und durch den fachlichen Austausch in den Lernmodulen.

Es ist positiv zu bewerten, dass diese Beispiele Schule machen und sich der Weiterbildungsmarkt für solche Bedarfe öffnet. Mit der Deutschen Stiftung Ehrenamt und Engagement ist zuletzt auch ein interessanter Förderpartner entstanden, der solche Prozesse noch einmal zusätzlich stützen kann. Zum einen, indem die Infrastruktur derjenigen Menschen, die vor Ort gemeinwesenorientiert arbeiten, gefördert und unterstützt wird, zum anderen, indem direkte Ausbaumöglichkeiten von Aus- und Weiterbildung beispielsweise durch das Programm Bildungsturbo geschaffen wurden. Dort, wo Hochschulen, Förderpartner und lokale Ressourcen bestmöglich zusammenkommen, kann dann auch Neues und Innovatives entstehen.



Prof. Dr. Christine Funk

Professorin für Systemische Theologie,
Katholische Hochschule für Sozialwesen
Berlin (KHSB)



Tobias Meier

Promotionsstudent Universität Göttingen,
Göttinger Graduiertenschule Gesellschafts-
wissenschaften (GGG)

Weitere Informationen:

<https://www.khsb-berlin.de/de/node/180054>

<https://www.hs-nb.de/dorfmoderation/>

<https://www.dorfmoderation-niedersachsen.de/>

<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/>

Simone Wunderle

11. vhw-Baurechtstage Baden-Württemberg

Ein Tagungsbericht

Das öffentliche Baurecht in seiner ganzen Breite war Gegenstand der 11. Baurechtstage Baden-Württemberg. Auch diese Veranstaltung blieb im Jahr 2021 von den Einschränkungen der Pandemie nicht verschont und wurde erstmals in ein digitales Format überführt. Die technische Abwicklung der am 20. und 21. September 2021 durchgeführten Veranstaltung erfolgte dabei ohne jegliche Probleme und wurde hoch professionell unterstützt, sodass ein reibungsloser Ablauf gewährleistet war.

Baulandmobilisierungsgesetz

Nach einer Begrüßung durch vhw-Geschäftsführer **Rainer Floren** erwarteten die 104 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwei Tage mit abwechslungsreichem Vortragsprogramm. Die Moderation übernahm – wie aus den Vorjahren gewohnt – der Präsident des Verwaltungsgerichts Freiburg, **Christoph Sennekamp**, der sowohl stringent als auch den Teilnehmenden und Referierenden sehr zugewandt durch die Veranstaltung führte. Den inhaltlichen Auftakt der Veranstaltung übernahm **Dr. Jens Wahlhäuser**, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Berlin, der – quasi aus erster Hand – „Das Baulandmobilisierungsgesetz im Überblick“ vorstellte. In kompakter Form vermittelte er einen höchst informativen Gesamtüberblick über die vielschichtigen Neuerungen im BauGB und in der BauNVO, die zum 23. Juni 2021 in Kraft getreten sind.



Abb. 1: Einladung zu den 11. vhw-Baurechtstagen Baden-Württemberg

Gemeindliche Vorkaufsrechte

Es folgte die Stuttgarter Rechtsanwältin **Dr. Helena Sophia Wirsing** mit einem Vortrag zum Thema „Gemeindliche Vorkaufsrechte nach dem BauGB“. Nach einem einleitenden Überblick über die allgemeinen und besonderen Vorkaufsrechte nach dem BauGB stellte sie die relevanten Änderungen durch das Baulandmobilisierungsgesetz in den Mittelpunkt und reicherzte ihren Vortrag mit zahlreichen wertvollen Praxishinweisen aus ihrer Beratungspraxis an.

Der sektorale Bebauungsplan

Der Vormittag des ersten Veranstaltungstages wurde abgeschlossen mit einem überaus kenntnisreichen Vortrag von **Prof. Dr. Reinhard Sparwasser** aus der Freiburger Sozietät Sparwasser Schmidt, der über die „Festsetzung von Sozialwohnungen oder der sektorale Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2 d BauGB“ referierte. Das neue Planungsinstrument des sektoralen Bebauungsplans zur Wohnraumversorgung wurde umfassend vorgestellt und dabei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zahlreiche anregende Gedanken für die Anwendungspraxis mit auf den Weg gegeben.



Abb. 2: Bauen mit dem Baugesetzbuch



Abb. 3: Auf nach Karlsruhe zu den 12. vhw-Baurechtstagen Baden-Württemberg im September 2022

Städtebaurecht und Photovoltaikanlagen

Nach der Mittagspause eröffnete der Richter am Bundesverwaltungsgericht **Prof. Dr. Christoph Külpmann** mit einem sehr anschaulichen und inhaltsreichen Überblick über die „Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Städtebaurecht“ den Nachmittagsteil des ersten Veranstaltungstages. Dem schloss sich ein Vortrag zu dem Thema „Photovoltaikanlagen – eine rechtliche Einordnung“ von Baudirektor **Manfred Busch**, Regierungspräsidium Karlsruhe, an, der einen sehr informativen Gesamtüberblick über die vielschichtigen rechtlichen Grundlagen und Rahmenvorgaben für den Umgang mit Photovoltaikanlagen unter maßgeblicher Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage in Baden-Württemberg gewährte.

Bauplanungsrecht, Nachbarschutz und Nutzungsänderung

Den Auftakt des zweiten Veranstaltungstages übernahm Rechtsanwalt und früherer Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (a.D.), **Karsten Harms**, Kanzlei RITTERSHAUS Rechtsanwälte Mannheim, mit einem sehr gehaltvollen Rückblick auf die „Aktuelle Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg zum Bauplanungsrecht“ aus den Jahren 2020 und 2021. Der Präsident des Verwaltungsgerichts Freiburg, **Christoph Sennekamp**, widmete sich sodann mit seinem höchst fachkundigen Vortrag „Die Wannsee-Entscheidung und die Folgen – Maß der baulichen Nutzung und Nachbarschutz“ grundsätzlichen Fragen des baurechtlichen Nachbarschutzes zu. Der Vormittag des zweiten Veranstaltungstages wurde abgerundet mit dem Thema „Nutzungsänderung im Wandel der Rechtsprechung“, das von Rechtsanwalt **Dr. Hartmut Fischer**, ebenfalls aus der Kanzlei RITTERSHAUS Rechtsanwälte Mannheim, behandelt wurde.

Befreiungen nach dem Baugesetzbuch

Den Nachmittag des zweiten Veranstaltungstages eröffne-

te die Kölner Rechtsanwältin **Dr. Cornelia Wellens**, CBH Rechtsanwälte Köln, die sich dem praxisbedeutsamen Thema „Befreiungen nach dem Baugesetzbuch“ zuwandte. Mit ihrem Vortrag lieferte sie zunächst einen informativen Überblick über die Befreiungsmöglichkeiten nach § 31 Abs. 2 BauGB und setzte sich im Anschluss insbesondere mit den befreiungsrelevanten Neuerungen durch das Baulandmobilisierungsgesetz auseinander. Die 11. Baurechtstage Baden-Württemberg endeten mit einer Diskussionsrunde zu aktuellen städtebaulichen Fragen, die seitens der Teilnehmenden an die Referentinnen und Referenten gerichtet wurden. Dabei verwunderte es nicht, dass insbesondere die Neuerungen durch das Baulandmobilisierungsgesetz nochmals in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wurden.

Abschließend lässt sich resümieren, dass die pandemiebedingte Verlegung der Baurechtstage in den digitalen Raum zwar für den tagungsüblichen persönlich-fachlichen Austausch am Rande bedauerlich war, die Qualität der Veranstaltung hierdurch aber keinesfalls gemindert wurde. Durch die Auswahl fachlich ausgezeichneter Referentinnen und Referenten und die Vielzahl hochaktueller sowie äußerst praxisrelevanter Themen ermöglichten die Baurechtstage auch im Jahr 2021 einen konzentrierten und tiefen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im öffentlichen Baurecht. Trotz des reibungslosen Ablaufs bleibt sehr zu hoffen, dass die 12. Baurechtstage Baden-Württemberg, die für den 19. und 20. September 2022 in Karlsruhe angekündigt sind, wieder in Präsenz stattfinden und so einen persönlichen Austausch ermöglichen können.



Prof. Dr. Simone Wunderle, LL.M.

Direktorin des Instituts für Öffentliches Bau-, Planungs- und Umweltrecht, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Diana Coulmas

Die traditionelle vhw-Bundesrichtertagung 2021

Erstmals live in Bergisch Gladbach und online

„Es ist angerichtet“ – die 16. vhw-Bundesrichtertagung am 19. November 2021 kann kommen und wieder in Bergisch Gladbach stattfinden, war der vhw überzeugt und bestens hierfür vorbereitet. Die Vorfreude auf wieder leichter möglichen spontanen kollegialen Austausch bei „Flurgesprächen“ oder in der Kaffeepause stellte sich ein. Doch auch Ende 2021, im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie, erwies sich die Welt des Fortbildungsveranstalters mitsamt seinen Dozenten und Kunden als eine mit fortdauernden Ungewissheiten, außer Kraft gesetzten Routinen, wieder stark ansteigenden Inzidenzen und den sich nahezu ständig ändernden Rahmenbedingungen.

Das Beste aus beiden Welten: Herzlich willkommen im Kardinal-Schulte-Haus und online im Büro landauf, landab

Zum ersten Mal als hybride Tagung ausgerichtet, lud der vhw zur Bundesrichtertagung ein – und das neue Format ermöglichte etwa 200 Gästen, darunter über 40 vor Ort, eine Teilnahme. Dank mehrerer Kameras, Mikrofone, einer Leinwand und einem hochprofessionellen Technikteam konnte der Austausch online und im großen Saal des Kardinal-Schulte-Hauses in Bergisch Gladbach ungehindert ineinandergreifen. So waren die Teilnehmenden jederzeit in das Veranstaltungsgeschehen eingebunden und konnten sich mit Sprech- und – bei digitaler Teilnahme – Chatbeiträgen beteiligen. Von letzterer Möglichkeit wurde so rege Gebrauch gemacht, dass der den Chat moderierende vhw-Kollege Philipp Sachsinger fortlaufend zu tun hatte, die Fragen nach Themenblöcken und vereinzelt auch nach Priorität zu strukturieren, zusammenzufassen und zu referieren.

Den Teilnehmern wurde wie stets eine vielseitige Auswahl einschlägiger Leitentscheidungen zum Städtebau-, Planungs- und Umweltrecht vorgestellt sowie Wege für eine rechtssichere Anwendung dieser komplexen Rechtsmaterie aufgezeigt. Auf einige ausgewählte Entscheidungen, die im abgelaufenen Jahr auf dem Tisch der Bundesrichter lagen, soll im Folgenden schlaglichtartig eingegangen und ein kleiner Einblick in das Spektrum der diskutierten Fälle und Themenbereiche gegeben werden.

Lärmemissionskontingente bei der Festsetzung von Industriegebieten und Gewerbegebieten

Prof. Dr. Christoph Külpmann eröffnete den Rechtsprechungsbericht mit zwei Urteilen, die sich mit einem Problem auseinanderzusetzen hatten, das für viele Bebauungspläne von ganz erheblicher Bedeutung ist und auch die Gerichte immer wieder beschäftigt. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der sogenannten Lärmemissionskontingentierung waren bereits Gegenstand mehrerer zurückliegender

Bundesrichtertagungen.¹ Gemeinden setzen vielfach Lärmemissionskontingente fest, um die Nutzung von Gewerbe- und Industriegebieten zu steuern und programmierte Immissionskonflikte mit benachbarter Wohnbebauung zu entschärfen. Problem war und ist die hierfür passende Rechtsgrundlage. Denn die abschließende Aufzählung von zulässigen Festsetzungen im Bebauungsplan in § 9 BauGB ermächtigt die Kommune nicht, Geräuschkontingente festzusetzen. Höchstrichterlich geklärt ist: Lärmkontingente für Gewerbebetriebe können im Bebauungsplan als – interne – Gliederung eines Gewerbe- oder Industriegebietes nach § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO festgesetzt werden. Die weiteren Ausführungen von Professor Külpmann zeigten ein sehr deutliches Bewusstsein dafür, dass mit diesem Hilfskonstrukt nicht alle Schwierigkeiten in der planerischen Praxis beseitigt sind. Vielmehr sei die Ermächtigungsgrundlage für die Festsetzung solcher Kontingente „prekär“ und die von der Rechtsprechung festgelegten Anforderungen anspruchsvoll.

Bei dem zunächst berichteten Urteil (4 CN 5.19) ging es im Kern um die Frage, wie hoch im Falle eines nach unterschiedlich hohen Emissionskontingenten gegliederten Industriegebiets das Emissionskontingent sein muss, damit in einer der Teilflächen des Gebiets die Genehmigung aller gemäß § 9 BauNVO in einem Industriegebiet zulässigen Gewerbebetriebe gewährleistet ist. Im Ergebnis hat der 4. Senat in Fortführung seiner Rechtsprechung vom 07.03.2019 (4 BN 45/18) die Auffassung der Vorinstanz bestätigt, wonach bei der Festsetzung immissionsbezogener Schallleistungspegel zur Konfliktbewältigung in einem Plangebiet jedenfalls eine Teilfläche des Plangebiets unbelastet von solchen Begrenzungen die Ansiedlung aller im jeweiligen

¹ So die vielfach zitierte und besprochene Grundsatzentscheidung vom 07.12.2017, bei der es um die Festsetzung von Emissionskontingenten in einem Gewerbegebiet ging (BVerwG, 4 CN 7.16), und den hieran anknüpfenden Beschluss vom 17.3.2019 (BVerwG, 4 BN 45.18), wonach die für Gewerbegebiete entwickelten Grundsätze nach bestimmten Maßgaben auch für gegliederte Industriegebiete gelten.

Gebiet typischen Gewerbebetriebe ermöglichen muss. Die Lärmemissionskontingentierung eines Industriegebiets ist danach von § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO nur gedeckt, wenn ein Teilgebiet von einer Emissionsbeschränkung ausgenommen wird. Diese Anforderungen erfüllte der dem Fall zugrundeliegende Bebauungsplan nicht, da er keine von Lärmemissionskontingenten freie Fläche festsetzte.

Der Fall macht deutlich, wie schwierig und fehleranfällig die Festsetzung von Geräuschemissionskontingenten auch in Industriegebieten ist, sollen sich dort doch die erheblich belästigenden Gewerbebetriebe ansiedeln, deren Störgrad nach oben nicht begrenzt ist. Denn die Zweckbestimmung eines Industriegebiets ist nicht gewahrt, wenn mit den Emissionskontingenten Gewerbebetriebe ab einem bestimmten Störgrad im gesamten Gebiet ausgeschlossen werden. Weil es einer von Lärmkontingenten freien Fläche bedarf, wird häufig das Ziel nicht erreicht werden können, Kontingente so zu verteilen, dass Windhundrennen von Investoren vermieden werden.

An den hiermit einhergehenden praktischen Schwierigkeiten einer gebietsinternen Gliederung sieht der 4. Senat nicht vorbei, betonte Professor Külpmann. Der Fall zeige, wie „gequält“ die Rechtsgrundlage im Einzelfall sei. Hier sei jedoch der Gesetz- bzw. Ordnungsgeber gefragt, eine andere Ermächtigungsgrundlage für die Festsetzung von Lärmemissionskontingenten zu schaffen, was im Rahmen der Novellierung durch das Baulandmobilisierungsgesetz indes noch nicht geschehen sei.



Abb. 1: Ob analog oder digital: Herzlich willkommen!

Hingewiesen wurde schließlich auf die Möglichkeit einer externen Gliederung: Nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Halbsatz 2 BauNVO können Festsetzungen nach § 1 Abs. 4 Satz 1 BauNVO auch für mehrere Industriegebiete im Verhältnis zueinander getroffen werden. Bei einer solchen gebietsübergreifenden Gliederung ist jedoch zu beachten: Es reicht nicht aus, wenn die Gemeinde zum maßgeblichen Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses über (wenigstens) ein festgesetztes Industriegebiet verfügt, das mit keiner Geräuschkontingentierung belegt ist. Vielmehr muss die externe Gliederung auf einem hierauf gerichteten und in der

Planbegründung zum Ausdruck gebrachten planerischen Willen der Gemeinde beruhen. An diesem fehlte es in dem berichteten Fall.

Bei dem im selben Kontext erläuterten Urteil 4 CN 8.19 vom 29.06.2021 ging es um ein intern durch Lärmemissionskontingente gegliedertes Gewerbegebiet. Hier entstünden die meisten Zweifelsfragen, stellte Professor Külpmann sogleich klar, weil dieses in Hinblick auf den zulässigen Störgrad von vornherein „gedeckt“ sei. Das Urteil führt die Rechtsprechung des 4. Senats vom 07.12.2017 (4 CN 7/16) fort. In dem vorgetragenen Fall ging es um einen Bebauungsplan, der Lärmemissionen im Gewerbegebiet beschränkt, mit der Folge, dass nach ihrer Art an sich zulässige Betriebe ausgeschlossen werden, weil sie zu laut sind. Rechtlich ist dies nach der Rechtsprechung des 4. Senats nur möglich, wenn zumindest in einem Teilgebiet jeder im Gewerbegebiet zulässige Betrieb seinen Platz finden kann, er dort also ausreichende Emissionskontingente vorfindet. Was aber reicht aus bzw. welche Lärmrechte muss die Gemeinde in einem solchen Teilgebiet einräumen? Anders gesagt: In einem nach § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO durch Lärmemissionskontingente gegliederten Gewerbegebiet muss es ein Teilgebiet ohne Emissionsbeschränkung oder mit solchen Emissionskontingenten geben, die bei typisierender Betrachtung ausreichend hoch sind, um die nach § 8 Abs. 2 BauNVO zulässigen Nutzungen zu verwirklichen. Da „freie“ Gebiete regelmäßig fehlen, muss die Gemeinde nach den Anforderungen der höchststrichterlichen Rechtsprechung also so planen, dass es ein Teilgebiet gibt, dessen Emissionskontingent jeden nach § 8 BauNVO zulässigen Betrieb ermöglicht. Wie also muss ein Emissionskontingent aussehen, das die Genehmigung aller gemäß § 8 BauNVO zulässiger Gewerbebetriebe ermöglicht?

Das OVG Greifswald hatte sich auf Bestimmungen der DIN 18005-1 gestützt, Kontingente i. H. v. 60 dB(A)/qm gleichermaßen tags und nachts verlangt und den Bebauungsplan damit jedenfalls an unzureichenden Nachtwerten scheitern lassen. Im Ergebnis hat der 4. Senat die Entscheidung des Tatsachengerichts, das eine Worst-Case-Betrachtung vorgenommen hatte, aus näher ausgeführten Gründen wegen Verstoßes gegen Bundesrecht beanstandet.

Professor Külpmann äußerte ausdrücklich Verständnis für den Wunsch der planerischen Praxis nach konkreten (einheitlichen) Werten, zumal die Frage offensichtlich für eine Vielzahl von Bebauungsplänen Bedeutung habe und die Oberverwaltungsgerichte bisher nicht zu einer einheitlichen Linie gefunden haben. Entsprechende Werte im Wege einer typisierenden Betrachtung festzulegen, sei Aufgabe einer Fachkonvention, an der es jedoch fehle. So misslich dies für die planerische Praxis sei, als Revisionsgericht könne der Senat Zahlen und Werte nicht nennen.

In zwei rechtlichen Punkten schaffe das Urteil dagegen Klarheit: Es bestimmt das Verhältnis der Lärmemissionskontingente nach § 1 Abs. 4 BauNVO zum Ausschluss von Nutzungen nach § 1 Abs. 5 BauNVO. Sind Nutzungen nach § 1 Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen, erübrigt sich die Festsetzung von Lärmemissionskontingenten für diese Nutzungen. Eine Gliederung nach Lärmemissionskontingenten genüge den Anforderungen des § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO demgemäß auch dann, wenn sämtliche Arten von Nutzungen oberhalb eines bestimmten Störgrades nach § 1 Abs. 5 BauNVO wirksam ausgeschlossen worden seien und die verbleibenden zulässigen Arten von Nutzungen bei typisierender Betrachtungsweise jedenfalls in einem Teilgebiet verwirklicht werden könnten.² Überdies dürften bei der Würdigung einer internen Gliederung Richtungssektoren (im Sinne einer richtungsgebundenen Kontingentierung) berücksichtigt werden. Insoweit sei zu prüfen, ob ein durch einen Richtungssektor eröffnetes Emissionskontingent bei typisierender Betrachtung zur Ansiedlung der nach § 8 Abs. 2 BauNVO zulässigen Nutzungen ausreicht.

Insgesamt blieb die auch in den Beiträgen der Teilnehmer zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, dass interne Gliederungen von Gewerbegebieten durch Lärmemissionskontingente fehleranfällig bleiben.

So blieb neben – und im Zusammenhang mit – dem Befund fehlender Werte notwendigerweise auch die Frage nach dem quantitativen Verhältnis von freigehaltenen Flächen zu mit Lärmemissionskontingenten belegten Flächen offen. Dagegen war die Frage, ob die Gemeinde im Falle eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans freier in der Festlegung sei, positiv zu beantworten, da dieser nicht an die Baunutzungsverordnung und damit auch nicht an § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO gebunden ist. Abschließend resümierte Professor Külpmann, die vorgetragene Rechtsprechung markiere nur einen Zwischenstand. Es bleibe abzuwarten, ob sich der Gesetzgeber in der neuen Legislatur der Frage annimmt.

Erhebung von Einwendungen „schriftlich oder zur Niederschrift“ – zulässiger Zusatz bei der Auslegungsbe- kanntmachung? Stellungnahmen per E-Mail

Ständige Praxis vieler Gemeinden ist es, die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung der Entwürfe der Bauleitpläne gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB mit dem Hinweis zu versehen, Stellungnahmen könnten „schriftlich oder zur Niederschrift“ abgegeben werden. Gegenstand einer von **Dr. Andreas Hammer** erläuterten Nichtzulassungsbeschwerde gegen ein Urteil des OVG Koblenz (4 BN 50.20 vom 7.6.2021) war die Frage, ob von diesem Hinweis – und der dort enthaltenen Beschränkung auf schriftliche Stellungnahmen – auch Stellungnahmen per E-Mail und

in anderer elektronischer Form umfasst sind. Der 4. Senat hatte selbst bereits in seinem Beschluss vom 28.01.1997 entschieden, der Zusatz, Stellungnahmen könnten „schriftlich oder mündlich zur Niederschrift“ vorgebracht werden, widerspreche dem Gesetz nicht.

Zu Verunsicherung hat indes die Rechtsprechung des OVG Münster geführt, wonach diese „ältere Rechtsprechung“ des BVerwG nur die Abgrenzung zu lediglich mündlich vorgetragenen Argumenten im Blick gehabt habe und „angesichts der inzwischen weit verbreiteten elektronischen Übertragungswege“ überholt erscheine (u. a. bzw. zuletzt Urteil vom 26.10.2020 – 10 D 66/18.NE). In seinem Beschluss vom 07.06.2021 hat der 4. Senat der Auffassung des OVG Münster widersprochen und seine bisherige Rechtsprechung nochmals bestätigt. Hiernach ist der Zusatz, dass Stellungnahmen „schriftlich oder mündlich zur Niederschrift“ vorgebracht werden können, unschädlich. Dies sei auch durch die technische Entwicklung und den Bedeutungszuwachs der elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten, insbesondere durch den E-Mail-Verkehr, nicht überholt. Maßgeblich sei, dass die Stellungnahme textlich festgehalten sein und insoweit in eine Form gebracht werden muss, durch die sie dauerhaft dokumentiert wird und mit der auf sie als aktenkundig im Laufe des Verfahrens ohne Schwierigkeiten zurückgegriffen werden kann. In welcher Weise die Stellungnahme „verschriftlicht“ und anschließend dem Empfänger übermittelt werde – ob als Brief, als Telefax oder als E-Mail –, sei damit nicht einschränkend festgelegt. Mit dem Beschluss hat der 4. Senat die durch die Rechtsprechung des OVG Münster hervorgerufene Rechtsunsicherheit wieder beseitigt.

Beschleunigtes Verfahren nach § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB – hohe Anforderungen an „Bebauungsplan der Innenentwicklung“

Die Erläuterung des Revisionsurteils 4 CN 6.19 vom 29.06.2021 nutzte **Dr. Andreas Decker** unter Verweis auf die im Vorjahr vorgestellten Entscheidungen (4 CN 5.18 & 4 CN 4.19), um nochmals die Anwendungsvoraussetzungen für den bei vielen Gemeinden beliebten „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ und das beschleunigte Verfahren nach § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB klar zu skizzieren. Wichtig für die Auslegung seien die Entstehungsgeschichte der Norm und die europarechtliche Vereinbarkeit mit der SUP-Richtlinie, erinnerte er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Bei dem präsentierten Fall ging es im Kern um die Frage, ob ein Bebauungsplan im Siedlungsbereich auch dann für „andere Maßnahmen“ i. S. v. § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB aufgestellt wird, wenn mit dem Plan eine Verbesserung des Ortsbilds und eine Emissionsreduzierung in der Umgebung erreicht werden soll, um dort – nicht aber im Planbereich selbst – der Innenentwicklung zu dienen. Dies hat der 4. Senat, der hierin keine „andere Maßnahme“ der Innenent-

² Siehe Külpmann, jurisPR-BVerwG 24/2021 Anm. 3

wicklung hat erkennen können, im Ergebnis verneint. Die Anwendungsvoraussetzungen des beschleunigten Verfahrens seien eng zu verstehen. Eine nur mittelbare positive Wirkung eines Bebauungsplans reiche hierfür nicht aus. Für diese enge Auslegung spreche auch das Europarecht, das mit der SUP-Richtlinie (2001/42/EG) Vorgaben mache, die im nationalen Recht mit § 2 Abs. 4 BauGB umgesetzt worden seien.

Danach ist grundsätzlich für jeden Bebauungsplan eine Umweltprüfung erforderlich. Soweit mit dem beschleunigten Verfahren hiervon eine Ausnahme gemacht werde, erfordere dies eine enge Auslegung der Vorschrift. Bei großzügiger Auslegung des Merkmals der „anderen Maßnahmen der Innenentwicklung“ drohe das beschleunigte Verfahren, zum Regelverfahren im Siedlungsbereich zu werden, was mit den Vorgaben nicht vereinbar sei, betonte Andreas Decker. Gemeinden sind daher gut beraten, jeweils vorab an den strengen Maßstäben der Rechtsprechung zu prüfen, ob sie ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB durchführen wollen. Fehler an dieser Stelle führen schnell zur Unwirksamkeit des Plans.

Im Chat wurde die Frage gestellt, wie im beschleunigten Verfahren bei Flächen zu verfahren sei, die zwar dem Außenbereich zuzurechnen, aber allseits von Innenbereichsflächen (sogenannte Außenbereichsinsel) umschlossen sind? Dürfte eine solche Fläche durch einen Bebauungsplan der Innenentwicklung überplant werden? Diese Frage käme in diesem Zusammenhang immer wieder auf, schmunzelten die Leipziger Richter und verwiesen auf das anhängige Verfahren 4 CN 5/21, bei dem dies voraussichtlich judiziert werde.

Klagebegründungsfrist nach § 6 Satz 1 UmwRG – auch im Normenkontrollverfahren?

Eine weitere von Dr. Andreas Decker vorgetragene Entscheidung (4 CN 9.19 vom 29.10.2020) war prozessrechtlicher Natur. Zu entscheiden war darüber, ob die zehnwöchige Klagebegründungsfrist im Anwendungsbereich des Umweltrechtsbehelfsgesetzes (§ 6 UmwRG) auch für die Begründung von Normenkontrollanträgen gegen Bebauungspläne gilt. Keinen Hehl machte er daraus, dass die Regelung des UmwRG nicht für gesetzgeberische Brillanz stehe. Die Entscheidung indes zeigt in aller Klarheit auf: § 6 Satz 1 UmwRG gilt nicht in Normenkontrollverfahren. Dies ergebe sich aus dem Wortlaut der Norm, der Systematik des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes sowie aus Sinn und Zweck des § 6 UmwRG.

Im Urteil hat der 4. Senat im Übrigen nochmal seine Rechtsprechung zur Antragsbefugnis gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO zusammengefasst. Hiernach kann die Antragsbefugnis auch aus dem subjektiven Recht auf gerechte Abwägung der (eigenen) Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB folgen. Dabei müssen diese Belange in der konkreten Planungssituation

einen städtebaulich relevanten Bezug aufweisen, für den der Antragsteller darlegungspflichtig ist. Die Entscheidung über die Antragsbefugnis darf das Normenkontrollgericht zwar nicht treffen; dagegen ist es verpflichtet, den Sachenvortrag des Antragstellers auf seine Schlüssigkeit und voraussichtliche Belastbarkeit zu prüfen.

Ergänzend ging Andreas Decker auf den Beschluss 4 BN 69.20 vom 29.04.2021, einem weiteren Fall zu § 6 Satz 1 UmwRG, ein. Hier ging es um die Frage, ob die in § 6 Satz 1 UmwRG geregelte Klagebegründungsfrist auch auf Normenkontrollanträge nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO, die sich gegen die von einem Flächennutzungsplan herbeigeführte Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB richten, anzuwenden ist. Dies verneinte der 4. Senat ebenso. Wenn der Gesetzgeber eine Frist wolle, müsse er sie eindeutig regeln.

Bundesrichtertagung 2.0 = 2022 – Ausblick auf zugelassene Revisionen

Dr. Andreas Hammer erlaubte den Teilnehmenden zum Schluss der 16. Bundesrichtertagung erstmals einen Ausblick auf zugelassene Revisionen. Hierzu zählen etwa die Verfahren 4 C 2.20 (Zulässigkeit eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Gewerbegebiet?), 4 C 6.20 (Ermessensausübung bei der Zulassung von Ausnahmen, § 31 Abs. 1 BauGB), 4 CN 5.21 (§ 13a BauGB: Außenbereich im Innenbereich), 4 CN 6.21 (§ 249 Abs. 1 Satz 1 BauGB) sowie 4 CN 8.21 (Rechtsschutzbedürfnis bei Normenkontrollanträgen von Umweltverbänden).

Es ist also in Teilen bereits angerichtet für die **17. Bundesrichtertagung**, die nach dem gelungenen Experiment wieder vor Ort und virtuell stattfinden soll: am **21. November 2022**. Mit vielfachem Dank der Teilnehmenden und des Veranstalters sowie begeistertem analogen und virtuellem Applaus wurden die Bundesrichter verabschiedet.

Auch bei dieser Tagung erging die Bitte an die Teilnehmenden, sich an der Umfrage zur Evaluation zu beteiligen. Diese hat ein sehr positives Feedback zur Online-vhw-Bundesrichtertagung ergeben. Die 15. vhw-Bundesrichtertagung 2020 war zwar anders: ausschließlich digital, kein hörbarer Applaus, mit neuen Wegen der Interaktion. Zugleich war sie auch 2020 genau das, was sie immer ist: Die Leipziger Richter haben aus erster Hand nahe Einblicke in ihre höchst Richterlichen Entscheidungen zum Städtebaurecht gewährt und diese mit den teilnehmenden Gästen und Fachleuten diskutiert.



Ass. jur. Dr. Diana Coulmas
vhw e. V., Berlin



Heidede Becker, Johann Jessen
(Hrsg.)

Stadt und Planung

Ein Lesebuch mit Texten aus 100 Jahren Städtebau

210 × 230 mm, 448 Seiten,
128 Abbildungen, Softcover,
DOM publishers, Berlin 2021

ISBN 978-3-86922-075-8
28,00 Euro

Ein Lesebuch mit über 40 Texten zum Städtebau aus den letzten 100 Jahren, ausgewählt und kommentiert von Mitgliedern der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung anlässlich der Gründung der Akademie vor 100 Jahren. Die Auswahl enthält Auszüge aus Klassikern, neu entdeckte wissenschaftliche Aufsätze, kraftvolle Reden und einflussreiche Manifeste, aber auch Zeitungsartikel, Reiseberichte und Gedichte.

Das Spektrum der Autoren reicht von Cornelius Gurlitt über Rudolf Hillebrecht bis Thomas Sieverts, von Walter Benjamin über Jane Jacobs bis Erika Spiegel. Die Schwerpunkte streuen so weit wie die Fachdisziplinen, die in der Akademie vertreten sind: nicht nur Stadt- und Regionalplanung, auch Architektur und Landschaftsarchitektur, Verkehrsplanung, Bau- und Planungsrecht, Stadtsoziologie und Stadtökonomie. Dazu Texte aus anderen Wissenschaftsdisziplinen, wie Philosophie und Ökologie, die mit ihrem Blick von außen schon immer die Fachdebatten in der Praxis und Theorie des Städtebaus bereicherten.



Jürgen Krusche, Aya Domenig,
Thomas Schärer, Julia Weber

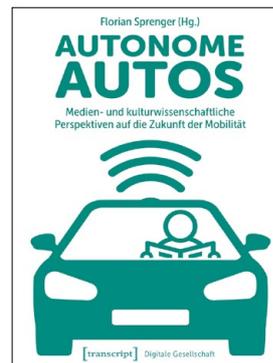
Die fragmentierte Stadt

Exklusion und Teilhabe im öffentlichen Raum

Schweizer Broschur, 17 × 22 cm
208 Seiten, zahlr. farb. Abb.,
jovis Verlag, Berlin 2021

ISBN 978-3-86859-643-4
35,00 Euro

Wo Menschen eng zusammenleben, gibt es Konkurrenz und Verdrängung. Beinahe selbstverständlich nehmen wir hin, dass viele öffentliche Räume nicht mehr von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen genutzt werden. Dies geschieht ganz unbemerkt und widerspricht dem Ideal einer demokratischen, offenen Gesellschaft mit gleichberechtigten Mitgliedern. Wie erleben Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen (oder sich dort sehen) öffentliche Stadträume? Wo fühlen sie sich willkommen, wo nicht? Wo, wie und warum entstehen Nutzungskonflikte? Diesen Fragen geht das Projekt Die fragmentierte Stadt nach. Über drei Jahre hinweg stattfindende Beobachtungen, Spaziergänge und Begegnungen in Berlin, Graz und Zürich bilden die Grundlage von vier künstlerisch-ethnografischen Zugängen zu Exklusionserfahrungen und Aneignungsstrategien. In fotografischen, audiovisuellen, performativen und sprachlichen Untersuchungen entstanden Gedanken, Einsichten und Produkte, die in diesem Band und im Enriched E-Book in Form von Texten, Bildern und Videos vorgestellt werden.



Florian Sprenger (Hrsg.)

Autonome Autos

Medien- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Zukunft der Mobilität

430 Seiten kart., Dispersionsbindung,
29 SW-Abbildungen,
transcript-Verlag, Bielefeld 2021

ISBN 978-3-8376-5024-2
Print: 30,00 EUR
E-Book (PDF): Open Access

Verkehr ist Kultur. Er bestimmt darüber, was sich wo und auf welchen Wegen befindet, wer aufeinandertrifft und wer nicht – er bildet die Grundlage der Netzwerke, die Menschen und Dinge miteinander eingehen. Mit der Automatisierung des Verkehrs, der Etablierung von Fahrassistenzsystemen und der Entwicklung selbstfahrender Autos stehen nicht nur die Verhältnisse menschlicher und nicht-menschlicher Verkehrsteilnehmender infrage. Nicht nur die ethischen und juristischen Grundlagen des Straßenverkehrs, sondern auch die basalen Bedingungen des Umgangs miteinander müssen neu verhandelt werden. Die Autorinnen und Autoren des Bandes analysieren aus medien- und kulturwissenschaftlicher Perspektive die Transformationen der Mobilität, die Verkehrswende und das vielfach aufgeladene Objekt Auto.

Robert Kretschmann

Hochschulstandorte und Studierende im regionalen Vergleich

In Deutschland waren im Wintersemester 2019/2020 knapp drei Millionen Studierende eingeschrieben, die sich auf die 643 staatlichen sowie privaten Hochschulen und Universitäten verteilten. Das entspricht in etwa 3,5 % der Gesamtbevölkerung. Ein niedriger Wert, verglichen mit dem Anteil der schulpflichtigen Kinder (8 %) oder dem Anteil der Senioren über 65 Jahre (21 %). Dennoch sind Studierende ein wichtiger und zugleich spezieller Faktor in vielen Bereichen, wie beispielsweise dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt, als Teilnehmer am ÖPNV oder Konsumenten in Gastronomie und Freizeiteinrichtungen.

Der Großteil der Hochschulen konzentriert sich auf die Großstädte und Ballungsräume des Landes (vgl. Abb. 1). Aber auch in kleineren Städten sind ansässige Hochschulen zu finden, die sich dann in den jeweiligen Landkreisen in der Statistik abbilden lassen. Die regionale Verteilung von Studierenden orientiert sich in erster Linie an den Hochschulstandorten. In Zeiten von Präsenzseminaren ist der Hochschulstandort dem Wohnort der Studierenden überwiegend gleichgesetzt. Eine Ausnahme bilden hier Fernuniversitäten und Studiengänge, die an einer anderen Universität oder Hochschule parallel absolviert werden.

Ein bundesweiter Vergleich der Hochschulstandorte auf Kreisebene in Relation zu den Einwohnern zeigt große Unterschiede. An einigen Hochschulstandorten liegt der Studierendenanteil an der Gesamtbevölkerung bei über 15 % (vgl. Abb. 2). Die höchsten Anteile sind überwiegend in den südwestlichen Bundesländern einschließlich Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen zu finden.

Durch den überwiegenden Wegfall von Präsenzseminaren während der Coronapandemie und den Einschränkungen in geschlossenen Räumen wurde der seit 2007 stetige und starke Anstieg an Studierenden zunächst gestoppt. Dies betrifft insbesondere Studierende aus dem Ausland, da hier Reisebeschränkungen und Unsicherheiten hinsichtlich Aufenthalt und Lernfortschritten ein Studium an einer deutschen Hochschule verhinderten. Eine Rückkehr zu Präsenzseminaren könnte den Anstieg an ausländischen Studierenden wieder fortsetzen. Dennoch werden auch künftige digitale Lernformate an Hochschulen einen Einfluss auf die Anteile der Studierendenschaft innerhalb des Hochschulstandortes haben.

Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022 (eigene Darstellung)

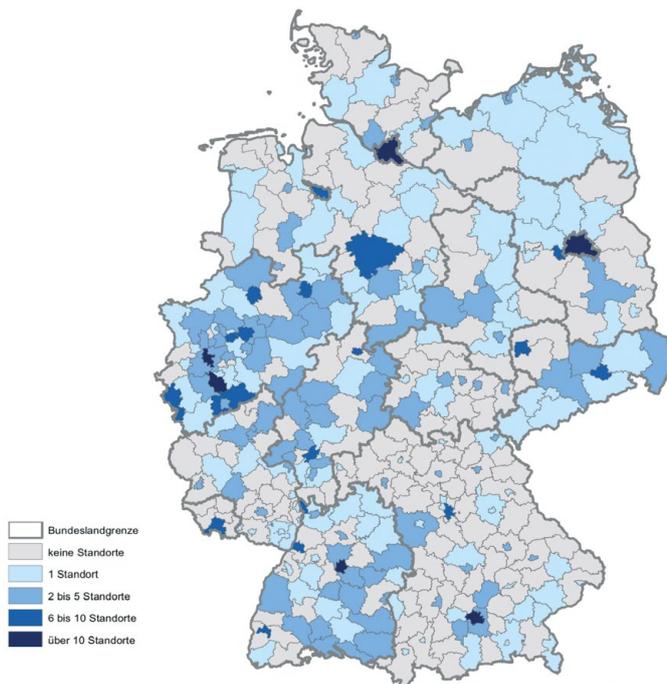


Abb. 1: Anzahl Hochschulen und Universitäten in den Kreisen und kreisfreien Städten im Wintersemester 2019/2020

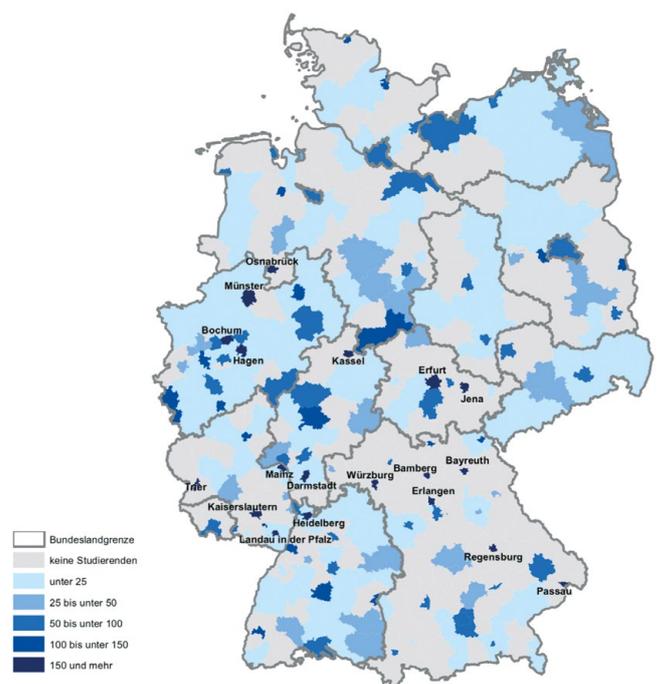


Abb. 2: Anzahl Studierende je 1.000 Einwohner in den jeweiligen Hochschulen der Kreise und kreisfreien Städte im Wintersemester 2019/2020

Geschäftsstellen des vhw

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27–28, 10585 Berlin
Tel.: 030/39 04 73 0, Fax: 030/39 04 73 190
E-Mail: Bund@vhw.de
www.vhw.de

Baden-Württemberg

Gartenstraße 13, 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031/8 66 10 70, Fax: 07031/8 66 10 79
E-Mail: GST-BW@vhw.de

Bayern

Josephsplatz 6, 80798 München
Tel.: 089/29 16 39 30
Fax: 089/29 16 39 32
E-Mail: GST-BY@vhw.de

Nordrhein-Westfalen

Hinter Hoben 149, 53129 Bonn
Tel.: 0228/7 25 99 45, Fax: 0228/7 25 99 95
E-Mail: GST-NRW@vhw.de

Saarland

Konrad-Zuse-Straße 5, 66115 Saarbrücken
Tel.: 0681/9 26 82 10, Fax: 0681/9 26 82 26

Region Nord

Niedersachsen/Bremen

Sextrostraße 3, 30169 Hannover
Tel.: 0511/98 42 25-0, Fax: 0511/98 42 25-19
E-Mail: GST-NS@vhw.de

Schleswig-Holstein/Hamburg

Sextrostraße 3, 30169 Hannover
Tel.: 0511/98 42 25-0, Fax: 0511/98 42 25-19
E-Mail: GST-SH@vhw.de

Region Ost

Fritschestraße 27–28, 10585 Berlin
Tel.: 030/39 04 73 320, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-OST@vhw.de

Berlin/Brandenburg

Tel.: 030/39 04 73 320, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-BB@vhw.de

Mecklenburg-Vorpommern

Tel.: 030/39 04 73 310, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-MV@vhw.de

Sachsen

Grassistraße 12, 04107 Leipzig
Tel.: 0341/9 84 89 0, Fax: 0341/9 84 89 11
E-Mail: GST-SN@vhw.de

Sachsen-Anhalt

Tel.: 030/39 04 73 310, Fax: 030/39 04 73 390
E-Mail: GST-ST@vhw.de

Thüringen

Grassistraße 12, 04107 Leipzig
Tel.: 0341/9 84 89-0, Fax: 0341/9 84 89 11
E-Mail: GST-TH@vhw.de

Region Südwest

Friedrich-Ebert-Straße 5, 55218 Ingelheim

Hessen

Tel.: 06132/71496-0, Fax: 06132/71 49 69
E-Mail: GST-HE@vhw.de

Rheinland-Pfalz

Tel.: 06132/71496-0, Fax: 06132/71 49 69
E-Mail: GST-RP@vhw.de

VORSCHAU

Heft 3 Mai/Juni 2022

Ein Überblick für unsere Leser

Themenschwerpunkt:

Zukunft Landwirtschaft: zwischen konkurrierender Landnutzung und Klimawandel

- Multifunktionalität in der Landnutzung
- Nachhaltiges Flächenmanagement
- Der Preis des Bodens
- Die Rolle der Landwirtschaft in der Landes- und Regionalplanung
- Zukunft Landwirtschaft – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Impressum

Forum Wohnen und Stadtentwicklung,
Verbandsorgan des vhw e. V.
14. Jahrgang
ISSN 1867-8815

Herausgeber

vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring

Redaktion

Dr. Frank Jost
fjost@vhw.de

Ständige Mitarbeiter

Sebastian Beck, Dr. Diana Coulmas,
Christian Höcke, Dr. Olaf Schnur,
Dr. Thomas Kuder, Dr. Walter Metscher

Um den Lesefluss im Sinne einer barrierefreien Sprache nicht zu beeinträchtigen, verzichten wir auf die Schreibweisen /in, /innen, Innen, *innen bei Bürger, Bewohner, Nutzer, Akteur etc. Stattdessen nutzen wir i. d. R. die Doppelnennung femininer und maskuliner Formen (z. B. Bürgerinnen und Bürger), die Substantivierungen des Partizips I und II sowie von Adjektiven im Plural (z. B. die Studierenden, die Gewählten, die Verwitweten) oder das generische Maskulinum.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Meinungen der Autoren, nicht unbedingt die von Herausgeber und Redaktion wieder.

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27–28
10585 Berlin
Telefon: 030/39 04 73 0
Telefax: 030/39 04 73 190
redaktion-fws@vhw.de
www.vhw.de

Grundlayout: C. A. Thonke, hirnbrand.com
Druck: X-PRESS GRAFIK & DRUCK GmbH, Berlin
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Auflage: 3.000 Exemplare
Jahresabonnement: 64 € zzgl. Versandkosten
Einzelheft: 14 € zzgl. Versandkosten

Bezugsbedingungen:

Abonnement- und Einzelheftbestellungen richten Sie bitte per E-Mail an die Abonnementverwaltung: bonn@vhw.de
Der Bezug für Mitglieder des vhw e. V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Abbestellungen von Abonnements nur sechs Wochen vor Halbjahresschluss. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. Alle Rechte vorbehalten.

Quellennachweis:

Abbildung Titelseite: Reiner Pfisterer/Stadt Ludwigsburg; Filmagentur Rheingau GbR; Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

